

**UNIA**



...IE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Ausstellung: Büezer-Bildnis aus den Schwarzenbach-Jahren. Seiten 12 und 13**

# Sturm auf den Mindestlohn

**Der Angriff der Bürgerlichen auf Tieflöhne, Frauen und auf alle Arbeitnehmenden.**

Seiten 2 und 3

FOTOS: KEVSTONE (2) / BARBARA DAVANZ / ILLU: NINOTCHKA.CH

## Gefährliche Höllenhitze

Schwitzen auf dem Bau, im Laden, im Gartencenter und im Kiosk. Seite 7

## Adieu, Genosse Ziegler

Zum Tod von work-Kolumnist Jean Ziegler. Seiten 10 und 11

## Der legendäre Sommer-Krimi

Wenn dem Uber-Fahrer eines heissen Tages die Geduld mit seinem reichen, nörgelnden Gast ausgeht.

Seite 17 und auf workzeitung.ch





**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

## EIN RECHTES TIEF ZIEHT AUF

Zurzeit behandeln die rechtsbürgerlichen Parteien im Parlament die Demokratie wie den Wetterbericht. Scheint die Sonne, zitieren sie ihn gern: stabil, verlässlich, gut. Sobald aber Wolken aufziehen, sieht es plötzlich ganz anders aus: Die Modelle seien fehlerhaft, die Lage eigentlich ganz anders. Und sie fordern: Ein anderer Wetterbericht muss her! (Oder wahlweise, je nach Partei: Alle Wetterfrösche raus! Höheres Rentenalter für alle Wetterfrösche!)

**WOLKEN.** Genauso verhält es sich mit dem Volkswillen. Ist dieser genehm, geht nichts über die direkte Demokratie. Wenn nicht, dann sollen demokratische Entscheide umgeschrieben werden.

### Die Hitzewelle lässt Umweltminister Albert Rösti kalt.

Wie das Nein gegen die SVP-Chaosinitiative (Seite 6). Wie beim Neubauverbot von Atomkraftwerken (2017 vom Volk so verfügt). Wie beim höheren

Rentenalter (2024 vom Volk wuchtig verworfen). Oder bei den Mindestlöhnen: In neun Kantonen und Städten hat die Mehrheit der Stimmberechtigten für Löhne gestimmt, die zum Leben reichen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Doch selbst das ist den Marktradikalen zu viel.

**GEWITTER.** Die Rechtsbürgerlichen blasen jetzt zum Angriff auf diese Mindestlöhne und tarnen dies als «Stärkung der Sozialpartnerschaft». Ein wahres Gewitter braut sich da zusammen: über allen Lohnabhängigen, aber insbesondere Geringverdienenden und Frauen (Seiten 2 und 3). Dabei ist längst durch zahlreiche Studien belegt: Mindestlöhne wirken. Sie erhöhen die Löhne in den Branchen, vermindern Armut, stärken die Gleichberechtigung. Und: Nein! Mindestlöhne bewirken keine generellen Lohnsenkungen. Und: Nein! Es gibt nicht mehr Arbeitslosigkeit. Und: Nein! Mindestlöhne sind keine Gefahr für Gesamtarbeitsverträge.

**NEBEL.** Wer das nicht sieht, hat womöglich eine ideologisch vernebelte Sicht, eine frostige Moral oder will ganz einfach die Lohnkosten via Sozialhilfe auf die Allgemeinheit abwälzen. Doch es zeichnet sich ein Licht ab am Horizont: Gewerkschaften und progressive Parteien haben gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen, ein Unterschriftenbogen liegt dieser work-Ausgabe bei.

**SÜNNELI.** Den Wetterbericht gänzlich unkommentiert liess dieser Tage Umweltminister Albert Rösti. Eine aussergewöhnliche Hitzewelle rollte über Europa, und ja, auch über die Schweiz. Sie kam früh, und sie kam heftig, mit rekordhohen Temperaturen. Und brachte die Arbeitnehmenden an den Anschlag, draussen und drinnen (Seite 7). Auch ältere Menschen, solche mit Vorerkrankungen oder kleine Kinder sind gefährdet. Die Trockenheit im Wasserschloss Europas erreicht besorgniserregende Ausmasse, die Gewässertemperaturen sind rekordhoch. Doch das alles lässt SVP-Rösti offenbar kalt, denn der Wetterbericht zeigt ja lauter Sünneli.

**HITZE.** Dabei ist längst klar: Extremereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen oder Murgänge nehmen mit der Klimaerwärmung zu. Das sagt die Wissenschaft seit Jahren. Doch mit der weitverbreiteten Klima-Lethargie steuern wir von zurzeit plus 1,5 auf weltweit plus 3 Grad Celsius zu. Das bedeutet noch mehr Hitzetage und Temperaturen bis 45 Grad, auch in der Schweiz. Die Schweiz wird ihre Klimaziele bis 2030 nicht erreichen. Und trotzdem will sich der Bundesrat erst nächstes Jahr damit befassen. Denn kein Wölkchen scheint des Umweltministers Gemüt zu trüben. Schliesslich lässt sich so ein Wetterbericht ja auch einfach umschreiben.

# Bundesgericht erklärt städtische Mindestlöhne für zulässig Schallende Ohrfeige für die Hungerlohn-Koalition



**Das Bundesgericht hat entschieden: Die Geringstverdienenden in Zürich und Winterthur sollen endlich den Mindestlohn erhalten, den das Volk beschlossen hat. Das Urteil hat Folgen weit über die Städte hinaus.**

CLEMENS STUDER

Das Bundesgericht urteilt, was die Gewerkschaften schon immer gesagt haben: Die Mindestlöhne in Zürich und Winterthur sind gültig. Die Beschwerden der Arbeitgeberverbände wurden vollumfänglich abgewiesen. Es ist ein Leitentscheid und eine schallende Ohrfeige für alle, die seit Jahren demokratische Volksentscheide mit juristischen Mitteln zu hintertreiben versuchen. Und aktuell gar planen, in ihrem Kampf gegen Mindestlöhne den Föderalismus und die direkte Demokratie auszuschalten.

Das Bundesgericht bestätigt ausdrücklich: Nicht nur Kantone, auch Gemeinden

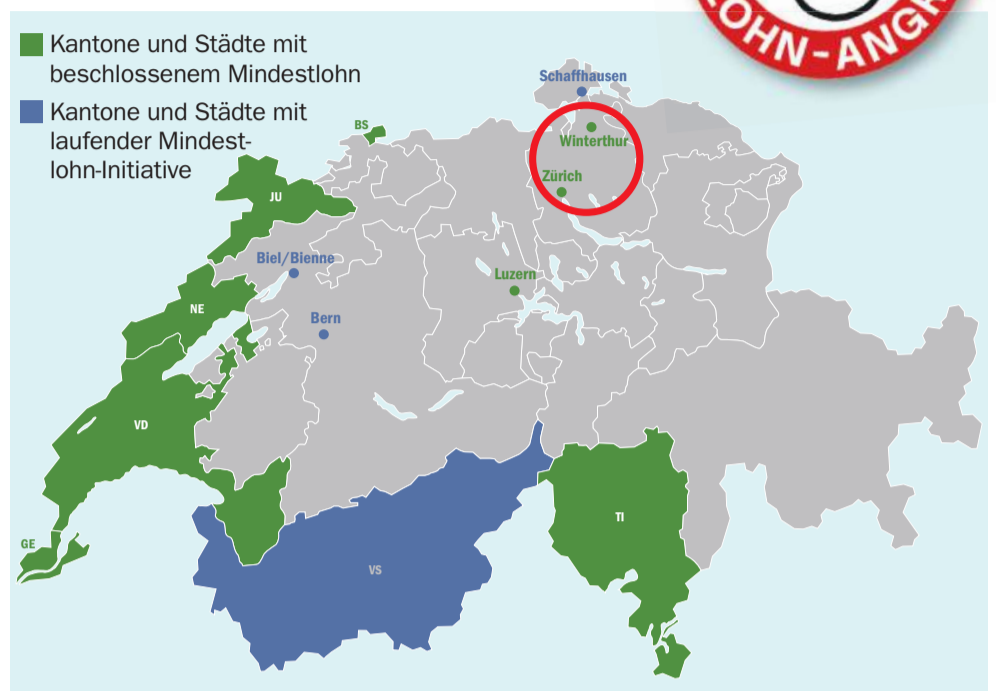
### Durch Mindestlöhne steigt nicht wie behauptet die Arbeitslosigkeit.

«Das Urteil bringt endlich Klarheit und beendet die jahrelange Verzögerungsstrategie der Arbeitgeberverbände.» Nach dem Urteil steht der Umsetzung der Volksentscheide rechtlich nichts mehr im Weg.

### KLAGEN GEGEN DAS VOLK

Kleiner Blick zurück: Ziemlich genau vor drei Jahren sagten 70 Prozent der stimmenden Zürcherinnen und Zürcher Ja zu einem Mindestlohn von 23.90 Franken pro Stunde. In Winterthur waren es 66 Prozent für einen Mindestlohn von 23 Franken. Für das Volk ist klar: Wer 100 Prozent arbeitet, muss von seinem Lohn leben können.

Doch der Gewerbeverband unter Führung der Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun akzeptierte die überaus klaren Volksentscheide nicht. Dasselbe galt für die Arbeitgeberverbände in Winterthur. Beide Entscheide wurden auf dem Rechtsweg angefochten. Der Bezirksrat erteilte der Hungerlohnkoalition eine Abfuhr. Sie prozes-



LÖHNE ZUM LEBEN: In Zürich und Winterthur sind sie jetzt auch bestätigt. GRAFIK: WORK

sierten weiter. Und im Verwaltungsgericht des Kantons Zürich fanden sie Verbündete: Die mehrheitlich bürgerlich besetzte Kammer erklärte städtische Mindestlöhne kurzerhand für ungesetzlich. Die Begründung: Weil Mindestlöhne in den kantonalen Rechtstexten nicht explizit erwähnt würden, dürfe es auf städtischer Ebene auch keine geben. Das Bundesgericht hat jetzt die Rekurse gegen die Verwaltungsgerichtsurteile gutgeheissen. Die Hungerlohnkoalition hat vor dem höchsten Gericht der Schweiz verloren. Endgültig.

### EIN LEUCHTTURM-ENTSCHEID

Doch die Begründung des Gerichts geht weit über den Einzelfall hinaus. Das Bundesgericht hält fest, dass Gemeinden Mindestlöhne einführen können, und das ohne ausdrückliche Grundlage in der Kantonsverfassung. Mehr noch: Es erkennt an, dass Städte die lokalen Bedingungen kennen und das Phänomen der Working Poor ebenso gut bekämpfen können wie der Kanton, wenn nicht besser. Mindestlöhne auf Gemeindeebene entsprechen dem Ziel der Bundesverfassung, dass arbeitsfähige Personen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten können sollen. Das ist ein Grundsatzentscheid. Er hat Signalwirkung über den

Kanton Zürich hinaus für alle Städte und Gemeinden der Schweiz.

Das Muster ist nicht neu. Arbeitgeber-Ideologen bekämpfen Mindestlöhne konsequent. Das Paradebeispiel: 2011 beschloss das Neuenburger Stimmvolk den ersten kantonalen Mindestlohn der Schweiz. Mit rechtlichen Manövern gelang es den Arbeitgeberverbänden, die Umsetzung sechs Jahre lang zu blockieren. Bis das Bundesgericht 2017 definitiv Recht sprach.

### NICHT ZU STOPPEN

Spätestens seit dem Neuenburger Entscheid lässt sich diese Prozessiererei kaum mehr als Suche nach rechtlicher Klärung verkaufen. Sie ist Verzögerungspolitik. Trotz allem Widerstand ist die Mindestlohnwelle nicht zu stoppen. In der Stadt Luzern gilt seit dem 1. Januar 2026 ein kommunaler Mindestlohn. Er kämpft gegen eine Hungerlohnkoalition aus SVP, FDP, GLP und Mitte. Auf kantonaler Ebene haben das Tessin, Genf, Neuenburg, Jura und Basel-Stadt bereits Mindestlöhne eingeführt.

Die Mindestlöhne sind eine Erfolgsgeschichte: Wo sie eingeführt wurden, gibt es weniger Menschen mit Armutslohnen. Und das ohne steigende Arbeitslosigkeit, wie die Arbeitgeberverbände immer behaupten.

## Neue Studie der Helsana liefert brisante Fakten

# Wer wenig Lohn hat, wird öfter krank

**Krankheiten wie Asthma, chronische Schmerzen oder Depression treffen Menschen mit tiefen Löhnen ungleich öfter als Gutverdienende. Kaum einen Einfluss hat dagegen die Nationalität.**

CHRISTIAN EGG

Zum Beispiel Depression: Sie trifft Menschen mit tiefem Einkommen besonders oft. Laut einer neuen Studie der Krankenkasse Helsana liegt das Risiko, an der Krankheit mit oftmals wiederkehrenden Episoden zu leiden, in der tiefsten Einkommenskategorie bei fast 10 Pro-

### «Sie haben Berufe, die krank machen, oder leiden an Geldstress.»

STUDIEN-AUTOR KURT SCHMIDHEINY

zent. Bei den höchsten Löhnen ist das Risiko dagegen nicht einmal 3 Prozent.

Noch stärker ist der Unterschied bei einigen körperlichen Krankheiten. So leiden Men-

schen mit Tieflohnen viermal öfter an Epilepsie oder chronischen Schmerzen als Gutverdienende. Insgesamt analysiert die Studie 33 chronische Krankheiten, darunter Asthma, Diabetes, Krebs, grüner Star oder Herz- und Schilddrüsenleiden. Das Fazit ist eindeutig: «Die Beobachtung, dass Geringverdiener wesentlich häufiger unter chronischen Krankheiten leiden, bestätigt sich.»

### GROSSE DATENMENGE

Durchgeführt haben die Studie im Auftrag der Helsana drei Forscher der Universität Basel. Sie werteten die Gesundheitskosten von rund 700 000 Personen aus, die während acht Jahren anfielen. Die grosse Menge an Daten lässt Zusammenhänge zwischen Einkommen und Krankheiten erkennen. Weshalb dieser Zusammenhang besteht, erklärt sie zwar nicht. Kurt Schmidheiny, Professor für Wirtschaftsstatistik und einer der Autoren der Stu-



Professor Kurt Schmidheiny  
FOTO: ZVG

die, hat allerdings eine Vermutung: «Menschen mit niedrigem Einkommen haben wohl eher Berufe, die krank machen, oder leiden unter Geldstress», so der Forscher gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Auch Caritas Schweiz bestätigt, dass ein tiefes Einkommen eine starke psychische Belastung darstellt, was auch der körperlichen Gesundheit schaden könne. Bereits im Jahr 2002 hatte eine Studie der Caritas Schweiz auf-

gezeigt, dass ein ungelerner Arbeiter im Durchschnitt vier bis fünf Jahre früher stirbt als ein Akademiker. Weil sie öfter krank sind, verursachen Menschen mit tiefen Löhnen auch höhere Kosten für Arztpraxen, Spitäler, Medikamente und so weiter. Dabei zeigt sich einmal mehr: Ausländerinnen verursachen nicht höhere Kosten als Schweizer. Im Gegenteil: Im Schnitt muss die Krankenkasse für Menschen ohne Schweizer Pass sogar leicht weniger Leistungen bezahlen als für solche mit.

### 1000 FRANKEN WENIGER

Die Helsana-Studie bestätigt damit eine Auswertung des Bundesamts für Statistik. Dieses hatte errechnet: Schweizer Staatsangehörige belasten ihre Krankenkasse im Durchschnitt mit 3554 Franken pro Jahr. Bei ausländischen Staatsangehörigen sind es dagegen nur 2569 Franken. Entscheidend ist das Einkommen.

GELDSORGEN HABEN SIE KRANK  
GEMACHT: Reinigerin Noemi Esther  
Martinez. FOTO: OLIVIER VOGELSANG



So geht es Menschen, die für Hungerlöhne arbeiten

# Nicht mal ein Badi-Besuch liegt drin!

**Die rechte Mehrheit im Parlament will die Mindestlöhne aushebeln. Dagegen haben Gewerkschaften und progressive Parteien das Referendum ergriffen. work hat sich in den betroffenen Branchen umgehört.**

IWAN SCHAUWECKER

Vilma Fuentes\* (55) arbeitet in der Reinigung von Büros und Privathaushalten. Das Geld, das Fuentes mit ihren zwei Jobs verdient, reicht aber hinten und vorne nicht. Gegenwärtig sind es knapp 3000 Franken monatlich, bei einem Stundenlohn von 23.20 Franken, einschliesslich Ferienzulagen und des Dreizehnten. Das entspricht dem Mindestlohn, den der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Reinigungsbranche vorschreibt. Als ihr Mann in Rente ging, konnte Fuentes die Miete nicht mehr zahlen. Das Ehepaar musste bei der Tochter in einem Vorort von Zürich einziehen. Im Moment ist jede Rechnung eine zu viel. Nicht mal ein Badi-Besuch am Wochenende liegt mehr drin. Sie sagt: «Ich muss immer bei der Krankenkasse anrufen, damit sie mich nicht betreiben.» Trotz allen Problemen sei sie noch nie beim RAV oder bei der Sozialhilfe gewesen. «Es geht nicht um Stolz. Aber ich habe Angst, dass wir dann unser Auto verkaufen müssen, mit dem ich auch zur Arbeit fahre.»

**Mindestlöhne sind kein Luxus, sie reichen knapp zum Leben.**

Moment ist jede Rechnung eine zu viel. Nicht mal ein Badi-Besuch am Wochenende liegt mehr drin. Sie sagt: «Ich muss immer bei der Krankenkasse anrufen, damit sie mich nicht betreiben.» Trotz allen Problemen sei sie noch nie beim RAV oder bei der Sozialhilfe gewesen. «Es geht nicht um Stolz. Aber ich habe Angst, dass wir dann unser Auto verkaufen müssen, mit dem ich auch zur Arbeit fahre.»

## 100 FRANKEN MEHR

Mit dem neuen Mindestlohn in der Stadt Zürich von voraussichtlich 23.90 Franken pro Stunde würde Fuentes fast 100 Franken mehr im Monat verdienen. Sie sagt: «Wir könnten uns immer noch keine eigene Wohnung leisten, aber immerhin könnten wir die Rechnungen wieder rechtzeitig bezahlen.»

So wie Fuentes geht es vielen anderen. Zum Beispiel Noemi Esther Martinez (45): sie arbeitete als Reinigungskraft am Genfer Flughafen. Und war im Dauerstress, da sie immer mehr in immer kürzerer Zeit erledigen musste. Dazu kamen die permanenten Geldsorgen. Dieser Druck hat Martinez krank gemacht, Burnout. Eine neue Studie hat gezeigt: tiefe Löhne machen krank (Seite 2). Auch mit dem Genfer Mindest-

lohn von 24.59 Franken pro Stunde kommt die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern kaum über die Runden. Dennoch ist der kantonale Mindestlohn in Genf für Martinez eine Garantie, dass sie in ihrem neuen Job in der Reinigungsbranche nicht noch mehr ausgebeutet wird.

## DIE RACHE DER RECHTEN

Mindestlöhne sind kein Luxus, sondern reichen knapp zum Leben. Doch selbst das ist der rechten Parlamentsmehrheit zu viel. Trotz wiederholten politischen und juristischen Niederlagen haben die rechten Mindestlohnfeinde zu ihrem nächsten Angriff angesetzt (siehe Box rechts). Im Namen der Sozialpartnerschaft wird eine Politik vorangetrieben, welche die tiefsten Löhne im Land noch weiter senken will. Allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge (GAV) sollen missbraucht werden, um in Branchen mit GAV tiefere Mindestlöhne durchzusetzen, als die Stimmbevölkerung in Kantonen und Gemeinden beschlossen hat. Es ist das erste Gesetz, das private Verträge über demokratische Volksentscheide stellt. Und es ist das erste Gesetz, das Löhne auf breiter Front per Gesetz senken will.

## ANGRIFF AUF ALLE GERINGVERDIENENDEN

Den Angriff auf die Mindestlöhne empfindet Coiffeuse Julie Tisserand (28) aus La Chaux-de-Fonds deshalb auch als Angriff auf sich und ihre Berufskolleginnen: «Unsere Löhne als Coiffeusen und Coiffeure sind sowieso schon sehr tief. Ohne das Einkommen meines Mannes, der in der Uhrenindustrie arbeitet, würden wir als Familie mit zwei Kindern nicht durchkommen.» Als sie noch angestellt war, verdiente Tisserand mit einem 50-Prozent-Pensum 1900 Franken. Also knapp so viel, wie der kantonale Mindestlohn im Kanton Neuenburg vorschreibt. Heute schneidet sie die Haare als Selbständige.

## MINDESTLÖHNE ERHÖHEN LOHNNIVEAU

Alina Ott (24) arbeitet als Verkäuferin in einer Bäckerei im Zürcher HB. Bis zur Abstimmung über die Mindestlöhne in Winterthur und Zürich vor drei Jahren wusste sie nicht, dass es in der Schweiz gar keinen nationalen Mindestlohn gibt. Dass die Mindestlöhne durch FDP, SVP und Mitte weiterhin so vehement bekämpft werden, kann sie nicht verstehen. Schliesslich predigten diese Kreise oft, dass sich Arbeit wieder lohnen solle. Und Mindestlöhne haben einen nachweislichen Effekt auf alle Tiefelöhne. Wenn die tiefsten Löhne steigen, steigt das Lohnniveau in der ganzen Branche. Dies könnte dann auch Alina Ott zugute kommen. Zurzeit hat sie einen Stundenlohn von 27 Franken. Aus Solidarität mit ihren Kolleginnen in der Gastronomie unterstützt Ott das Referendum: «In der Schweiz sollten alle Menschen von ihrem Lohn leben können.»

## Hungerlohn: Das Gesetz und das Referendum

**WAS WILL DER GESETZESVORSCHLAG?** Mit der Anpassung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) würden Mindestlöhne im GAV gegenüber kantonalen und kommunalen Mindestlöhnen Vorrang erhalten. Weil manche der Mindestlöhne im GAV tiefer sind als die Mindestlöhne in den Kantonen und Gemeinden, bewirkt das Gesetz eine Lohnsenkung bei den tiefsten Löhnen.

**WER WÄRE BETROFFEN?** Betroffen wären insbesondere Frauen, da diese besonders häufig in Tieflohnssektoren wie der Reinigung, in der Gastro oder als Coiffeusen tätig sind. In Kantonen und Städten, die Mindestlöhne bereits eingeführt haben, könnten diese zwar vorerst bestehen bleiben. Dies betrifft die Kantone Genf und Neuenburg und die Stadt Luzern sowie potentiell die kürzlich vom Bundesgericht bestätigten Mindestlöhne in den Städten Zürich und Winterthur, aber nur, wenn diese noch rechtzeitig eingeführt werden. Der Mechanismus zum Ausgleich der Teuerung, der bei den meisten gesetzlichen Mindestlöhnen gilt, würde aber überall ausgehebelt. Alle zukünftig eingeführten gesetzlichen Mindestlöhne hätten nur noch einen sehr eingeschränkten Wirkungsbereich.

**WER STEHT DAHINTER?** Der Urheber dieser Gesetzesvorlage ist Erich Ettliln (64), Mitte-Ständerat aus dem Kanton Obwalden. Als Mitglied der Gesundheitskommission sowie der Finanz- und Wirtschaftskommission hat Ettliln neben seinem Job als Parlamentarier und als Steuerberater noch 20 weitere Mandate, die Hälfte davon bezahlt. So etwa als Verwaltungsrat der Krankenkasse CSS, einer Luzerner Immobilienfirma und einer Finanzverwaltung. Ein bestens bezahlter Lobbyist greift die tiefsten Löhne im Land an.

**JETZT DAS REFERENDUM UNTERSCHREIBEN!** Die Gewerkschaften haben gegen diesen Angriff auf die Mindestlöhne und die Geringverdienenden das Referendum ergriffen. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagte zum Sammelstart: «Mindestlöhne verhindern, dass Steuerzahlende die Arbeitgeber indirekt über Sozialhilfe subventionieren, wenn diese Tiefelöhne zahlen.» Das Gesetz sei ein Angriff auf ganzer Linie: auf Tiefelöhne, auf Frauen, auf alle Beschäftigten. «Arbeit muss zum Leben reichen – alles andere ist ein Skandal.» Die 50 000 Unterschriften werden in den nächsten 100 Tagen gesammelt. Ein Unterschriftenbogen liegt dieser work-Ausgabe bei. (iso) Mehr Infos zum Referendum gibt es hier: [unia.ch/lohnensenkungen-nein](http://unia.ch/lohnensenkungen-nein)

## Wen es wie hart trifft Büezerinnen verlieren

### Ungelernte im Gastgewerbe in der Stadt Zürich



Lohnverlust ohne städtischen Mindestlohn von 23.90 Franken/Stunde in der Stadt Zürich

### Restaurant-Angestellte mit EBA in der Stadt Zürich



Lohnverlust ohne städtischen Mindestlohn von 23.90 Franken/Stunde in der Stadt Zürich

### Gelernte Coiffeuse im Kanton Genf



Lohnverlust durch fehlenden Teuerungsausgleich bis 2030, bei einem Mindestlohn von 24.59 Franken/Stunde

### Gelernte Verkäuferin in einer Bäckerei in der Stadt Luzern



Lohnverlust durch fehlenden Teuerungsausgleich bis 2030, bei einem Mindestlohn von 22.75 Franken/Stunde

\*Name geändert

# SGB fordert mehr Kontrollen

**BERN.** Der neue Bericht zu den flankierenden Massnahmen (FlaM) zeigt: Ein starker Lohnschutz mit regelmässigen Kontrollen ist wichtig für die Arbeitnehmenden. Doch viele Kantone setzen den Lohnschutz nicht richtig um. Sie kontrollieren zu wenig und setzen Mindestlöhne auch bei wiederholtem Lohn-dumping nicht durch. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert deshalb von allen Kantonen die konsequente Umsetzung des Lohnschutzes. Am besten funktioniert der Lohnschutz derzeit in Genf und im Tessin, wo mehr als ein Drittel aller Kontrollen stattfinden. In diesen Kantonen werden auch beim Verstoss gegen Mindestlöhne Sanktionen ergriffen.

# Wasserfallen wird neuer SBV-Präsident

**ZÜRICH.** Die Generalversammlung des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) hat den Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen (45) zu ihrem neuen Zentralpräsidenten gewählt. Dieser tritt damit die Nachfolge des lang-jährigen SBV-Präsidenten Gian-Luca Lardi an. Wasserfallen ist seit fast 20 Jahren im Nationalrat. Als Hardliner in der Migrationspolitik, AKW-Fan, Kriti-



GEWÄHLT: Christian Wasserfallen. FOTO: KEY

ker von Klimaschutzmassnahmen sowie als Gegner der Bilateralen III hat er sich am rechten Rand der FDP positioniert. Mit der Baubranche ist Wasserfallen als Verwaltungsratspräsident der Walo Bertschinger AG Bern vertraut.

# Schweizer Zolldrama geht weiter

**WASHINGTON.** Das aktuelle US-Zollregime mit Zöllen von 10 Prozent für die Schweiz läuft am 24. Juli aus. Auch ein Besuch des Bundespräsidenten Guy Parmelin beim US-Handelsbeauftragten brachte keine neuen Ergebnisse. Der Bundesrat veröffentlichte lediglich eine Erklärung, dass sich die Schweiz an ihren Teil der Abmachungen vom letzten November halten wolle. Der Bundesrat und die Schweizer Exportunterindustrie erhoffen sich US-Zölle von maximal 15 Prozent. Doch Trump hat der Schweiz und 60 weiteren Staaten neue Zölle angedroht, weil sie zu wenig gegen Zwangsarbeit in ihren Lieferketten unternehmen würden.

# Immer mehr Hitzetote bei der Arbeit

**BRÜSEL.** Die Klimaerhitzung trifft Menschen, die im Freien oder in nicht-klimatisierten Räumen arbeiten müssen, besonders hart. Die Zahl der Menschen, die in der EU bei ihrer Arbeit Hitzewellen ausgesetzt sind, ist seit dem Jahr 2000 um 60 Prozent angestiegen, und auch die Zahl der hitzebedingten Todesfälle am Arbeitsplatz hat um 42 Prozent zugenommen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert von der Europäischen Kommission, dass im neuen «Quality Jobs Act» das Recht auf Hitzepausen und neue Hitzeregulungen verankert werden.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

# «Unidos somos fortes»



WO SICH DIE BÜEZERINNEN UND BÜEZER TREFFEN: Das Vereinszentrum des FC Lusitanos in Samedan GR ist für die portugiesische Community im Engadin ein wichtiger Begegnungsort. FOTO: ZVG

Ein Sechstel der insgesamt 4800 Einwohnerinnen und Einwohner von St. Moritz haben einen portugiesischen Pass. Viele weitere pendeln für die Arbeit in den Luxusferienort. Im Baugewerbe, in der Reinigung, in der Hotellerie und Gastronomie leisten sie einen unabdingbaren Beitrag für den Betrieb und den weltweiten Ruf der Tourismusdestination. Das Vereinszentrum des FC Lusitanos im nahegelegenen Samedan ist ein wichtiger Treffpunkt für die portugiesische Community. Hier treffen sie sich für Fussballfeiern, Hochzeiten oder auch mal auf ein Bier nach der Arbeit. Die Unia organisierte genau an

diesem Ort vor kurzem ein Treffen für ihre Mitglieder. Bruno Da Costa Palmeira ist Unia-Gewerkschaftssekretär für die Ostschweiz und auch für das portugiesische Bau- und Reinigungspersonal im Engadin zuständig. Er kommt aus St. Gallen regelmässig ins Engadin und besucht neben Baustellen und Betrieben auch das Centro Lusitanos. Hier kommt er mit den Leuten ins Gespräch, hört von ihren Problemen bei der Arbeit und gewinnt neue Mitglieder für die Unia. Er sagt: «Solche Begegnungsorte sind für die portugiesische Community und auch für die gewerkschaftliche Arbeit im Engadin sehr wertvoll.»

# Ein Sechstel der Einwohnerinnen von St. Moritz haben einen portugiesischen Pass.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/portugiesen-engadin

# 2027 wird der 14. Juni wieder gross

Seit 35 Jahren gehört der 14. Juni der feministischen Bewegung der Schweiz. Denn am 14. Juni 1991 – auf den Tag genau 10 Jahre nach der Abstimmung über die Verankerung der Gleichberechtigung in der Bundesverfassung –



CARE-STREIK 2027: Die Vorbereitungen laufen bereits. FOTO: VPOD/ZVG

schrrieben die Frauen hierzulande Geschichte: Ein historischer Streiktag löste nicht nur landesweit eine «lila Welle» los und mobilisierte Hunderttausende Frauen, sondern brachte auch politisch essentielle Verbesserungen. Wenige Jahre später wurde das Gleichstellungsgesetz eingeführt. Auch dieses Jahr versammelten sich in der ganzen Schweiz Frauen auf den Strassen, um für Gleichheit zu kämpfen. Und der nächste grosse Streik steht schon in der Planung: Am 14. Juni 2027 ist der grosse Care-Streik. Auch die Gewerkschaftsmitglieder der Unia sind vorne mit dabei.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/14-juni-26

# Alltag hinter den OP-Türen

Fast 24 000 Menschen folgen Nikki auf Instagram. Dort gibt die 30-jährige Operationstechnikerin unter dem Namen «nikki.undso» Einblicke in ihren Berufsalltag im Operationssaal. Denn viele Menschen hätten Angst vor einer

# WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

# Temperaturen über 50 Grad: Im Netz wird heiss diskutiert

Ein Dachdecker filmt mit dem Handy seine Baustelle. Er läuft auf ein Thermometer zu und sagt: «Wenn ich sage, es ist heiss, dann ist es heiss.» Nahaufnahme: Das Thermometer zeigt 54 Grad an. Dieses Video, das unsere Kolleginnen von der Unia mit der Forderung publiziert haben, dass ab 33 Grad schwere Arbeiten im Freien unterbrochen werden sollen, sorgt auf Social Media für hitzige Diskussionen. Ein paar Kostproben:

- Ich würde als Team am gleichen Strang ziehen. Alle müssen sich wehren. Was will der Chef machen: alle gleichzeitig entlassen?** Chris Baumgartner
- Mir vertrocknet der Beton, bevor ich ihn einbauen kann. Mein Gehirn ist Suppe, meine Haut ist Leder. Einfach unmenschlich!** Nadabrahma
- Egal, der Chef hat ja eine Klimaanlage in seinem Büro.** Niklas
- Siesta ist ist kein Verbrechen. Gerne von 6 bis 11 Uhr und von 17 bis 21 Uhr wieder.** Frieetrix
- Aber dann verdienen doch die Superreichen in ihren gekühlten Villen weniger. Geht's noch?!** Akselj21
- Ich hoffe, hitzefrei wird gesetzlich verankert. Wir auf dem Bau sind am «Brennen».** Lato Loj
- Da würde ich meinen Dienst beenden!** Dominik Roland

@workzeitung

Operation und wüssten kaum, wie der Alltag im OP aussieht. Im OP erlebt man so viel, da geht einem der Gesprächsstoff nicht aus. Doch Nikki spricht nicht nur über lustige oder kuriose Momente. Sie äussert sich auch kritisch zu den Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen: zu Personalmangel, Dauerstress, fehlenden Pausen und der psychischen Belastung, die



Nikki. FOTO: JUN

Operation und wüssten kaum, wie der Alltag im OP aussieht. Im OP erlebt man so viel, da geht einem der Gesprächsstoff nicht aus. Doch Nikki spricht nicht nur über lustige oder kuriose Momente. Sie äussert sich auch kritisch zu den Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen: zu Personalmangel, Dauerstress, fehlenden Pausen und der psychischen Belastung, die

viele im Gesundheitswesen täglich ertragen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/Nikki-OP

# Kanton bestätigt die vielen Mängel

Die Medienmitteilung des Kantons Wallis ist deutlich. Die Stiftung «Mitmensch Oberwallis», die in seinem Auftrag rund 500 Menschen mit Behinderung betreut, weist «in einigen Bereichen Instabilitäten und Überlas-

tungen» auf. Probleme hätten sich «über mehrere Jahre entwickelt» und seien heute so gross, dass sie «die Qualität der Begleitung und der Leistungen beeinträchtigen». Zudem hat die Organisation «bestimmte Sicherheitsmassnahmen nicht eingehalten» und muss daher «rasch das Qualitäts- und Risikomanagement verstärken». Der Kanton erwartet vom Betrieb einen grundlegenden Wandel, darunter «die Reorganisation des Managements».

Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/mitmaensch-oberwallis

# So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



**ZUFRIEDEN:** Für Plattenleger Daniel Heynen (57) war die Frühpensionierung in seiner Branche längst überfällig. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

# Das bringt der neue GAV für Plattenleger «Rentenalter 62: Das ist einfach Weltklasse!»

**Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich im neuen GAV für Plattenleger und Plattenlegerinnen auf das Rentenalter 62 geeinigt. Was in der Romandie schon lange Standard ist, wird damit ab Ende 2027 auch für die Plattenleger in der Deutschschweiz möglich.**

IWAN SCHAUWECKER

Was lange währt, wird endlich besser: Die Plattenlegerinnen und Plattenleger müssen bald nicht mehr bis im Alter von 65 Jahren chrampfen. Voraussichtlich ab dem 1. Oktober 2027 erhalten sie in der ganzen Schweiz ab 62 eine Über-

**«Damit können Plattenleger vermehrt gesund in Rente gehen.»**

KASPAR BÜTIKOEFER, UNIA

brückungsrente bis zur ordentlichen Pensionierung. Das haben nach den Gewerkschaften auch die Delegierten des Arbeitgeberverbandes Ceruniq beschlossen. Für Plattenleger Daniel Heynen (57) sind dies super Neuigkeiten. Er sagt: «Dass ich nun im Alter von 62 Jahren in Pension gehen kann, ist einfach Weltklasse!»

## LANGJÄHRIGE FORDERUNG

Bereits seit der Einführung der Frühpensionierung im Bauhauptgewerbe im Jahr 2003 habe man seitens der Arbeitnehmer und Gewerkschaften eine solche Regelung in der Branche gefordert. «Aber die Arbeitgeber hatten nie ein

offenes Ohr, obwohl so viele von uns aus gesundheitlichen Gründen den Job wechseln», sagt Plattenleger Heynen. Er aber hat durchgehalten und ist inzwischen bereits mehr als 40 Jahre auf Baustellen unterwegs: «Auch ich habe Arthrose in den Knien und im Rücken, nichts Dramatisches, aber ich spüre das jeden Tag.» Die neue Regelung mit der Frühpensionierung sei nicht nur gut für ihn persönlich, sondern für die ganze Branche, die unter Nachwuchsproblemen und Personalmangel leidet. Heynen sagt: «Ich hoffe, dass die Möglichkeit der Frühpensionierung auch wieder mehr Junge zu einer Lehre motiviert.»

## AUCH ARBEITGEBER ERFREUT

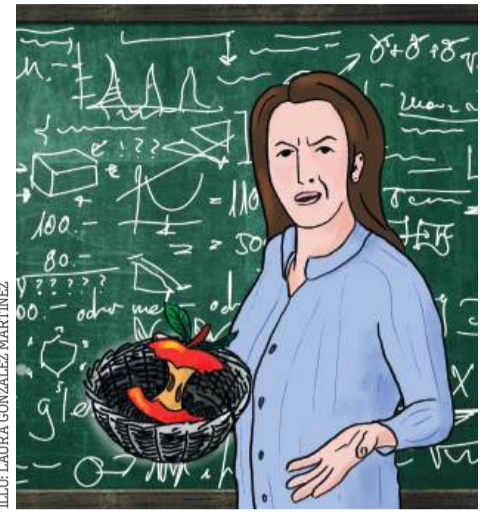
Die Möglichkeit zur Frühpensionierung freut auch Konrad Imbach, Zentralpräsident von Ceruniq: «Dank der Frühpensionierung können wir die Attraktivität unserer Branche steigern.» Mit der Frühpensionierung würden auch Anreize gesetzt, gut ausgebildete und erfahrene ältere Mitarbeitende in der Branche zu halten. Auch der Unia-Branchenverantwortliche Kaspar Bütikofer sieht in der Einführung der Frühpensionierung einen grossen Fortschritt. «Mit dem Rentenalter 62 können die Plattenleger vermehrt gesund in Rente gehen, es ist eine absolut notwendige Verbesserung.»

Ausschlaggebend für den Anschluss an die Westschweizer Lösung waren die guten Erfahrungen des Plattenlegergewerbes in der Romandie, aber auch des Tessins und beider Basel, die seit vielen Jahren Teil der Vorpensionierungskasse Resor sind. In der Romandie sind inzwischen fast alle Baunebengewerbe Resor angeschlossen. In der Deutschschweiz sind es die Maler/Gipser, Dachdecker, bald auch die Gebäudetechniker, und im Metallgewerbe starten diesen Herbst ebenfalls GAV-Verhandlungen, um die Frühpensionierung möglich zu machen.

## GAV Plattenleger: Frühpensionierung, höhere Mindestlöhne und Spesen

Die vorzeitige Pensionierung ab 62 haben die Sozialpartner im Rahmen des neuen Landesgesamtarbeitsvertrags (LGAV) für Plattenleger vereinbart. Neben der Frühpensionierung wurden auch neue Regeln für die Spesenabrechnung und die Arbeitszeit bei der Anfahrt zur Baustelle definiert. Neu zahlen die Arbeitgeber in der Regel 260 Franken pauschal pro Monat für das Mittagessen. Bisher unbezahlte Reisezeit wird durch eine pauschale Versetzungszulage geregelt – zwischen 15 und 30 Kilometern gibt es 18 Franken Zuschlag und bis 50 Kilometer 42 Franken Zuschlag. Die Arbeitszeit wird bei privater Anfahrt um eine halbe Stunde gesenkt.

**BESSERE GRUNDLÖHNE.** Die Mindestlöhne der Kategorie A (EFZ und gleichwertige Ausbildungen im Ausland) und Kategorie B (EBA und Personen ohne Ausbildung) werden zwischen 3 und 5 Prozent erhöht. Der A-Mindestlohn ist neu 5500 Franken. Der B-Mindestlohn beträgt 4950 Franken pro Monat im dritten Jahr nach dem Lehrabschluss oder nach Arbeitsbeginn. Arbeitnehmer der Kategorie B steigen nach sieben Jahren in die Kategorie A auf. Auch die Umgehung der Mindeststandards durch die Kategorie «Hilfsarbeiter» wird durch klare Kriterien erschwert. Ein Hilfsarbeiter darf keine Platten legen und nicht ausfügen. Etwa 2600 Arbeitnehmende sind dem neuen LGAV unterstellt. (isc)



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

## Laura und die Apfel-Aufgabe

Mathe war nie mein Fach. Das liegt mir ganz und gar nicht. Ich war in der Schule in den Fächern Musik und Zeichnen stark. In Mathe hatte ich hingegen immer Kopfschmerzen. Nicht zu knacken. Unlösbar. Aber ich mag Äpfel. Damit fällt mir das Rechnen leichter. Denn im Grunde ist es



**Laura mal laut**

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

nicht die Mathematik, sondern die Aufgabe, die unlösbar ist. Einfach nicht zu knacken.

**HART VERDIENT.** Denn eigentlich ist es ganz simpel: Besitze ich vier Äpfel und gebe zwei weg, bleiben mir zwei im Fruchtkorbli. Gut. Jetzt wird es anspruchsvoller. Mal angenommen, ich kriege 24 Äpfel pro Stunde, dann sind das bei 180 Arbeitsstunden brutto 4320 hartverdiente Äpfel pro Monat. Davon gehen 620 Äpfel an AHV, Pensionskasse und Co. Und ich beginne meine Rechenaufgabe mit 3700 Äpfeln. Davon zahle ich 1500 für die Miete, was noch günstig ist. Dazu kommen noch mindestens 400 Äpfel für die Krankenkasse. Und zur Arbeit muss ich auch noch irgendwie, das kostet mich 90 Äpfel im Monat für ÖV.

**LEER.** Durchschnittlich esse ich im Schnitt etwa 500 Äpfel im Monat, und für die Handyrechnung ziehe ich noch 100 ab. Bleiben 1110. Jetzt wird's richtig duster in meinen Fruchtkorb. Jährliche Ausgaben wie Serafe, Strom, Heizkosten, Versicherungen – und die hartverdienten Äpfel sind wie weggezaubert. Ferien kann ich vergessen, und meine Kopfschmerzen sind nun lähmend. Zum Arzt gehe ich deswegen nicht, weil ich sonst den leeren Fruchtkorb auch noch weggeben muss. Ich habe, wenn es gut kommt, etwa 1000 Franken zur Verfügung, wenn ich keine Alimente zahlen muss, nicht zum Zahnarzt muss, kein Auto fahre, keinen Parkplatz brauche oder nicht sonstige unerwartete Kosten auf mich zukommen.

**WÜTEND.** Restaurantbesuche, neue Klamotten und teure Hobbies sind Luxus, bei denen ich mir mindestens fünfmal überlege, ob ich mir etwas davon gönne. An Sparen, um meine Rente aufzubessern, damit ich nicht in die Altersarmut hineingerate, ist gar nicht zu denken. Jetzt kommen andere und behaupten, dass tuusig Stutz bereits zu viel seien und wir somit keine 23.90 Franken die Stunde brauchen. Sodass andere, die schon einen vollen Fruchtkorb haben, noch mehr profitieren können. Ist das zu fassen! Nein, diese Rechnung geht nicht auf. Diese Abwertung der Arbeiterinnen macht mich unfassbar wütend. Wir brauchen einen Mindestlohn! Die Rechnung muss für alle aufgehen, damit alle besser und sorgenfreier leben können und unsere harte Arbeit anerkannt wird. Die Wertschätzung muss auf unseren Konten sichtbar sein.

## Initiative eingereicht Gegen den Mieten-Klau

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MVS) hat mit einer breiten Allianz die Volksinitiative «Ja zum Schutz vor missbräuchlichen Mieten (Mietpreisinitiative)» eingereicht. Diese fordert, dass Mietpreise automatisch und regelmässig staatlich überprüft werden. Auch die Unia unterstützt die Initiative.

IWAN SCHAUWECKER

Überhöhte Mieten, viel zu hohe Renditen, keine Überprüfungen: In der Schweiz herrscht keine Wohnungsnot, sondern eine staatlich tolerierte Mietpreisexplosion. Über 140 000 Personen haben deshalb die Mietpreisinitiative unterschrieben und fordern den Schutz vor missbräuchlichen Mieten. Eine Allianz, an der auch die Unia und der SGB beteiligt sind, hat die Initiative letzte Woche eingereicht. Sie ist nötig, weil weder der Bundesrat noch die rechte Mehrheit im Parlament etwas an dieser untragbaren Situation ändern wollen.



MIT ÜBER 140 000 UNTERSCHRIFTEN: Die Mietpreisinitiative wurde eingereicht. FOTO: KEYSTONE

Und dies, obwohl die Schweiz ein Land der Mieterinnen ist: Rund 60 Prozent der Haushalte sind Miethaushalte. Gleichzeitig bezahlen Mieter im Durchschnitt rund 360 Franken pro Monat zu viel.

### LÖHNE GEHEN FÜR MIETE DRAUF

Insgesamt fließen so jedes Jahr rund 10 Milliarden Franken missbräuchlich von den Mieterinnen zu den Besitzern, immer häufiger auch an Immobilienkonzerne. Das belastet die Haushalte in der Schweiz massiv: Fast 40 Prozent der Mieterinnen, insbesondere Geringverdienerinnen, geben heute mehr als einen Drittel ihres Einkommens für die Miete aus.

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagte bei der Einreichung der Initiative: «Die Kaufkraftprobleme der Schweizer Bevölkerung sind gross. Für die meisten Arbeitnehmenden war das vergangene Jahrzehnt bei den Löhnen ein verlorenes Jahrzehnt.» Der mittlere Schweizer Lohn bleibt nämlich nach Abzug der Teuerung auch 2026 auf dem Niveau von 2016. Eine der Hauptursachen dafür: die Mieten. Sie sind in den letzten 20 Jahren im Schweizer Durchschnitt um 25 Prozent gestiegen, obwohl sie eigentlich hätten sinken müssen.

Die Mietpreisinitiative setzt genau hier an. Sie verlangt, dass Mieten automatisch und regelmässig überprüft werden. Wenn eine Miete missbräuchlich hoch ist, muss sie gesenkt werden. Damit würden die heute bereits geltenden Gesetze endlich wirksam durchgesetzt. Michael Töngi, Vizepräsident des MVS und grüner Nationalrat, sagt: «Heute liegt die ganze Verantwortung bei den Mieterinnen. Sie müssen sich einzeln wehren, obwohl viele Angst haben, sich mit der Immobilienverwaltung anzulegen oder gar ihre Wohnung zu verlieren.» Wer einen Vertrag mit einer missbräuchlich hohen Miete unterzeichnet, soll in Zukunft darauf zählen können, dass die Behörden den Mietzins kontrollieren und bei Missbrauch senken werden.

### MIETRECHT DURCHSETZEN

Denn das Mietrecht schreibt vor, dass sich Mieten an den tatsächlichen Kosten einer Liegenschaft plus einer klar definierten, maximal angemessenen Rendite orientieren müssen. Weil die Zinsen während vieler Jahre gesunken sind, hätten auch die Mieten sinken müssen. Doch passiert ist das Gegenteil. Obwohl überhöhte Mieten gesetzlich verboten sind, bleibt das Gesetz in der Praxis oft wirkungslos, denn es wird nicht kontrolliert. Die Folge: Viele Neumieter zahlen zu viel, und dies Monat für Monat.

Die Mietpreisinitiative setzt genau hier an. Sie verlangt, dass Mieten automatisch und regelmässig überprüft werden. Wenn eine Miete missbräuchlich hoch ist, muss sie gesenkt werden. Damit würden die heute bereits geltenden Gesetze endlich wirksam durchgesetzt. Michael Töngi, Vizepräsident des MVS und grüner Nationalrat, sagt: «Heute liegt die ganze Verantwortung bei den Mieterinnen. Sie müssen sich einzeln wehren, obwohl viele Angst haben, sich mit der Immobilienverwaltung anzulegen oder gar ihre Wohnung zu verlieren.» Wer einen Vertrag mit einer missbräuchlich hohen Miete unterzeichnet, soll in Zukunft darauf zählen können, dass die Behörden den Mietzins kontrollieren und bei Missbrauch senken werden.

# Das Volk hat Nein gesagt zur fremdenfeindlichen SVP-Initiative... ...und damit Ja zu einer vielfältigen Schweiz

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Unter diesem Motto hebt die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundeshaus demokratische Entscheide bei Mindestlöhnen, AHV oder Atomkraft aus – und aus dem Nein zur SVP-Chaosinitiative wird flugs ein Ja für eine härtere Migrationspolitik.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Für wen sie politisiert und für wen nicht, hat die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesparlament in den vergangenen Wochen und Monaten wieder einmal gezeigt. Und auch, was sie von demokratischen Entscheiden hält – nämlich nichts, wenn sie nicht in ihrem Sinne ausgefallen sind. So zum Beispiel der neuste Angriff auf die Mindestlöhne: Dieser betrifft hauptsächlich Arbeitnehmerinnen in ohnehin schon prekären Situationen (Seite 2 und 3). Und dies, obwohl das Volk in insgesamt 9 Kantonen und Städten für Löhne gestimmt hat, die zum Leben reichen. Zudem weigern sich die rechtsbürgerlichen Politikerinnen und Politiker, die 13. AHV-Rente nachhaltig zu finanzieren, obwohl diese 2024 von einer Mehrheit der Stimmbewöl-

### Eine Mehrheit will Migrantinnen mit Respekt behandeln.

kerung angenommen worden ist (Seite 8). Stattdessen fordern sie «strukturelle Massnahmen», sprich: eine Erhöhung des Rentenalters. Obwohl die Stimmbewölkerung dies ebenfalls 2024 mit wuchtigen 75 Prozent verworfen hat. Oder beim Thema Atomkraft: 2017 hat das Volk klar Nein gesagt zum Bau neuer Atomkraftwerke. Egal, befand jetzt eine (zwar knappe) Mehrheit im Nationalrat und stimmte für die Aufhebung des Neubaubeschlusses. Ähnlich lief es bei der Umsetzung der Pflegeinitiative: die Stimmberechtigten sagten 2021 deutlich Ja zu besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege. Doch der Nationalrat hat mit Stimmen von SVP, FDP bis Mitte fast sämtliche Verbesserungen wieder aus dem Gesetzesentwurf gekippt.

### JA ZUM LOHNSCHUTZ

In diese Serie der Missachtung demokratischer Entscheide reiht sich auch die rechtsbürgerliche Interpretation des Abstimmungsresultats über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ein, mitgetragen von den vereinigten Zürcher Redaktionen. Fakt ist: 54,8 Prozent der Stimmberechtigten haben Nein gesagt zu dieser fremdenfeindlichen Initiative, die den Lohnschutz



GROSSE FREUDE AM ABSTIMMUNGSSONNTAG: Gewerkschaften und linke Parteien feiern das klare Nein zur SVP-Initiative, darunter Unia-Präsidentin Vania Alleva (4. von rechts). FOTO: KEYSTONE

schwächen wollte und die eine Rückkehr zum menschenwürdigen Saisonierstatut bedeutete hätte.

Doch bereits kurz nach den ersten Hochrechnungen bezeichnete «Tages-Anzeiger»-Chefredaktorin Raphaela Birrer das Abstimmungsresultat als «Weckruf», freundlich gelobt von der rechten «Weltwoche». Denn ihr Weckruf richtete sich an die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage, nicht etwa an die SVP. Zur Erinnerung, weil sie den Abstimmungskampf der SP, den Grünen und den Gewerkschaften überliessen: auch FDP, Mitte und GLP waren gegen die SVP-Initiative. Was sie aber anscheinend noch am Abstimmungssonntag in der «Elefantenrunde» im Schweizer Fernsehen schon wieder vergessen hatten: FDP-Co-Präsident Benjamin Mühlemann sieht die Aufgabe von Migrantinnen und Migranten vor allem darin, «uns den Wohlstand zu sichern». Er will die Zuwanderung regulieren und schlägt dazu etwas phantasielos ein höheres Rentenalter vor. Mitte-Chef Philipp Matthias Bregy spricht über «Sorgen in der Bevölkerung» in Bezug auf den Bevölkerungswachstum und will ebenfalls «die Zuwanderung steuern».

Und sogar Justizminister Beat Jans verspricht umgehend Verbesserungen im Asylwesen, fast schon entschuldigend. Die Arbeitgeberverbände fordern (einseitige) Flexibilisierung der Arbeitszeiten und – ein höheres Rentenalter. Überhaupt, die Erhöhung des Rentenalters! Für FDP und Wirtschaftsverbände ist sie mittlerweile das, was für die

SVP «weniger Ausländer» sind: die Lösung aller Probleme. Die wirtschaftsnahe Denkfabrik Avenir Suisse zieht sie sogar als Rezept gegen die tiefe Stimmbeteiligung der Jungen in Betracht. Und die SVP? Sie fordert erst mal gar nichts. Sondern sucht nach den Schuldigen, die sie im Stadt-Land- und im Röstigraben findet. SVP-Präsident Marcel Dettling: «Wir wurden von den Städten überfahren.» Ausnahmsweise liegt er damit nicht mal ganz falsch. Tatsächlich haben die Städte und urbanen Kantone die Initiative am eindeutigsten abgelehnt. Doch unter den 14 Nein-Kantonen sind auch ländlich geprägte Kantone und solche, die 2015 die SVP-Initiative gegen die «Masseneinwanderung» noch angenommen hatten.

### NEIN ZUR HEIDI-SCHWEIZ

Die hohe Ablehnung in den Städten (84 Prozent in Bern, über 75 Prozent in Zürich, Lausanne und Basel) zeigt deutlich: es war kein Nein zu «Dichtestress», «Wohnungsnot» oder «Zubetonierung», wie SVP, FDP und Mitte weismachen wollen. Denn die Städte sind am dichtesten besiedelt, in den Städten sind die Wohnungen am teuersten, und Beton dominiert. Das Nein zeigt vielmehr: Die Schweiz war und ist kein Heidi-Land mit (ohnehin schwindenden) Gletschern im Abendrot. Die Schweiz ist ein Land der Städte und Agglomerationen. Ein Land im Zentrum Europas, schon immer geprägt durch Migration. Das Nein zeigt auch: Eine Mehrheit will Migrantinnen und Migranten mit Respekt behandeln. Und sich an internationale Verträge halten. Das Nein war ein Ja zu fundamentalen Menschenrechten, zum Lohnschutz, zur Personenfreizügigkeit und zu einer vielfältigen und verlässlichen Schweiz.

## Ende gut – nicht alles gut: Was es jetzt wirklich braucht!

55 Prozent der Bevölkerung haben Nein gesagt zu einer Initiative, die kein einziges Problem gelöst hätte. Was nicht heisst, dass es keine Probleme gibt – nur ist es nicht das «Ausländerproblem». Die Nachwahlbefragung des Umfrageinstituts Leewas hat gezeigt: vor allem Menschen mit tiefen Einkommen und Nichtakademiker haben Ja gesagt.

**NICHT GEWILLT.** Wenn ein Weckruf, dann wäre das einer. Denn diese Menschen sind besonders betroffen von tiefen Löhnen, hohen Mieten, hohen Gesundheitskosten (Seite 2), sinkender Kaufkraft. Doch gerade hier sind die

rechtsbürgerlichen Parteien nicht gewillt, echte Verbesserungen herbeizuführen. Zum Beispiel bei der «Wohnungsnot». Hier wären wir schon einen grossen Schritt weiter, wenn das geltende Recht durchgesetzt würde. Denn Mieterinnen und Mieter zahlen jährlich 10 Milliarden zu viel. Das will die Mietpreisinitiative jetzt ändern (siehe Spalte).

Oder bei der «Zubetonierung». Auch hier wäre es hilfreich, wenn das Raumplanungsgesetz wirklich eingehalten und nicht bei jeder Revision noch weiter ausgehöhlt würde – wie das aktuell FDP-Co-Präsi-



GEGEN «ZUBETONIERUNG»: Das Raumplanungsgesetz darf nicht ausgehöhlt werden. FOTO: KEYSTONE

dentin Susanne Vincenz-Staufacher fordert. Denn: Es gibt nicht zu wenig Wohnraum, sondern zu wenig bezahlbare Wohnungen.

Was es jetzt braucht, ist deshalb für die Gewerkschaften klar:

- höhere Löhne,
- flächendeckende Mindestlöhne,
- die Umsetzung der Pflegeinitiative,
- verbesserten Kündigungsschutz,
- die Annahme der Demokratieinitiative,
- die Bilateralen III einschliesslich Lohnschutzpaket. (asz)



**HITZEWELLE:** Viele Arbeiterinnen und Arbeiter leiden unter den hohen Temperaturen. FOTO: GETTY IMAGES

# Hitzetage im Gartencenter, Laden oder Kiosk Brutal heiss, brutal ungesund

**Heisse Temperaturen erschweren die Arbeit vieler Menschen und gefährden ihre Gesundheit. Deshalb ist klar: Gesundheitsschutz sollte bei Hitzewellen an erster Stelle stehen.**

JULIA NEUKOMM UND DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Temperaturen in Bern klettern bereits Ende Juni auf über 33 Grad. Während viele Menschen Schatten suchen oder sich im Wasser abkühlen, arbeiten andere den ganzen Tag draussen oder in nicht klimatisierten Räumen. Die Hitze belastet den Körper, erschwert die Arbeit und wirft Fragen zum Gesundheitsschutz auf.

**«Wir haben viele Branchen auf dem Radar.»**

UNIA-FRAU ANNA MEIER

Wie erleben die Arbeitende die Hitzetage? Und sollte es ab einer bestimmten Temperatur hitzefrei geben? Bäckerinverkäuferin Debora aus Bern erzählt: «Man merkt schon, dass man bei dieser Hitze müder ist und nicht mehr die gleiche Leistung erbringen kann. Zum Glück ist bei uns im Sommer, wenn es besonders heiss ist, meist etwas weniger los. Dadurch kön-

nen wir zwischendurch auch mal durchatmen. Mein Tipp: Viel trinken und später noch baden gehen. Gerade Menschen, die ständig draussen arbeiten, hätten hitzefrei verdient.»

Ähnliches erlebt Floristin Jenny, ebenfalls in Bern tätig. Die hohen Temperaturen seien nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Blumen eine Herausforderung: «Die Blumen vertragen Hitze nicht besonders gut, was die Arbeit zusätzlich erschwert. Auch persönlich ist die Hitze belastend, besonders hier, wo wir weder eine Klimaanlage noch andere Kühlmöglichkeiten haben. Wenn es ganz schlimm wird, lege ich mir ein nasses Tuch in den Nacken.»

**NICHT NUR DER BAU IST BETROFFEN**

«Die Hitze ist für mehr Menschen auf der Arbeit eine Herausforderung, als viele meinen. Der Bau ist ein Brennpunkt, doch es gibt weitere Branchen, die wir auf dem Radar haben müssen», sagt Unia-Gewerkschaftssekretärin Anna Meier. Sie war mit ihrem Team in den vergangenen Tagen in Bern unterwegs. Besonders zu schaffen macht die Hitze dem Verkaufspersonal in geschlossenen Räumen ohne Klimaanlage oder mit schlechter Belüftung. Sehr heiss wird es in Gartencentern mit Treibhäusern. Weiter erwähnt Meier die Kioskverkäuferinnen, die an den offenen Ständen der Hitze ausgesetzt sind.

Brutal ist die Hitze auch für das Personal in der Sicherheitsbranche. Meier sagt: «Teilweise

stehen die Arbeiterinnen und Arbeiter stundenlang an der gleichen Stelle in der prallen Sonne, ohne von ihren Arbeitgebern mit Sonnenschutz und Wasser versorgt zu werden. Zudem sind es oft viel zu lange Schichten.» In der Region Bern musste die Gewerkschaft in solchen Fällen bereits mehrmals eingreifen.

**JE HEISSER, DESTO MEHR MASSNAHMEN**

Die Auswirkungen des Klimawandels sind real und treffen immer mehr Arbeitnehmende. Deshalb nimmt die Unia das Thema bei Verhandlungen zu neuen Gesamtarbeitsverträgen mit an den Verhandlungstisch. Florian Rudin, Unia-Fachsekretär für Gesundheitsschutz, sagt: «Das Risiko für Dehydrierung, Hitzschläge und Kreislaufprobleme am Arbeitsplatz steigt erheblich bei hohen Temperaturen. Besonderen Schutz benötigen ältere Arbeitnehmende, Jugendliche und natürlich Schwangere.»

Auch in Innenräumen ist Hitze gefährlich. Gerade hohe Feuchtigkeit oder viele Maschinen können das Arbeiten massiv erschweren. Dabei nennt Rudin das Beispiel der Textilreinigung, wo durch die sehr hohe Feuchtigkeit eine Extremsituation entsteht. Einfache Massnahmen können da bereits sehr hilfreich sein, weiss Rudin: «Wärmequellen reduzieren, lüften, Getränke bereitstellen und, besonders wichtig: mit den Mitarbeitenden weitere Massnahmen besprechen und sie über die Risiken aufklären.»

## Hitzewelle sorgt für rote Köpfe bei den Büzern und den Baumeistern Genf rigoros: Kanton stoppt Arbeit im Freien

**Die Hitze birgt besondere Gefahren für die Búzerinnen und Búzer auf dem Bau. Jetzt hat der Kanton Genf gehandelt: Bei extremer Hitze gilt draussen ein Arbeitsstopp.**

DARIJA KNEŽEVIĆ UND PARZIVAL MEISTER

Genf greift durch! Während Hitzetagen ordnet das kantonale Arbeitsinspektorat einen Arbeitsstopp im Freien an. Búzerinnen und Búzer, die im Freien arbeiten und direkter Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind, müssen ab 13 Uhr die Schaufel, den Hammer oder die Gartenschere liegen lassen. Weiterarbeiten dürfen sie nur unter strengen Vorschriften: Ab 13 Uhr sind höchstens 15 Minuten Arbeit an der Son-

ne erlaubt, darauf folgt eine Erholungspause von 45 Minuten im Schatten. Der Baustopp sorgt beim Baumeisterverband (SBV) für rote Köpfe. Die strengen Terminpläne auf dem Bau rechnen nämlich nicht mit Unterbrechungen. Doch die Gluthitze kennt keine Terminpläne und ist eine akute Gefahr für die Gesundheit und die Arbeitssicherheit. Das Unfallrisiko auf Baustellen steigt an Tagen mit über 30 Grad um satte sieben Prozent, schreibt die Suva.

**KLARE ANSAGE DER UNIA**

Die Unia setzt sich seit Jahren für klare Regeln bei extremer Hitze auf dem Bau ein. Damit Schutzmassnahmen eingehalten werden, ist die



**HEISS:** Búzer in der Sonne. FOTO: KEY

Unia an Hitzetagen vermehrt auf den Baustellen unterwegs. Chris Kelley, Co-Leiter Sektor Bau bei der Unia: «Wo nötig, setzen wir die Schutzmassnahmen zusammen mit den betroffenen Bauleuten durch. Selbst wenn das bedeutet, dass die Arbeit eingestellt werden muss.»

Die Gewerkschaften fordern, dass ab 33 Grad schwere Arbeiten

im Freien vorübergehend unterbrochen werden müssen. Und dass Baufristen in solchen Fällen entsprechend anzupassen sind. Das liegt auch im Interesse der Baumeister, sie unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften. Damit die Regelung für alle gilt, muss sie aber noch in der Bauarbeitenverordnung des Bundes verankert werden. Sogar im nationalen Parlament konnte die Unia Erfolge verbuchen: Eine Motion, die verlangt, dass Fristen bei unverschuldeten Ereignissen erstreckt werden können – etwa bei Hitze –, fand im Nationalrat breite Unterstützung. Nur die SVP stimmte gegen den Schutz der Búzer. Die Motion ist aktuell noch im Ständerat hängig.

## Das steht im Gesetz Gibt es das, Hitzefrei?

**Zu heiss zum Arbeiten: Gefühl waren wir die letzten Tage wohl alle an diesem Punkt. Doch gibt es ein Recht, die Arbeit niederzulegen wegen der Hitze?**

MARIA KÜNZLI

Zuerst die schlechte Nachricht: Eine Temperaturobergrenze zum Arbeiten sieht das Schweizer Arbeitsrecht nicht vor. Es gibt also kein «Hitzefrei». Die gute: Es gibt rechtliche Grundlagen zum Raumklima und zur Gesundheit, in denen Schutzmassnahmen definiert sind. So steht im Schweizer Arbeitsgesetz ([rebrand.ly/arg-gesundheitsschutz](https://rebrand.ly/arg-gesundheitsschutz)): «Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zum Schutze der Gesundheit der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig, nach



**ABKÜHLUNG:** Ab ins Wasser. FOTO: CANVA

dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen sind.» Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hält fest, dass die Arbeitgeberin grundsätzlich «basierend auf einer Risikoanalyse» entscheiden muss, «welche Massnahmen ange-

**Kein Mythos: Es gab mal «Hitzefrei».**

bracht sind, um die Arbeitsbedingungen erträglich zu gestalten und die Gesundheit der Arbeitnehmenden zu schützen» ([rebrand.ly/seco-hitze](https://rebrand.ly/seco-hitze)). Doch was heisst das konkret?

**AUF DEM BAU.** Wer draussen arbeitet, ist der Hitze besonders ausgeliefert. Deshalb kämpft die Unia schon lange für mehr konkrete Regeln, was den Gesundheitsschutz auf dem Bau betrifft. Und einiges hat sie erreicht, um die Bauarbeiter vor klimatischer Belastung so gut wie möglich zu schützen (siehe Text links).

**IM INNERN.** Auch in Innenräumen kann die Hitze sehr belastend sein. Der Betrieb ist verpflichtet, die Gesundheit seiner Mitarbeitenden mit geeigneten Massnahmen zu schützen. Das kann zum Beispiel sein, mit einer Klimaanlage heisse Räume zu kühlen oder, wo möglich, die Arbeitszeiten flexibel zu gestalten. Tut die Firma zu wenig für den Gesundheitsschutz, sollten Sie sich an das kantonale Arbeitsinspektorat wenden ([rebrand.ly/arbeitsinspektorat](https://rebrand.ly/arbeitsinspektorat)). Das Seco hat auch spezielle für Innenräume Empfehlungen für konkrete Massnahmen herausgegeben ([rebrand.ly/seco-klima](https://rebrand.ly/seco-klima)): Zum Beispiel sollte die Raumtemperatur je nach Art der Arbeit zwischen 16 und 23 Grad betragen, an Hitzetagen höchstens 26 Grad. Nicht zu arbeiten ist aber nicht erlaubt, ausser für Schwangere und Stillende: Sie dürfen ab einer Raumtemperatur von 28 Grad zu Hause bleiben.

**IN DER SCHULE.** Kein Mythos: Es gab tatsächlich mal «Hitzefrei» an Schweizer Schulen. Die Regel, dass Kinder ab einer gewissen Temperatur nach Hause geschickt werden, wurde aber nach und nach überall abgeschafft, zuletzt im Kanton Basel-Stadt (2003). Da die Schulen eine Obhutspflicht haben, dürfen sie Kinder nicht vorzeitig gehen lassen. Der Dachverband der Lehrpersonen fordert verbindliche Regeln für Hitzetage ([rebrand.ly/Lch-positionspapier](https://rebrand.ly/Lch-positionspapier)). Konkret sollen 26 Grad als verbindlicher Grenzwert eingeführt werden. Reichten Massnahmen wie Nachtauskühlung und Begrünung nicht aus, solle es Schulen möglich sein, auf aktive Raumkühlung auszuweichen.

## Vernunft im Ständerat Hände weg vom Sonntag

Mit Stichtentscheid von Präsident Stefan Engler (Mitte) ist der Ständerat gar nicht erst auf die Verdreifachung der Sonntagsverkäufe eingetreten. Das ist eine herbe Niederlage für die Sonntagsverkaufs-Turbos. Doch noch können die Verkaufenden nicht aufatmen.

CLEMENS STUDER

Die Turbo-Lädeler sahen sich schon am Ziel: Angeführt von der Zürcher Grünliberalen Tiana Angelina Moser, packten sie im Ständerat alle Ladenhüter der Debatte auf den Tisch: überwältigendes Bedürfnis, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Massnahme gegen das Ladensterben und so weiter und so fort. Doch für einmal



STIMME DER GEWERKSCHAFTEN: Ständerat Pierre-Yves Maillard. FOTO: KESTONE

kämpfen nicht nur die Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, sondern auch Mitte-Vertreterinnen und -Vertreter, und sogar SVP-Ständeräte wollten den Sonntag als einzigen garantiert gemeinsamen Feiertag nicht preisgeben.

### Sonntagsarbeit schadet der Gesundheit.

Denn genau das sieht die Vorlage vor: Sie will den Sonntag quasi zu einem normalen Arbeitstag machen. Und sie will gleich auch noch die bisher verbindlichen Lohnzuschläge für Sonntagsarbeit streichen.

### BEVÖLKERUNG NICHT INTERESSIERT

Trotz angeblich überwältigendem Bedürfnis der Bevölkerung nach Einkäufen an sieben Tagen rund um die Uhr: Das Stimmvolk sagte in den letzten Jahrzehnten in rund drei Vierteln der Abstimmungen Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten. Und auch jene, die nicht abstimmen gehen oder dürfen, zeigen den rechten Turbo-Lädeler die kalte Schulter: Schon heute werden die eigentlich möglichen Sonntagsverkäufe nicht ausgeschöpft, weil es sich nicht lohnt.

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard (SP/VD) appellierte in der Debatte an seine Ratskolleginnen und -kollegen: Sie kämen schliesslich auch nicht auf die Idee, Gesetze an einem Sonntag zu beraten, wenn dies auch an einem Montag oder Freitag möglich sei. Doch mit Vernunft hatten es die Ladenöffnungs-Turbos noch nie. Denn die Ladenöffnungszeiten im allgemeinen und die Sonntagsöffnungszeiten im besonderen sind ein ideologischer Fetisch der Marktradikalen. Dabei geht es den Arbeitgebern und ihren Parteien um mehr als «nur» Sonntagsshopping: Schritt für Schritt soll schleichend die Sonntagsarbeit in allen Branchen und Berufen eingeführt werden. Der Kampf der Gewerkschaften ist kein Kampf von «Ewiggestrigen», wie marktradikale Ideologen behaupten. Es ist ein Kampf für die Gesundheit der Arbeitnehmenden. Denn alle Studien zeigen: Regelmässige Sonntagsarbeit führt zu Stress, Schlafstörungen und begünstigt Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Magen-Darm-Probleme.

### WAS MACHT DER NATIONALRAT?

Die Gewerkschaften bekämpfen entschieden alle Angriffe auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden auf allen Ebenen. Bei der Sonntagsarbeit tun sie dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit kirchlichen Kreisen und medizinischen Fachpersonen. Diese «Sonntagsallianz» hat im Ständerat knapp obsiegt. Die Vorlage kommt jetzt in den Nationalrat. Ob die Vernunft aus dem Stöckli auch in die grosse Kammer hinüberweht, wird sich im Herbst zeigen.

## AHV-Feinde von SVP, FDP und GLP wüten weiter gegen das Volk Die rachsüchtigen rechten Rumpelstilzchen

Die rechte Mehrheit im Nationalrat verweigert eine soziale und ausgewogene Finanzierung der 13. AHV-Rente. Sie will sich am Volk für sein deutliches Ja zum AHV-Dreizehnten und für das überdeutliche Nein zum höheren Rentenalter rächen. Das ist verantwortungslos.

CLEMENS STUDER

Das Volk hat am 3. März 2024 die 13. AHV-Rente deutlich angenommen. Das machte SVP, FDP und GLP sauer. Gleichentags hat das Volk ein Lieblingsprojekt der Rechten versenkt: Nur gerade 1 von 4 Stimmenden wollte das Rentenalter erhöhen. Das reizte SVP, FDP und GLP bis aufs Blut. Seither sinnen sie auf Rache. Was

### Die Sozialabbauerparteien wollen das Gegenteil dessen, was das Volk will.

in den vergangenen Monaten in Sachen Finanzierung der 13. AHV-Rente aufzuführen, als bürgerliches Trauerspiel zu bezeichnen wäre eine Beleidigung. Nicht für die Parteien, sondern für Gotthold Ephraim Lessing, einen der Väter dieser literarischen Gattung. Was SVP, FDP und GLP aufführen, ist ein Affentheater, eine Rumpelstilzcheniade rachsüchtiger Abstimmungsverliererinnen. SVP und FDP wollten die 13. AHV-Rente gar nicht erst finanzieren, sondern die AHV auf direktem Wege ausbluten lassen.

### TIEFERE RENTEN, HÖHERES RENTENALTER

Die GLP half mit, um sich dann als «Brückenbauerin» zu inszenieren. Und schliesslich mit einem Ja zu einer niedrigeren Mehrwertsteuererhöhung, aber einem Nein zu höheren Lohnbeiträgen die AHV ein bisschen langsamer ins Minus fallen zu lassen. Der ehemalige «Weniger ist mehr»-Showmaster Patrick Hässig von der GLP sagte es so: «Wir müssen den Druck aufrechterhalten für strukturelle Massnahmen.» Strukturelle Massnahmen heisst für die



EXTREM KNAPP: Mit nur zwei Stimmen mehr haben die Rechten im Nationalrat beschlossen, auf eine Erhöhung der Lohnbeiträge zu verzichten. FOTO: KEYSTONE

GLP wie für die übrigen Sozialabbauer-Parteien: tiefere AHV-Renten und höheres Rentenalter. Also genau das Gegenteil dessen, was das Volk will.

### LOHNBEITRÄGE GESUNKEN

Ein Blick auf die Zahlen: Die von Lohnabhängigen und Firmen getragenen Lohnbeiträge sind zurzeit tiefer als vor 30 Jahren. Explodiert sind dafür die Beiträge für die Pensionskassen, an denen sich die Finanzindustrie in Milliardenhöhe bedient und die sie in die Taschen ihres Aktionariats umleitet. Eine Finanzierung der 13. AHV-Rente ausschliesslich über die Mehrwertsteuer belastet Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen stärker als Bestverdienende und Reiche. Bei der Finanzierung über Lohnbeiträge wäre es genau umgekehrt. Darum sind die rechten Parteien gegen Lohnbeiträge und – wenn überhaupt – für höhere Mehrwertsteuern.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist in der Folge auch problemlos durch die Schlussabstimmung gegangen. Der Nationalrat hat sie mit 108 zu 85 Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen, der Ständerat mit 28 zu 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

### SO GEHT ES WEITER

Nun wird das Volk das letzte Wort haben, weil über Mehrwertsteuererhöhungen zwingend abgestimmt werden muss. Die gute Nachricht bleibt: Der AHV-Dreizehnte wird ab diesem Dezember sicher ausgezahlt. Dank der Mehrheit des Volkes. Und dank dem klugen Initiativtext der Gewerkschaften, der verhindert, dass die rechte Parlamentsmehrheit die Auszahlung verzögern kann.

Wie weitsichtig das war, zeigt die aktuelle Missachtung der Abstimmungsergebnisse vom 4. März 2024 durch die rechte Mehrheit im Bundeshaus.

## work | x1 der wirtschaft

David Gallusser



## PREISE RAUF? LÖHNE RAUF!

Den Entscheid der USA, Iran anzugreifen, bezahlen wir teuer. Der Krieg hat in der ganzen Golfregion Erdöl- und Erdgasförderungsanlagen beschädigt. Vor allem aber hat Iran als Reaktion die Strasse von Hormuz, die Meerenge zwischen Iran und der Arabischen Halbinsel, blockiert. Dort, wo vor dem Krieg rund ein Fünftel des weltweit geförderten Erdöls hindurchtransportiert wurde, passierte in den vergangenen Monaten kaum ein Schiff. Die Folge: Erdöl wurde knapp, der Preis schoss in die Höhe. Das spüren wir unmittelbar beim Tanken. Der Preis für den Liter Benzin in der Schweiz stieg von rund 1.60 Franken im Februar auf rund 1.90 Franken im Mai.

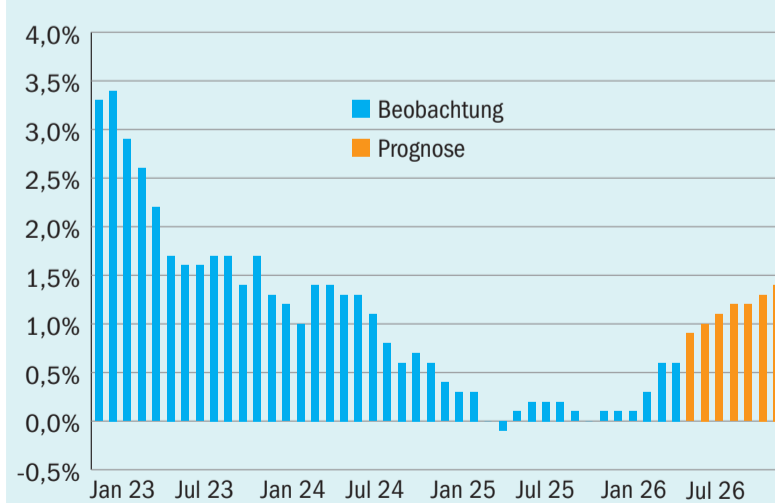
**PREISE STEIGEN.** Beim Tanken allein bleibt es aber nicht: Mit den Erdölpreisen verteuern sich der Transport und die Herstellung vieler Produkte. Hinzu kommen die Mieten, die unabhängig vom Krieg weiter und weiter steigen. Die Teuerung in der Schweiz hat deshalb spürbar zugenommen. Im Mai bezahl-

ten wir für die gleichen Waren und Dienstleistungen 0,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei wird es aber nicht bleiben: Im Herbst dürfte die Teuerung zwischen 1 und 1,5 Prozent betragen (vgl. Grafik). Die Verhandlungen zwischen den USA und Iran werden daran wenig ändern. Es bleibt höchst ungewiss, ob und unter welchen Bedingungen Iran die Strasse von Hormuz wieder vollständig öffnet. Und selbst, wenn die Passage ganz geöffnet wird, wird es Monate dauern, bis das Erdöl wieder im gewohnten Ausmass fliesst und die Teuerung nachlässt.

**LÖHNE MÜSSEN FOLGEN.** Die Löhne in der Schweiz sind nur rund 1 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Die Arbeitnehmenden werden deshalb erneut an Kaufkraft verlieren, wenn die Preise im Herbst stärker steigen. Die Krankenkassenprämien machen die Kaufkraftprobleme noch schlimmer. Die Prämien steigen fast ungebremst. Der Prämien Schub 2026 bedeutet für den durchschnittlichen Schweizer Haushalt 0,3 Prozent weniger

### Die Teuerung steigt weiter nach oben

Vorjahresveränderung des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK), mit Prognosen



QUELLE: BFS, PROGNOSE SGB

Einkommen am Ende des Monats. Es braucht deshalb höhere Löhne, um die Preise und die Prämienlast auszugleichen. Die Löhne müssen aber auch darüber hinaus steigen. Denn die Produktivität steigt. Die Arbeitnehmenden leisten Jahr für

Jahr mehr. Sie müssen sich deshalb auch endlich wieder mehr leisten können.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



IM NACHTEIL: Die WC-Regelung bei der Firma Jean Singer diskriminiert Frauen. FOTO: GETTY IMAGES

Gleichstellungsgesetz: Mutloses Urteil aus Neuenburg

# Nur 1 Minute und 12 Sekunden WC-Pause pro Tag

**Fast auf den Tag genau 30 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes hat ein Gericht im Kanton Neuenburg ein mutloses Urteil auf dem Buckel der Frauen gefällt. Das Urteil reiht sich in eine beunruhigende Tendenz von Angriffen auf die körperliche Selbstbestimmung von Arbeitnehmenden.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Es ist 2021, die Covid-Seuche wütet. Bei einer Kontrolle in der Uhren-Zuliefererfirma Jean Singer in Boudry NE findet das Neuenburger Arbeitsinspektorat heraus: Sämtliche Mitarbeitenden müssen ausstempeln, wenn sie aufs WC gehen. Für das Amt ein klarer Verstoß gegen das Arbeitsrecht. Singer solle deshalb die WC-

**Frauen benötigen mehr Zeit für Toilettengänge als Männer.**

Pausen bezahlen. Doch die Firma, die für Luxusuhren wie Omega oder Rolex Zifferblätter herstellt, zeigt sich von der wenig glamourösen Seite. Deshalb muss 2024 erstmals ein Gericht entscheiden, ob Ausstempeln für den Gang auf die Toilette rechtens sei.

**PAUSE JA ODER NEIN?**

Das Neuenburger Kantonsgericht sagt: Ja, aber. Das Arbeitsgesetz verbiete zwar nicht explizit das Ausstempeln für Toilettengänge. Aber: Im Arbeitsgesetz sei nicht klar definiert, was eine Pause sei, es handle sich um eine eigentliche

«Lücke im Gesetz». Unia-Jurist Christoph Schneeberger sagt dazu: «Pausen dienen der Erholung. Doch der Toilettenbesuch ist keine Pause, denn er dient nicht der Erholung, sondern ist eine Notwendigkeit.» Damit nicht genug. Das Gericht sieht die Singer-Regelung auch aus Gleichstellungssicht problematisch. Weil Frauen mehr auf die Toilette müssten als Männer, sei sie eine indirekte Diskriminierung.

Das rief Solenn Ochsner von der Unia Neuenburg auf den Plan. Diese Praxis sei höchst problematisch, sagt sie. Und Singer eine der wenigen Firmen, die auf dieser unüblichen Regelung bestünden. Ochsner: «Die allermeisten Firmen in der Industrie kennen keine unbezahlte Pipi-Pause.» Deshalb beschloss die Unia, dagegen vorzugehen.

**ERSTE ERFOLGE**

Inzwischen hatte die unrühmliche Geschichte weit über den Röstigraben hinaus für Irritation gesorgt (work berichtete: [rebrand.ly/pipi-pause](https://rebrand.ly/pipi-pause)). Mit erfreulichen Folgen: Zwei Unternehmen der Swatch-Gruppe änderten ihre Praxis und schafften das Ausstempeln für den Toilettengang vollständig ab. Und auch die Firma Singer machte ein Eingeständnis: Die unbezahlten Pipi-Pausen sind ein Problem. Deshalb sollten die Frauen 30 Minuten pro Monat zusätzliche Arbeitszeit gutgeschrieben bekommen.

Doch für Unia-Frau Ochsner ist das nicht genug. Denn die Rechnung ist schnell gemacht: 30 Minuten im Monat, das sind 1 Minute und 12 Sekunden pro Tag. Das reicht bei weitem nicht. Ochsner erklärt: «Zahlreiche Studien belegen, dass Frauen mehr Zeit für Toilettengänge benötigen als Männer, pro Tag nämlich ungefähr 3 Minuten.» Deshalb forderte die Unia vor Gericht die Abschaffung dieser diskriminierenden Praxis ein, basierend auf Artikel 3 des Gleichstellungsgesetzes. Dieses besagt, dass Arbeitnehmende aufgrund ihres Geschlechts weder direkt noch indirekt benachteiligt werden dürfen.

**Gleichstellungsgesetz: Rückwärts statt vorwärts**

Statt die im Gleichstellungsgesetz geregelten Lohnanalysen für Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden dauerhaft im Gesetz zu verankern, hält der Ständerat an der sogenannten Sunset-Klausel fest. Diese besagt, dass die Lohnvergleichsanalysen nur bis 2032 durchgeführt werden müssen. Und künftig soll es ausreichen, dass Unternehmen selbst deklarieren, dass die von ihnen an ihre Mitarbeitenden ausgerichteten Schichtzulagen dem Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» entsprechen. Als ob freiwillige Massnahmen der Unternehmen ein wirksamer Weg wären, Lohngleichheit zu erreichen.

**SANKTIONEN.** Deshalb braucht es jetzt verbindliche Kontrollen und Sanktionen für Unternehmen, die sich weigern, ihre Löhne zu überprüfen, regelmässige Lohnanalysen für alle Unternehmen und die Verpflichtung, dass Unternehmen Massnahmen ergreifen müssen, sollten sie Lohnunterschiede feststellen. (asz)

Am 16. Juni 2026, genau 15 Tage vor dem 30. Geburtstag des Gleichstellungsgesetzes, hat jetzt ein Neuenburger Regionalgericht sein Urteil gefällt. Es anerkennt zwar die Diskriminierung der Frauen, wenn Arbeitnehmende für den Toilettengang ausstempeln müssen. Gleichzeitig hält das Gericht die 30-Minuten-Regelung für genügend. «Das ist mutlos», sagt Solenn Ochsner. Was sie besonders stört: «Es ist praktisch unmöglich, diese Regelung durchzusetzen, ohne auf sehr invasive Kontrollmassnahmen zurückzugreifen, wie beispielsweise die genaue Zeitmessung, wie viel Zeit Frauen auf der Toilette verbringen, oder massenhaft Arztzeugnisse zu verlangen, die den Beginn der Menstruation oder Blasenentzündungen bestätigen.»

Ausstempeln für die WC-Pause: **«So müssen die Frauen länger arbeiten»**

Die Unia-Gleichstellungssekretärin Victoria Lange Gomez ordnet das neuste Urteil im Fall Singer ein. Sie sagt klar, dass geschlechtsspezifische Bedürfnisse hier nicht anerkannt würden.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

**work:** Was bedeutet dieses Urteil in Bezug auf das Gleichstellungsgesetz?

**Victoria Lange Gomez:** Das Urteil reiht sich ein in eine Rechtsprechung, die zwar die strukturellen Diskriminierungen zunehmend erkennt, die Konsequenzen daraus aber nur begrenzt zieht.

**Inwiefern ist das aktuelle Urteil im Fall Singer problematisch?**

Trotz der 30-Minuten-Kompensation führt diese Regelung dazu, dass Frauen ihre Arbeitszeit faktisch verlängern müssen, um ihren grundlegenden körperlichen Bedürfnissen nachzukommen.

Es gibt eine beunruhigende Tendenz von Angriffen auf die körperliche Selbstbestimmung von Arbeitnehmenden. Werden Toilettengänge mittels Zeiterfassung



**GRATIS PIP!** Mit dieser Aktion machte die Unia auf das WC-Gate bei Singer aufmerksam. FOTO: OLIVIER VOGELSSANG

kontrolliert, greift dies in die Privatsphäre von Arbeitnehmenden ein. Davon betroffen sind grundsätzlich alle Arbeitnehmenden, aber insbesondere Personen, die aus unterschiedlichsten Gründen die Toilette häufiger oder länger benutzen müssen und dafür in Bezug auf die Arbeitszeit benachteiligt werden. Dazu gehören zum Beispiel menstruierende oder schwangere Frauen sowie Perso-

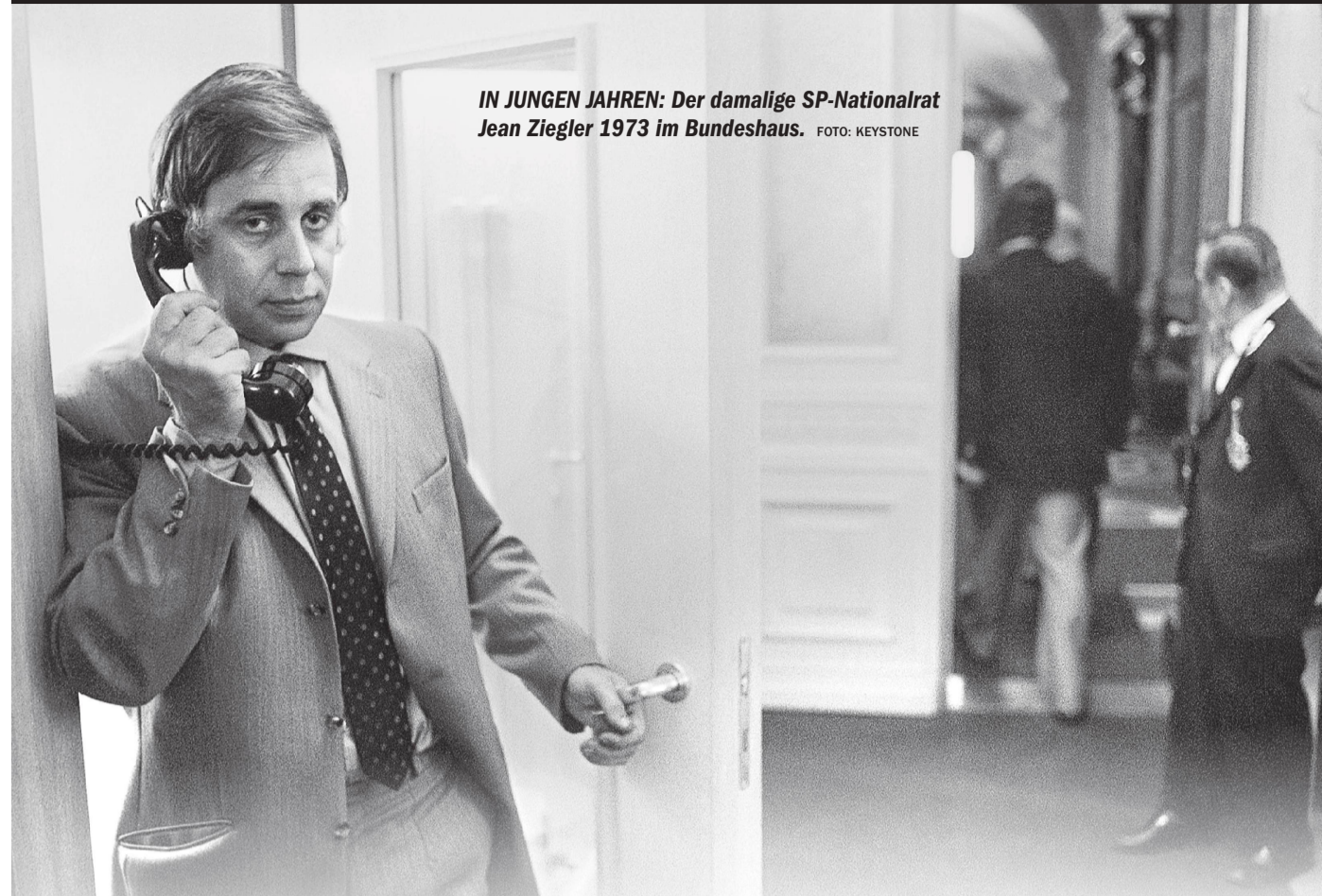
**Arbeitgeber erhalten über die Zeiterfassung Einblicke in intime gesundheitliche Informationen.**

nen mit Mobilitätseinschränkungen oder chronischen Erkrankungen. Arbeitgeber erhalten über die Zeiterfassung Einblicke in intime gesundheitliche Informationen.

Auch der Gesundheitsschutz spielt in dieses Urteil hinein. Um die eigene Gesundheit zum Beispiel bei sehr hohen Temperaturen zu schützen, müssen Arbeitnehmende mehr trinken. Dies führt zwangsläufig zu häufigeren Toilettengängen.

**Was muss sich jetzt ändern?**

Es braucht eine konsequentere Anwendung des Gleichstellungsgesetzes. Strukturelle Formen von Diskriminierung müssen bekämpft werden. Körperliche und geschlechtsspezifische Grundbedürfnisse müssen als Teil der Arbeitsrealität anerkannt und dürfen nicht durch Kontrollmechanismen sanktioniert werden.



IN JUNGEN JAHREN: Der damalige SP-Nationalrat Jean Ziegler 1973 im Bundeshaus. FOTO: KEYSTONE

Es geht das Gerücht, work-Kolumnist Ziegler sei gestorben. Unsinn! Zwar gibt es auf dem Genfer «Friedhof der Könige» ein Grab mit seinem Namen. Doch:

# Jean Ziegler lebt!

OLIVER FAHRNI

In der Nacht zum 27. September 1990 stach in Barcelona ein Schiff namens «Hoggar» in See, mit Kurs auf Algier. Es brachte Ahmed Ben Bella aus dem Exil zurück, den ersten Präsidenten (1962 bis 1965) des befreiten Algerien. Jean Ziegler schlenderte über Deck. An der Reling diskutierte Otelo Saraiva de Carvalho, Kopf der portugiesischen Nelkenrevolution, mit Kubanern, Befreiungskämpferinnen aus Angola und Bolivaristen aus Lateinamerika. Italienische Operastristen und griechische Kommunistinnen stritten mit. Unter einer Deckleuchte feilten Leute an einer Protestnote, weil Spanien die palästinensische Delegation an der Reise gehindert hatte.

## FOSSILIEN DET WELTREVOLUTION

Und Ziegler mittendrin. Umarmungen, über Deck gerufene Grüsse, Erkundungen nach der Familie, spielerische Wortgefechte zeugten vom Respekt für den Professor der Soziologie, den kämpfenden Autor, den Genossen, den man in der Schweiz mit Hass, übler Nachrede und ruinösen Prozessen überzog. Als wir bis zum Bug spaziert waren, drehte er sich um und sagte: «Schau dir das an. Wir sind die Fossilien der Weltrevolution.» Dann lachte er über sich selbst.

Ziemlich lebendig (und kokett) für ein Fossil. Es war eine Epoche globalen Umbruchs. Die Sowjetunion zerfiel. Die triumphierende «kannibalische Ordnung» des Kapitals streckte ihre Greifer in die hintersten Ecken der Welt. Ziegler ahnte, wie die Dinge standen, denn er war ein Professor, der seine Thesen immer wieder im Feld auf die Probe stellte. Wobei ihn, den «Thuner Kleinbürger», neben Wut manchmal auch helle Panik befiel, auf klandestinen Dschungelpfaden, in der Wüste, in den wuchernden Grossstädten des Globalen Südens oder auch mal in einem «schrecklichen» Flüchtlingslager auf der Insel Lesbos. Seine afrikanischen und lateinamerikanischen Studierenden hielt er an, dasselbe zu tun. Hunderte sind durch seine Schule am Afrikanischen Institut in Genf und am renommierten Institut für Internationale Studien (ebenfalls in Genf) gegangen. Hin und wieder sass auch Staatschefs in seinen Vorlesungen.

Resignation ist keine Option Später in jener Nacht auf der «Hoggar» sprach Ziegler über die Abwesenden. Über Thomas Sankara, den die Jugend von Burkina Faso bis heute den «Che Afrikas» nennt: mit 37 Jahren in Oua-

gadougou ermordet. Über Amilcar Cabral, 1973 in Conakry gemeuchelt, nur Tage vor der Unabhängigkeit. Über Patrice Lumumba, den kongolesischen Regierungschef, 1961 in Katanga erschlagen und in Säure aufgelöst. Mehdi Ben Barka, Marokkaner, 1965 in Paris entführt und zu Tode gefoltert. Samora Machel, Guerrillachef und Poet...

## «Ich will lebend sterben.»

JEAN ZIEGLER

und viele andere bekannte oder weniger bekannte Opfer, welche die postkoloniale Unterdrückung gefordert hat. Eine ganze Generation afrikanischer Hoffnungsträger ausstrahlt.

Weil so viele Tote seinen Lebensweg säumten, nahm Ziegler die Lebenden besonders resolut in die Pflicht. Sich selbst, den «unbeschreiblich Privilegierten» zuvorderst. Regeln: «Schlage dich niemals auf die Seite der Henker. Suche überall die Hoffnung, die Möglichkeit. Niemals aufgeben, beklage dich nie.»

Schon sehr früh, kaum einer «sehr glücklichen Kindheit» entwachsen, packte ihn «der Horror» über den Weg, der ihm vorgezeichnet schien. Juristerei, dann vielleicht Gerichtspräsident und Oberst in der Garnisonsstadt Thun wie sein Vater. Jean brach aus. Paris, kommunistische Jugendgruppe, die Nachmittage bei Jean-Paul Sartre an der Rue Bonaparte, die strenge Fürsorge Simone de Beauvoirs. Dann in Kongo ein Job für die Uno. Das Land war frisch befreit, nach langer belgischer Kolonialherrschaft, die Historiker als «besonders grausam» beschreiben. Es war Zieglers Begegnung mit dem ganz realen Horror von Elend, Hunger, Krieg, Chancenlosigkeit.

Um ihn war es endgültig geschehen: Im Kampf gegen den kapitalen Totentanz erkannte er seinen persönlichen kategorischen Imperativ: «Wer die Humanität des anderen zerstört, zerstört seine eigene. Ich bin der andere, der andere ist ich.» Unbeirrbar, ein Leben lang.

## ZIEGLERS WÄRMESTROM

Ziegler geht von den Bedürfnissen aus, keiner kalten Systemkritik. «Wärmestrom» nannte der deutsche Philosoph Ernst Bloch diese Methode. Wenn jedes Jahr Millionen verhungern und noch mehr Menschen für immer handicapiert bleiben, weil Lebensmittelspekulation und kapitalistische Mechanik ihnen das Essen verweigern, muss der Kapitalismus beseitigt werden. Alles klar. Und

dann beginnt die Kleinarbeit, in die sich Ziegler zwischen 2000 und 2008 als Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung mit ganzer Kraft reinhängt. Immer auf der Suche nach Lücken, die der Teufel lässt: Ihn interessierten die Möglichkeiten, die sich trotz erdrückender ökonomischer Logik vielleicht dennoch auftun. Beeindruckt schrieb Francesca Albanese, Uno-Beauftragte für Palästina: «Er war nicht nur ein Vorläufer, er war ein Riese.»

## Die subversive Freundin

Entlarvend, wie die Wahrnehmungen zu diesem Mann kontrastieren. Landesverräter in der Schweiz, Denker und Diplomat von hohem Rang in Frankreich, Skandinavien oder Deutschland, verlässlicher «grosser Bruder» in vielen Ländern des Südens. Seine Banken-Bücher wurden weltweit millionenfach verkauft.

Nur, er selbst favorisiert «Die Lebenden und der Tod». Was Wunder: Ziegler war in den 1970er Jahren aufgebrochen, die Totenrituale im schwarzen Brasilien zu erkunden. Daraus wurde ein brennend aktuelles Manifest. Unsere Endlichkeit, schreibt Ziegler in der Essenz, ist Skandal und subversive Freundin zugleich. Im Kapitalismus ist der Tod zum blossen Ende der Produktionsfähigkeit degradiert. Bekommt er aber seinen Platz in der Gesellschaft, «macht der Tod uns zu verantwortlichen Subjekten der eigenen Existenz», schreibt er. Er hole uns aus der Betäubung: «Um die Angst vor dem eigenen Tod etwas zu mindern, versuche er «jeden Tag so viel Freude für sich und die anderen, so viel Sinn wie möglich zu erschaffen.»

Und dann fällt das Wort von der «Humanisierung des Menschen». Wie bitte? Jagt da eine Katze den eigenen Schwanz? Nein, es ist ein Schlüsselsatz zu Zieglers Engagement. Er meint: Die Grundbedingung menschlichen (Über-) Lebens ist Kooperation. Also Solidarität. Und die braucht Empathie. Nicht Marx hat das erfunden und auch kein Jesuit, das lehrt uns die Anthropologie. Unsere fernen Vorfahren wären um ein Haar ausgestorben. Gerettet hat sie Zusammenarbeit, Sprache, gegenseitige Hilfe. Sie haben den Homo sapiens produziert. Solidarität ist in unsere Gene eingeschrieben.

## ER HAT ES GESCHAFFT

Seinem Soziologiekollegen Ueli Mäder, der mit einem feinen Gehör ausgestattet ist, hatte Ziegler anvertraut: «Ich will lebend sterben.» Das ist ihm geglückt.

Jean Ziegler ist

# Einer,

Protestant, Marxist, Revolutionär, Katholik – und bis zuletzt ein «communiste de cœur». Alles mit allem und noch viel mehr: Unser langjähriger Kolumnist Jean Ziegler war einfach zu viel für die Schweiz!

MARIE-JOSÉE KUHN

«Es scheint mir nicht möglich, dass bei all dieser Liebe das Leben im Nichts endet!» Das sagte der damals 90jährige Jean Ziegler im work-Interview im April 2024. Es gebe so viel Liebe auf dieser Welt. «der Guerrillero, der sein Leben hingibt für die Gerechtigkeit, der politische Gefangene, der unter der Folter schweigt, um die Gefährten zu schützen. Die Liebe der Eltern für ihre Kinder. Die Liebe zu einer Frau oder zu einem Mann.» Diese Liebe müsse von irgendwoher kommen. Er, Jean Ziegler, glaube darum an die Auferstehung.

Jetzt, zwei Jahre später, ist der weltberühmte Soziologe, ehemalige SP-Nationalrat, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrats gegangen. Er, der es immer mit seinem Mentor Jean-Paul Sartre hielt und den Tod als Mord bezeichnete. Als inakzeptables Skandalon, weil das Bewusstsein für die Unendlichkeit bestimmt sei, für das Sein. Heisst das, dass Ziegler wiederkommen wird? Zuzutrauen wär's ihm!

## SCHANDE FÜR DIE SCHWEIZ!

Jeannot (wie ihn seine Freunde nannten) hatte es nicht leicht in der Schweiz: Während er im Ausland geschätzt und bewundert wurde, während sie ihn in Frankreich quasi adoptierten, war sein Weg in der Schweiz dornenreich. Insbesondere in der Deutschschweiz. Schon nur, dass er ein intellektueller war, ein Humanist, einer, der sich für die *Conditio humana* interessierte, für die grossen Themen der Menschheit, für Tod und Leben, Freiheit und Verantwortung, Sein und Schein, das machte ihn verdächtig. Ganz zu schweigen davon, dass er seine Geschichten und Anklagen auch noch mit grossen Gesten und biblischer Sprachgewalt vortrug. Schliesslich war und ist der Prototyp des Intellektuellen in der Schweiz der Ingenieur – ein Vermesser, ein Homo faber – und nicht etwa der Philosoph wie anderswo!

Doch Ziegler wollte nicht nur vermessen und technisch mit Zahlen hantieren, er wollte die Weltordnung verändern. Er empörte sich, er störte den kapitalistischen Gottesdienst und kämpfte. Commandante Che Guevara sei Dank, schritt

## Er empörte sich, er störte den kapitalistischen Gottesdienst.

Ziegler zwar nie zur «letzten Tat», er zog nie bewaffnet in den Befreiungskampf.

Er kämpfte mit scharfen Worten, mit seinen Büchern und Auftritten. Und zwar hier, im Kopf des Monsters. 1976 schlug er zu mit einer explosiven Bombe: seinem Bestseller «Eine Schweiz über jeden Verdacht erhaben». Ziegler zeichnete darin die Verflechtungen der Schweizer Banken-Fluchtgeldern auf. Darum wiesen die «Nomen der Bahnhofstrasse» ihre Vertreter im nationalen Parlament auch an, die parlamentarische Immunität von Ziegler aufzuheben. Um ihm das Maul zu stopfen. Letzteres ist ihnen nie gelungen!

Im Land der Reisläufer, des Bankgeheimnisses und der Multis kommt so viel Unbeirtheit bei den Tonangebenden, den «Geldsäcken», schlecht an. Sie beschimpften Ziegler als «Nestbeschmutzer». Sie versuchten ihn mit Klagen mundtot zu machen.

Doch Ziegler empörte sich nur noch mehr: In seiner work-Kolumne, die er ab 2004 bis fast zu seinem Tod Ausgabe für Ausgabe unter dem Titel «La Suisse existe» schrieb, notierte er im März 2022: «Was mich empört, sind nicht die astronomischen Saläre und Boni der Bankmogeln und auch nicht ihre permanente Verletzung der schweizerischen Bankgesetze», vielmehr sei es das «fürchterliche menschliche Elend, das ihr Tun in der ganzen Welt anrichtet». Und er nannte als Beispiel Ägypten: «Der Diktator

tot. Wird er wiederkommen?

# wie keiner mehr



VON CHE GUEVARA BEEINFLUSST: Der kubanische Revolutionär riet Jean Ziegler, von der Schweiz aus zu kämpfen, wo «das Gehirn des Monsters» sei. FOTO: KEYSTONE

Husni Mubarak, seine Frau und seine beiden Söhne Gamal und Alaa parkierten 739 Millionen Franken bei der Credit Suisse. Im Januar 2011 demonstrierten Tausende friedlich auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Mubarak schleute Panzer und liess Hunderte seiner Landsleute ermorden.»

Doch auch mit der Ungleichheit in der Schweiz rechnete Ziegler regelmässig ab, mit ihrem Geiz, wenn es um die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit ging, oder ihrer Schuld, wenn sie durch die Lieferung von Waffen an blutigen Konflikten und Kriegen verdiente und diese damit verlängerte.

Jean Ziegler war einer der mutigsten Kritiker der israelischen Regierungs- und Kriegspolitik. Auch darum wurde er immer wieder beschimpft: als «Antisemit». Er jedoch empörte sich weiter und fragte im April 2025 im work: «Was bleibt von uns übrig, wenn wir zulassen, dass Israel die Palästiner im Namen des Westens aus der Menschheit ausschliesst? Wie können wir noch hoffen, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zu besiegen, wenn wir die Zerstörung des Menschenrechts und des internationalen Rechts billigend hinnehmen?»

## DER FENSTERÖFFNER ZUR WELT

Paris, Sartre, Beauvoir und der Existentialismus, Afrika, Antikolonialismus und Antiimperialismus, Befreiungstheologie und Befreiungskriege, Che Guevara und Fidel Castro. Bereits in den 1960er Jahren engagierte sich Jean als Uno-Experte in Afrika. In Kongo unter Diktator Mobutu. Und die halb verhungerten Kinder, Frauen und Männer, die er dort sah, verändertens sein Leben. Er schwor, sich nie auf die Seite «der Henker» zu stellen. Und der Hunger war fortan sein Herzensthema. Er bezeichnete ihn als «absoluten Skandal unserer Zeit», weil er, bei gerechter Verteilung von Geld und Gütern, vermeidbar wäre. Und würde er nichts gegen den

Hunger tun, so meinte er, könnte er nicht mehr in den Spiegel schauen: «Ich will nicht Komplize dieser Morde sein!»

Stattdessen stellte er sich auf die Seite der Hoffnung und der Hoffnungsträger: Ahmed Ben Bella und Abd al-Aziz Bouteflika (Algerien), Thomas Sankara (Burkina Faso), Salvador Allende (Chile), Desmond Tutu und Nelson Mandela (Südafrika), Hugo Chávez (Venezuela), Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien) usw.

Ziegler hat viele von ihnen persönlich gekannt und an sie geglaubt. Manchmal auch dann noch, wenn auf Hoffnung Ernüchterung folgte.

Das Böse das Gute wieder einmal besiegt hat.

Und nein! Ich werde mich jetzt nicht über seine tatsächliche oder

auch nur vorgeworfene heisse Nähe zum einen und anderen autoritären Regime auslassen. Darüber haben sich andere zur Genüge ihr ideologisches Mütchen kühlen können. Nach dem Motto: «Sie sagen also, der Kapitalismus erzeuge Hunger, Herr Ziegler! Aber wie steht's denn mit dem Sozialismus, hä? Wie ist es denn mit Nordkorea, Herr Ziegler? Wo geht es den Leuten besser, in Süd- oder Nordkorea, hä, hä, hä?» Zieglers Antworten gingen jeweils in den lärmigen Angriffsalven der kalten Journalisten-Krieger unter. Denn sie wollten gar nicht hören, nur senden. Sie wollten den Ziegler am Boden sehen. Auch dafür, dass sie im Grunde wussten, dass er in so vielen und grundlegenden Dingen recht hatte. Doch einer wie er durfte einfach nicht sein.

## PAS COMME IL FAUT

Und dann war dieser Ziegler auch noch schlagfertig, charmant und gut gekleidet! Ihren Nachruf auf ihn übertitelte die NZZ mit: «Revolu-

tionär im Massanzug», was wohl auf einen Widerspruch hinweisen soll. Auf Inkonsequenz. Auf einen Cüpli-Revolutionär. Jedenfalls auf einen zu Schillernden für die Schweiz.

In ihrem Nachruf in der Westschweizer Lomseezeitung «Le Temps» schreibt Journalistin Lorenze Mesot, Ziegler sei ein Schweizer «wie kein anderer» gewesen: «un Suisse pas comme il faut». Ein ganz unschweizerischer Schweizer also. Und das stimmt auch: Er war Protestant, dann wurde er Marxist und schliesslich Katholik (dank einem Jesuitenpater) und blieb doch immer ein «communiste de cœur», ein Herzenskommunist.

Als Beleg für ihre «Pas comme il faut»-These erzählt Mesot, was am 17. März 2009 im sehr ordentlichen Saal des Genfer Rathauses passierte, als Ziegler von der Rhohestadt gewürdigt werden sollte. Kaum stimmte die Violinistin vor den geschlossenen Rängen all der bürgerlichen Politiker die Internationale an, wollte sich Ziegler schon erheben, wollte bestimmt die Faust in die Luft werfen. Doch konnte ihn seine Frau Erica Deuber gerade noch bremsen. Journalistin Mesot ziemlich ironisch: «Was das wieder für eine Unordnung gegeben hätte in dieser konservativen Bastion des industriell-militärischen Komplexes!»

Szenenwechsel und wieder eine Faust: 2017 lag Jean Ziegler zur Behandlung in einem Spitalzimmer in Havanna. Zu bewundern ist diese Szene im Dokfilm «Jean Ziegler – der Optimismus des Willens» des Regisseurs Nicolas Wadimoff. Und Ziegler leidet, wirkt geschwächt und kann plötzlich hellwach, als er nämlich sieht, dass er gefilmt wird. Da schnellt der Arm hoch, und die Faust fährt in die Luft. Und niemand der anwesenden Pflegenden schaut schräg. Nur Erica Deuber, die neben dem Bett steht, beobachtet ihren Jean mit sorgenvollem Blick.

Wieder auf dem Damm und zurück in der Schweiz, vermeldet Ziegler in der nächsten work-Kolumne: Das kubanische Gesundheitssys-

tem sei eines der besten der Welt. Er könne davon Zeugnis ablegen, denn er sei in Kuba wegen unbekannter Bakterien plötzlich schwer krank geworden. Und jetzt kommt's: «Im Spital Ciria Garcia in Havanna erhielt ich eine Bluttransfusion, die mir das Leben gerettet hat. Nun fliesst kubanisches Blut in meinen Adern. Ich hoffe nur, der Spender sei kein dumpfer Bürokrat gewesen.» Der Jeannot hatte also auch Humor.

## CHECHER LA FEMME

Hinter jedem grossen Mann steht (mindestens) eine grosse Frau. Das war auch bei Jean Ziegler so: Hinter ihm stand seit 1999 seine zweite Frau, Erica Deuber. Auch sie ist eine Intellektuelle, eine Kunsthistorikerin und auch sie politisch aktiv: Für die PdA politisierte sie im Genfer Grossen Rat und war Kulturbbeauftragte der Stadt Genf. Aus dem Hintergrund regelte sie alles für ihren Jean, der keine Ahnung von Computern hatte. In Wadimoffs Film sagt Ziegler über Deuber: «Erica konfrontiert mich immer mit der Realität.» Und sie tue das auch dann, wenn er lieber wegsehen möchte. Offenbar hat Deuber den Ziegler immer mal wieder vom Kopf auf die Füsse gestellt – und ihm so auch vor Blamagen geschützt.

Blöd nur, dass sie bei der ärgerlichsten und erst noch sexistischen Peinlichkeit noch nicht an seiner Seite stand. 1993 nämlich, als Ziegler bei der Macho-Schlammeschlacht gegen SP-Bundratskandidatin Christiane Brunner mitmachte. Da hätte er es dringend nötig gehabt, dass ihn jemand auf den Boden der Realität zurückholte. Und ihm die Ohren langzieht.

Das hätte Erica Deuber frei nach ihrem Lebensmotto bestimmt auch getan. Sie verriet es mir vor Jahren in einem Interview. Sie sagte, sie sei «für Toleranz und Ironie in unwichtigen Dingen, aber für Intoleranz und radikale Kritik in wesentlichen Fragen wie Rassismus und Sexismus». Voilà!

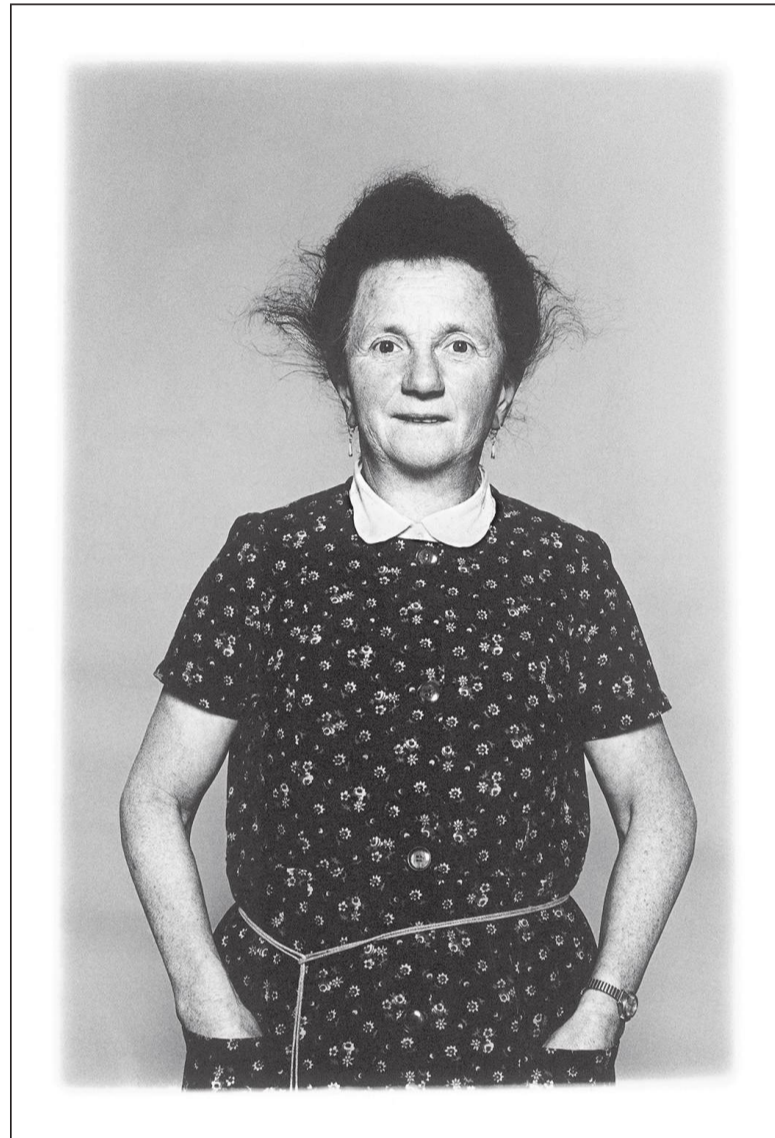
Sonderausstellung im St. Galler Textilmuseum: Ein etwas anderes Firmenportrait aus einer hochpolitischen Zeit

# Vielfalt in Schwarz-Schweiss: Ein Bildnis der Arbeiterklasse der 1970er Jahre

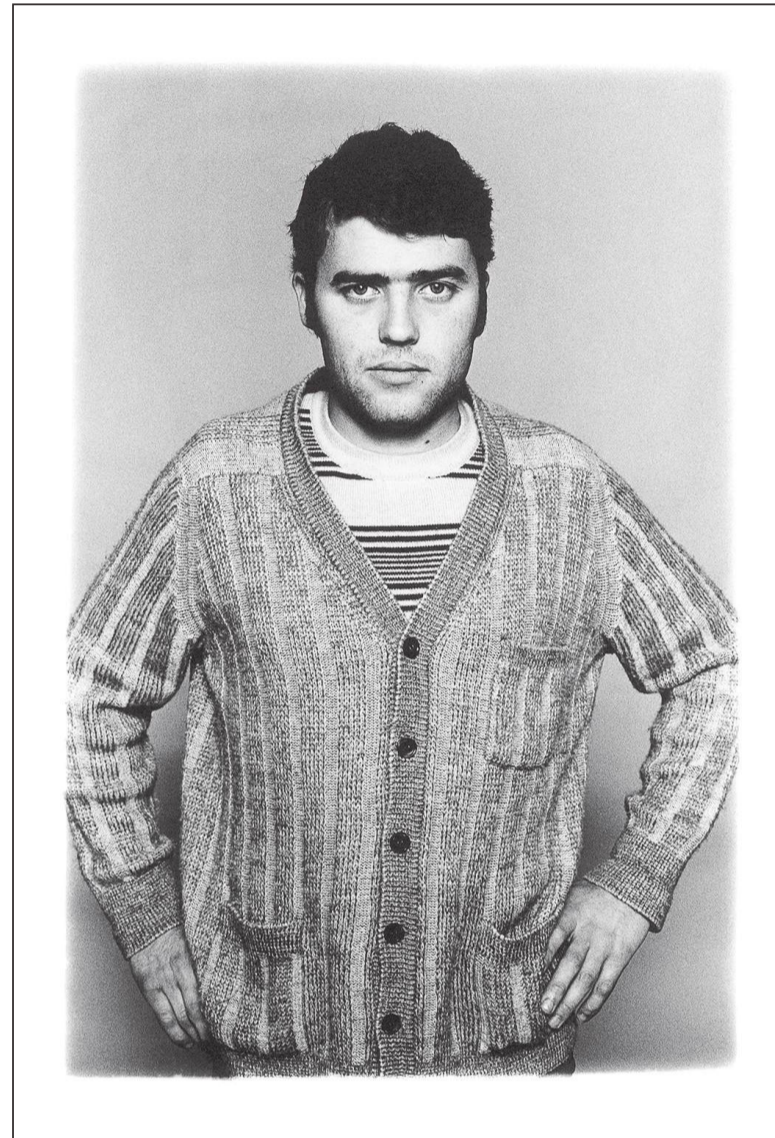
Das St. Galler Textilmuseum macht Textilarbeiterinnen und -arbeiter der 1970er Jahre sichtbar. Es war die Zeit der Schwarzenbach-Initiative, als eine fremdenfeindliche Welle die Schweiz überrollte. Die Fotografin Barbara Davatz hat damals die gesamte Belegschaft der Textildruckerei und Zwirnerei H. Walser im appenzellischen Zürchersmühle fotografiert. Entstanden ist eine Fotoserie, die bis heute aktuelle Fragen nach Herkunft, Zugehörigkeit und Menschlichkeit reflektiert.



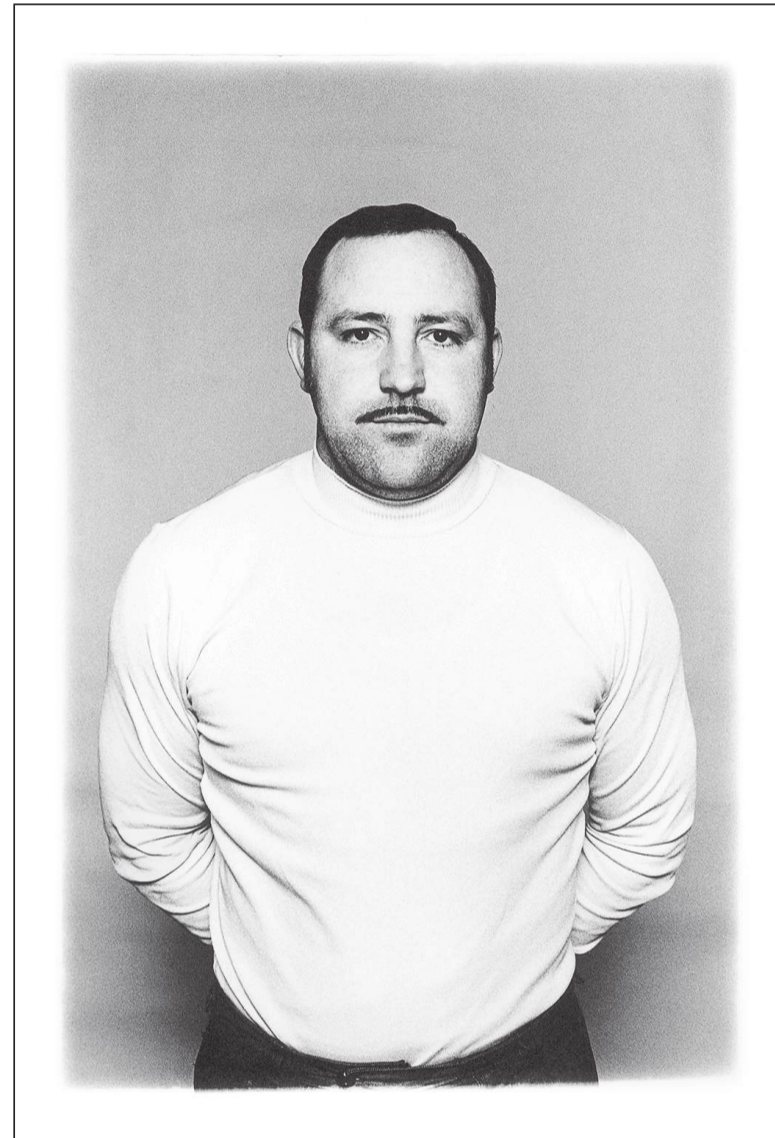
Maria Cian,  
geb. 1.2.1913, Spanierin, Spulerei



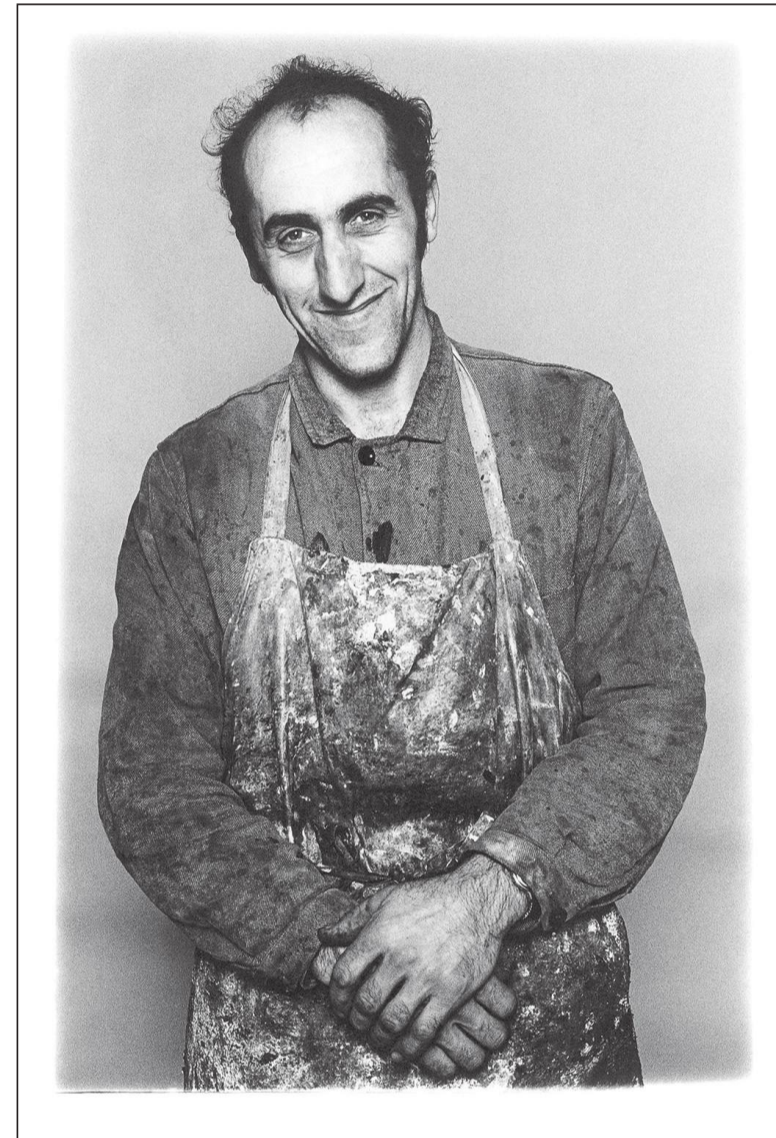
Frieda Oertle,  
geb. 23.8.1913, Schweizerin, Zwirnerei



Genaro Lopez,  
geb. 3.12.1947, Spanier, Druckerei



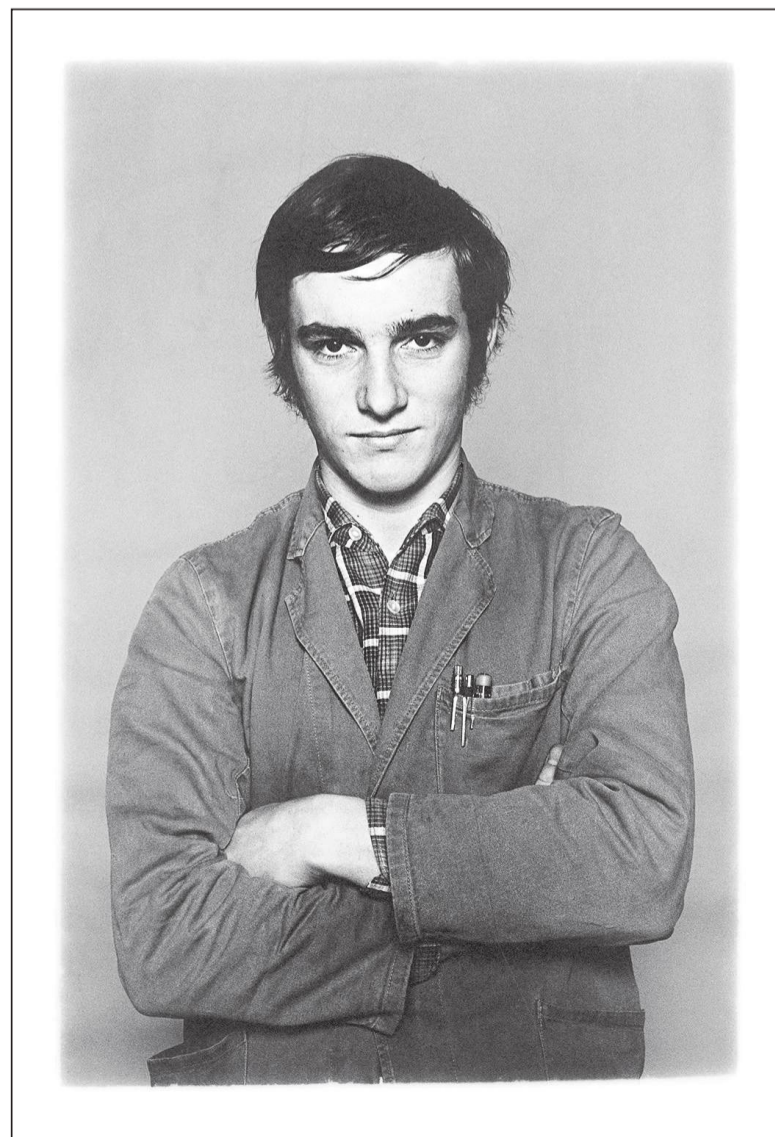
Aurelio Fraga,  
geb. 6.2.1944, Spanier, Druckerei



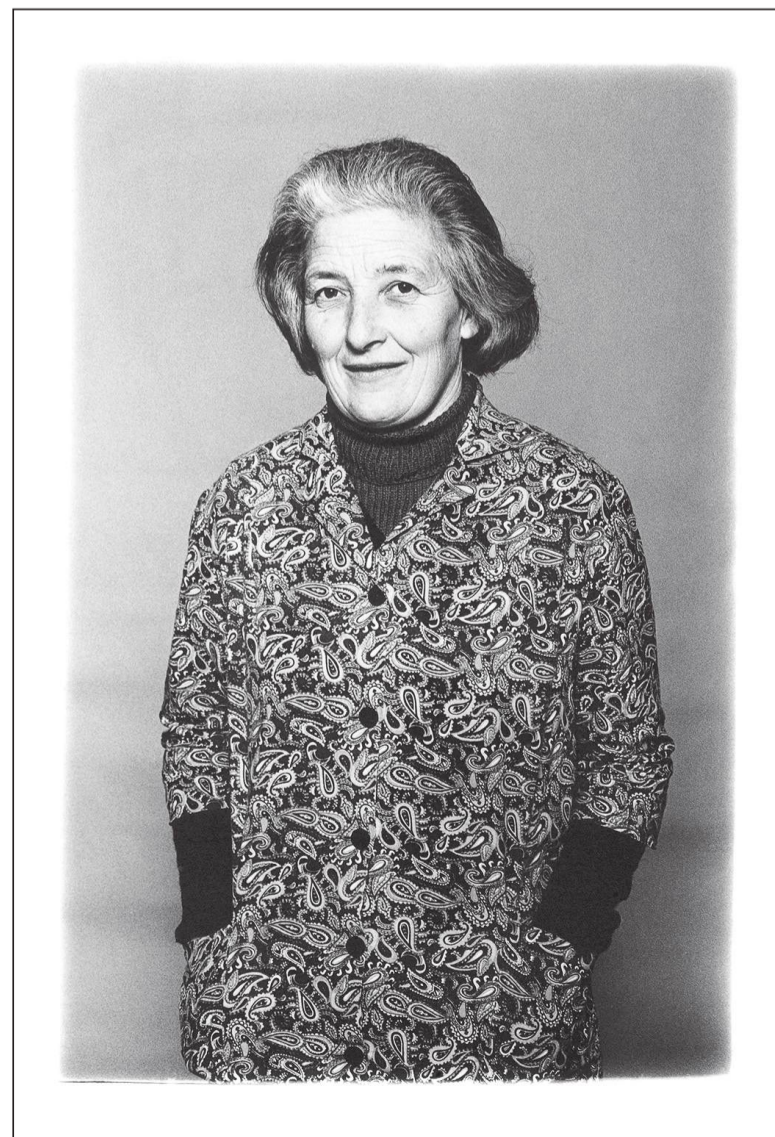
Max Guerra,  
geb. 25.11.1938, Italiener, Farblabor



Juana Lago,  
geb. 21.8.1926, Spanierin, Spulerei



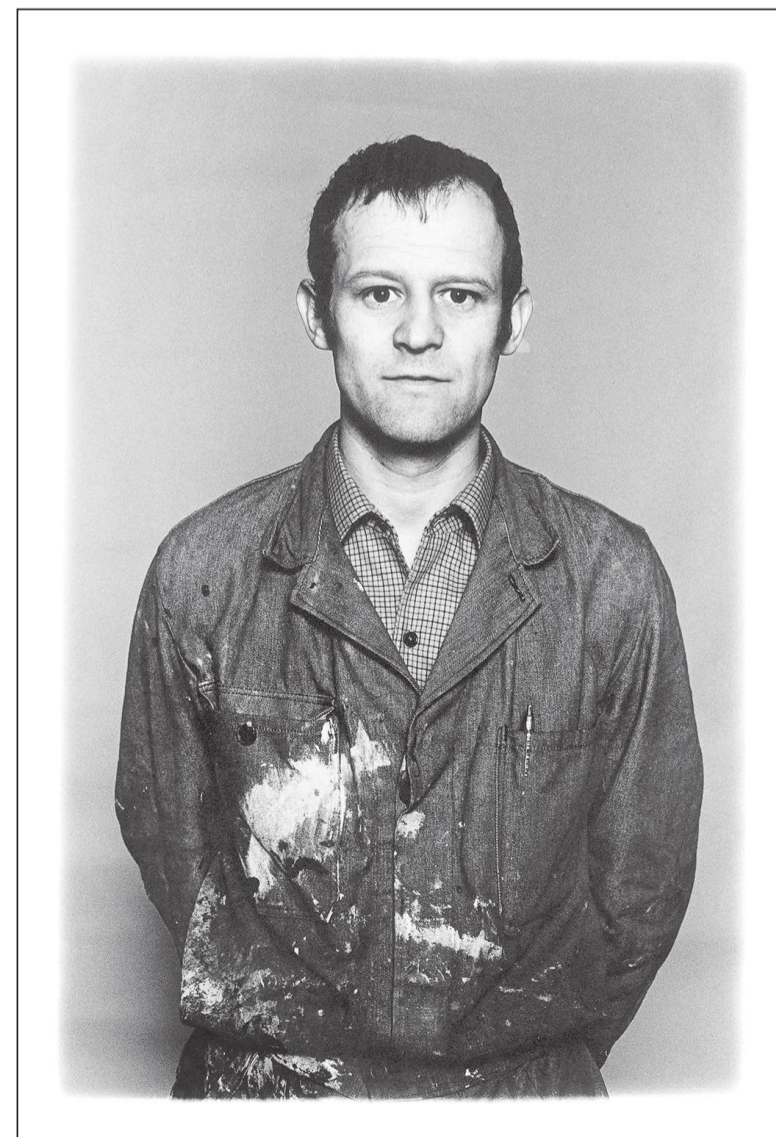
Werner Knöpfel,  
geb. 8.5.1954, Schweizer, Werkstattlehrling



Heidi Schaufelberger,  
geb. 27.2.1927, Schweizerin, Spedition



Romilda Garcia,  
geb. 16.2.1950, Spanierin, Zwirnerei



Hans Schenk,  
geb. 22.3.1941, Schweizer, Farblabor

DARIJA KNEŽEVIĆ

Genaro Lopez ist zum Zeitpunkt der Aufnahme 25 Jahre alt. Er blickt kritisch in die Kamera, schenkt der Fotografin kein Lächeln. Lässig stützt er seine von der harten Arbeit gezeichneten Hände in die Hüfte. Der Schwarz-Weiss-Kontrast hebt Lopez' dicke Augenbrauen, die dunklen Augen und die volle Haarpracht hervor. Darunter steht: «Genaro Lopez, geb. 3. Dezember 1947, Spanier, arbeitet in der Druckerei, 1972.» Die knappe Legende lässt viel Raum, sich den Menschen und sein Leben vorzustellen.

Die Fotografin Barbara Davatz hat 1972 in einer Serie die 38 Mitarbeitenden der Textildruckerei und Zwirnerei der Firma H. Walser in Zürchersmühle AR porträtiert. Aktuell sind sämtliche Portraits im St. Galler Textilmuseum zu sehen. Fotografin Davatz hat die gesamte Belegschaft der Textildruckerei für einen kurzen Moment aus dem Arbeitsalltag gerissen und vor die Kamera gestellt. Zur Entstehung der Serie sagt Davatz: «Ich war neugierig zu sehen, wie die Belegschaft einer kleinen Schweizer Firma aussah. Es handelte sich um eine Art «visuelle Feldforschung», die erste, die ich unternommen habe. Dass ich so viele interessante, prägnante und sympathische Menschen dann porträtieren durfte, war ein Zufall und ein grosses Glück.»

## VOM HEIM IN DIE FABRIK

Entstanden ist die Serie in einer hochpolitischen Zeit: 1968 lancierte der Faschist und Grossindustrielle James Schwarzenbach eine Initiative, welche die Schweiz vor der «Überfremdung» schützen sollte. Eine Welle von Fremdenfeindlichkeit überrollte die Schweiz. Die Initiative forderte einen 10-Prozent-Deckel der ausländischen Bevölkerung. Bei einer Annahme hätten rund 400'000 Migrantinnen und Migranten die Schweiz verlassen müssen. Am 7. Juni 1970 wurde sie knapp abgelehnt. Pikant: Schwarzenbach selbst stammte aus einer Seidendynastie, sein Reichtum war auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten gebaut.

Die Portraitserie zeigt: Die Mehrheit der H.-Walser-Belegschaft waren migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter. Doch trotz unterschiedlicher Herkunft bilden sie eine Einheit. Eine vereinte Arbeiterklasse in einer Branche, die sich in den vergangenen 50 Jahren stark gewandelt hat.

Die Schweizer Textilbranche von den ausländischen Arbeitskräften abhängig war, wird im Museum mehrfach thematisiert. Das zeigen die Einblicke in die früher boomende Textilindustrie in St. Gallen und der umliegenden Region, die Geschichte wird in der Dauerausstellung des Museums erzählt.

Die Textilindustrie wurde von ausländischen Arbeitskräften mitgeprägt und vorangetrieben. Fabrikarbeiterin Bruna Ventre – italienische Migrantin – erzählt in einem Interview über ihre Arbeit in der St. Galler Textilindustrie: «Die italienischen Mädchen nahmen die Arbeit mit nach Hause und arbeiteten noch bis Mitternacht, um sich etwas zusätzliches zu verdienen.»

Nach 1800 verlagerte sich die Arbeit vom Heim in die Textilfabriken. Mit der Einführung des Fabrikgesetzes 1878 wurden Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen gesetzt. Gerade die Kinderarbeit war in der Textilbranche weit verbreitet und wurde damit erschwert.

## DIE FRAU, DIE SAU

Vor 1800 war die Schweizer Textilindustrie nicht in grossen Fabriken angesiedelt, sondern gehörte zur Heimarbeit. Die finanziell schwache Landbevölkerung verdiente sich ein zusätzliches Einkommen mit Spinnen, Weben, Sticken und weiterer Handarbeit. Eine Frau aus Appenzell Innerrhoden erklärt in einem Videointerview, dass ein Haushalt mit einer Frau, die diese Textilarbeit zu verrichten wusste, genauso ertragsreich war wie mit einer guten Sau im Stall.

Nach 1800 verlagerte sich die Arbeit vom Heim in die Textilfabriken. Mit der Einführung des Fabrikgesetzes 1878 wurden Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen gesetzt. Gerade die Kinderarbeit war in der Textilbranche weit verbreitet und wurde damit erschwert.

Die Ausstellung «Porträt einer Schweizer Firma» ist bis im Februar 2027 im Textilmuseum St. Gallen zu sehen. Mehr Infos: [textilmuseum.ch](http://textilmuseum.ch).

## Barbara Davatz: Von New York nach Zürich

Die Fotografin Barbara Davatz ist 1944 in Zürich geboren. Von ihrem vierten bis zu ihrem 19. Lebensjahr lebte sie in einem Vorort von New York.

**AUSBILDUNG.** Mit der Rückkehr in die Schweiz widmete sich Davatz der Fotografie und schloss ihre Fotoausbildung an der Kunstgewerbeschule Zürich ab. Die Fotoserie «Porträt einer Schweizer Firma» war ihre zweite freie Arbeit. Heute lebt Davatz im Kanton Zürich. (dak)

**EUropa**  
Regula Rytz

## Migration und Zölle Von Schand- flecken und Lichtblicken

Der zivilisatorische Kitt scheint in den rechten Parteien so rasch dahinzuschmelzen wie der Permafrost. Als Konservative und Rechtsextreme kürzlich zusammenspannten, um im Europaparlament ein «Abschiebengesetz» nach Vorbild der USA durchzuboxen, fielen die Masken: Rechts-extreme Parteien gröhlten im Parlament minutenlang fremdenfeindliche Parolen. Es ging um den Entscheid, Asylsuchende und ihre Kinder auf unbestimmte Zeit in Lager zu sperren, auch in Ländern ausserhalb der EU. Musiker Herbert Grönemeyer kommentierte: «Ein Schandfleck in der europäischen Geschichte.»



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

Während die Spirale des Extremismus mit Hilfe der Konservativen und Christdemokraten immer weiterdreht, türmen sich die realen Probleme. So hat die grösste je erlebte Hitzewelle Europa hart getroffen. Im glühenden Frankreich standen Schulen, Eisenbahnen und AKW still. Doch statt endlich über Klimapolitik zu diskutieren, verbreiten viele Medien nur Abkühlungstipps. Auch die schlechende Deindustrialisierung Europas ist kein Thema. Dabei gehen jeden Monat rund 27000 Industriearbeitsplätze verloren. Ein Grund sind die neuen KI-Prozesse. Diese werden in der EU über 50 Millionen Arbeitsplätze betreffen. Die meisten davon sind nicht gefährdet, aber ihr Anforderungsprofil wird sich verändern. Doch selbst wenn 10 bis 15 Prozent davon verloren gingen, würden Millionen an Arbeitsstellen fehlen. Für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) wäre dies ein ähnlicher Schock wie die Finanzkrise 2008. Er ruft die Regierungen deshalb eindringlich zum Handeln auf. Mit einer Stärkung der Binnennachfrage, der Modernisierung der Energieinfrastruktur und einer Ausbildungs- und Umschulungsoffensive sollen qualifizierte Jobs in Europa gesichert werden.

### Nicht nur der Preis soll zählen, sondern die Nachhaltigkeit.

Das ist ein Thema. Dabei gehen jeden Monat rund 27000 Industriearbeitsplätze verloren. Ein Grund sind die neuen KI-Prozesse. Diese werden in der EU über 50 Millionen Arbeitsplätze betreffen. Die meisten davon sind nicht gefährdet, aber ihr Anforderungsprofil wird sich verändern. Doch selbst wenn 10 bis 15 Prozent davon verloren gingen, würden Millionen an Arbeitsstellen fehlen. Für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) wäre dies ein ähnlicher Schock wie die Finanzkrise 2008. Er ruft die Regierungen deshalb eindringlich zum Handeln auf. Mit einer Stärkung der Binnennachfrage, der Modernisierung der Energieinfrastruktur und einer Ausbildungs- und Umschulungsoffensive sollen qualifizierte Jobs in Europa gesichert werden.

Ein zweiter Grund für den Druck auf die europäische Industrie ist der «China-Schock 2.0». Dank staatlichen Subventionen und Währungsmanipulationen kann China seine industriellen Überkapazitäten heute zu Tiefstpreisen auf die Weltmärkte werfen. Die USA sind durch Trumps Zollschranken besser abgesichert als früher. Umso mehr drängen chinesische Billigexporte in die EU und in die (zollfreie) Schweiz. Nur mit gezielten Massnahmen gegen systemische Marktverzerrungen kann die europäische Industrie erhalten werden, ist die grüne Europaparlamentarierin Anna Cavazzini überzeugt. Sie schlägt deshalb Antidumpingzölle in strategischen Sektoren wie der Batterie- oder Maschinenindustrie vor. Auch die Förderung der Innovationskraft ist für sie zentral. Mit dem «Industrial Accelerator Act» sollen europäische Unternehmen, die in klimafreundliche Produktion investieren, bei öffentlichen Ausschreibungen bessere Chancen bekommen. Damit nicht nur der Preis zählt, sondern auch die Nachhaltigkeit. Für Cavazzini, welche die Verhandlungen des Europäischen Parlaments zu diesem Gesetz leitet, ist dies ein Lichtblick in der Europäischen Wirtschaftspolitik. «Europa bringt die Industrie auf Klimakurs – und sichert gleichzeitig gute Jobs», so Cavazzini. Es gibt sie also noch, die guten Nachrichten.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

# 60 Prozent ist ungesund: Milliardenprofit mit Junk-Food Die Weltherrschaft der Schokoriegel

Unter dem Slogan «Good food, Good life» stellt sich Nestlé als wohltätiger Riese der Menschheit dar. Eine süsse Lüge, die beweist, wie dringend wir die Konzerne zur Verantwortung zwingen müssen.

OLIVER FAHRNI

Wenn der kolumbianische Gewerkschafter Carlos Soto unter Todesgefahr für die Rechte der Arbeitenden bei Nestlé streitet (siehe Seite 15), legt er sich mit einem Imperium an. Der grösste Lebensmittelkonzern der Welt gebietet über 271 000 Arbeitende und 335 Fabriken in 75 Ländern. Das allein ist enorm, unterschätzt aber den wirklichen Einfluss. Hunderttausende von Bauern, die Kakao, Kaffee, Palmöl, Milch, Zucker und andere Grundstoffe produzieren, hängen in ihrer Existenz von Nestlé ab. Vor allem im armen Süden. Konzern-Lob-

### Bei Nestlé haben Finanzfonds das Sagen.

Nestlé ein Okay abzuholen, bevor sie den Arbeitsschutz neu regulieren, Standards für die Produktion definieren, Steuern erheben, ökologische oder medizinische Vorschriften erlassen. Vevey regiert mit. Mindestens. In vielen Fällen werden die Regierungen so zu Komplizen umstrittener Praktiken.

### BLACK ROCK MISCHT MIT

Kapitalistische Kraken produzieren zuallererst Profit für die Besitzenden. Nestlé hat zwischen 2011 und 2025 seinen Aktionärinnen und Aktionären 173 Milliarden Franken ausgeschüttet. Jahr um Jahr steigen die Dividenden. Wer wird da vergoldet? Wirtschaftsmedien behaupten, Nestlé sei «in Streubesitz». Das dient der Vernebelung. Tatsächlich haben beim Multi mit dem idyllischen Nestchen-Küken-Logo die Finanzfonds das Sagen, angeführt von Black Rock, UBS Asset Management und Vanguard.



PROTEST GEGEN DEN MULTI: Eine Greenpeace-Kampagne klagt Nestlé 2010 als «Orang-Utan-Killer» an wegen der Verwendung von nicht nachhaltigem Palmöl. FOTO: KEYSTONE

Diese scheinbar anonymen Kapitalisten griffen hart durch, als der Profit 2025 in einem Hauch auf 14,4 Milliarden Franken sank. Sie wechselten die Konzernleitung aus, verfügten die Zerstörung von 16 000 Jobs und ein 3-Milliarden-Sparprogramm. Ihr Ziel ist, die unangefochtene Weltherrschaft über die Nahrung zu sichern.

### 50 JAHRE SKANDALE

Problem für Nestlé: Das Business mit dem Essen (Haustierfood eingeschlossen) steht unter besonderer Beobachtung. Logisch – man ist, was man isst. Seit den 1970er Jahren ist der Schweizer Vorzeigekonzern immer wieder in Kontroversen und Skandale verwickelt. Angefangen bei der aggressiven Durchsetzung von Milchpulver gegen Muttermilch. NGO hatten die gefährlichen, manchmal tödlichen Folgen im armen Süden belegt, diverse Boykott-Kampagnen folgten. In den USA und in Europa stoppte Nestlé darauf sein Treiben, in diversen asiatischen Ländern, zuletzt in China, hielt es lange an. Es folgte die Kontroverse um Kinder- und Sklavenarbeit in den Kakao-plantagen. Um Zwangsarbeit in der thailändischen Fischereiindustrie. Um illegale Waldrodungen in Ghana und in der Elfenbeinküste.

Dann fand sich Palmöl in Kindermilch. Oder, unlängst, zu viel Zucker (work berichtete: [rebrand.ly/fettes-geschäft](https://www.rebrand.ly/fettes-geschäft)). Nestlé ist ein Grossdealer der Droge Zucker. Und immer wieder gab es Verunreinigungen, etwa Kolibakterien in Pizzas und Biscuits, Salmonellen in Maggi-Nudeln, Melanin in chinesischen Milchprodukten... die Liste könnte fortgeführt werden.

### HOCHVERARBEITETE LEBENSMITTEL

Niemand unterstellt dem Nahrungsmittelriesen, er wolle seine Kundinnen und Kunden vergiften. Oder er nehme den Schaden auch nur billigend in Kauf. Vielmehr wirkt hier die kapitalistische Logik: Aus einem elementaren Bedürfnis, das sehr viel simpler zu stillen wäre, schlägt Nestlé maximalen Profit, indem der Konzern die Menschen auf hochverarbeitete Lebensmittel anfixt. Die Manager wissen, was sie tun. 2021 enthüllte das Wirtschaftsblatt «Financial Times» die alarmierende Schlussfolgerung einer internen Nestlé-Studie: 60 Prozent ihrer Speisen und Getränke, so hatten sie selbstkritisch ermittelt, seien ungesund. Da nimmt sich der Slogan, der alle Publikationen aus Vevey zielt, recht trotzig aus: «Good food, Good life.»

## Konzernverantwortung: Lügen, Zeit gewinnen, Besserung schwören – und basta!

Im Januar 2026 musste Nestlé bakterienverseuchte Kindermilch in 50 Ländern zurückrufen. Schon wieder ein Lebensmittelskandal. Schlecht für Image und Geschäft, aber der Konzern ist künftig gerüstet: Mitte Juni hat er die Führung umgebaut. Die Juristin Antonia Wagner, die bisher für Nachhaltigkeit im Food-Imperium sorgen sollte, wurde

### Den Trick kennen wir von den Banken: Der Multi Nestlé sagt, er löse die Probleme allein.

befördert und ist nun auch für Kommunikation zuständig. Das macht eine Strategie sichtbar. Folgt man den zahllosen Hochglanzpublikationen, Nachhaltigkeitsschwüren und Newsletters, die von glücklichen Nestlé-Kindern nur so wimmeln, weiss man:



ZUM BEISPIEL GLENCORE: Der Bundesrat will Rohstoffhändler nicht in die Verantwortung nehmen. FOTO: KEYSTONE

Will man endlich sehr gesund leben in einer gerechteren Welt mit null Treibhausgasen und ohne Plastic, besten Löhnen für Kakao-pflanzer und Kaffeebauern, muss man KitKat kaufen und Nespresso-Konzentrat. Nestlé schafft die Welt, von der schon alle immer träumten. Tja.

Den Trick kennen wir von den Banken. Er heisst Selbstregulierung. Schlicht gesagt: Wir brauchen keine

Regeln, wir lösen sämtliche Probleme allein, vertraut uns. Wir waren der Wolf, nun sind wir das Schaf. Das hat eine Finanzkatastrophe nach der anderen angerichtet und uns die Monsterbank UBS beschert.

**KORKEN KNALLEN.** Eigentlich dachten wir, das sei passé. Am 29. November 2020 hatte das Stimmvolk der Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz

von Mensch und Umwelt» (Kovi) zugestimmt. Das Ständemehr stand dagegen, jetzt können die Konzerne die Menschenrechte weiter ignorieren, die Umwelt zerstören, das Klima aufheizen. Ein breites Bündnis von 90 Organisationen aber wollte dem Volksmehr eine Stimme geben. Es stellte eine zweite Kovi auf die Beine. Worauf der Bundesrat versprach, die EU-Regeln für Konzernverantwortung zu übernehmen. Doch inzwischen hat die EU-Kommission unter der rechten Präsidentin Ursula von der Leyen diese Regeln weitgehend ausgehöhlt.

Das kann der Berner Bundesrat noch gründlicher. Immer im Dienste des Kapitals, hat er jetzt einen Gegenvorschlag aufgelegt, der ausgerechnet fast die gesamte Rohstoffbranche auslässt. Also die schlimmsten Finger. Am Genfersee knallten die Champagnerkorken. (olf)

**PROTEST IN BOGOTÁ: Die Búezer und Búezerinnen ziehen 2025 durch die Strassen.** FOTO: ZVG



# Kolumbianische Arbeiter kritisieren Nestlé Gewerkschaftsarbeit unter Lebensgefahr

**Gewerkschafter leben in Kolumbien gefährlich. Doch die Gewerkschaft Sinaltrainal lässt sich nicht einschüchtern. Sie kämpft für die Arbeitsrechte und die Sicherheit der Nestlé-Mitarbeitenden.**

IWAN SCHAUWECKER

Wilberto Quintero Medina (49) arbeitete während mehr als 20 Jahren für die Milchpulverfabrik von Nestlé in der kolumbianischen Stadt Valledupar. Und er war auch langjähriges Führungsmittglied der Gewerkschaft Sinaltrainal, die Arbeitnehmer in der kolumbianischen Getränke- und Lebensmittelbranche vertritt. Am Abend des 28. April 2025 trafen ihn sechs Kugeln in den Rücken, und er starb noch auf dem Weg ins Spital. Motive und Täterschaft des Mordes sind bis heute nicht geklärt. Doch für Carlos Soto, den Generalsekretär von Sinaltrainal, ist klar, dass der Mord im Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aktivitäten von Medina steht. Soto sagt: «Die Ermordung von Medina erfolgte in der Woche nach einem nationalen Treffen unserer Gewerkschaft in der Stadt. 100 Gewerkschaftsmitglieder und auch der kolumbianische Arbeitsminister waren damals in Valledupar.» In der gleichen Woche seien auch Flugblätter mit Namen von Gewerkschaftsmitgliedern und Morddrohungen zirkuliert.

**Zwischen 1971 und 2023 wurden 3323 Gewerkschaftsmitglieder ermordet.**

Der Tod von Medina reiht sich ein in eine lange Liste von Verbrechen gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: Für sie ist Kolumbien eines der gefährlichsten Länder. Im neusten Report des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) wird neben den Todesopfern auch die systematische Nichteinhaltung der Arbeitsgesetze beklagt. Nach Angaben des kolumbianischen Arbeitsministeriums wurden zwischen 1971 und 2023 insgesamt 3323 Gewerkschaftsmitglieder ermordet, 39 von ihnen gehörten der Gewerkschaft Sinaltrainal an. Internationale Aufmerksamkeit erlangte der Fall des ehemaligen Nestlé-Arbeiters und Gewerkschaftsführers Luciano

## BLUTIGE GEWERKSCHAFTSGESCHICHTE

Der Tod von Medina reiht sich ein in eine lange Liste von Verbrechen gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: Für sie ist Kolumbien eines der gefährlichsten Länder. Im neusten Report des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) wird neben den Todesopfern auch die systematische Nichteinhaltung der Arbeitsgesetze beklagt. Nach Angaben des kolumbianischen Arbeitsministeriums wurden zwischen 1971 und 2023 insgesamt 3323 Gewerkschaftsmitglieder ermordet, 39 von ihnen gehörten der Gewerkschaft Sinaltrainal an. Internationale Aufmerksamkeit erlangte der Fall des ehemaligen Nestlé-Arbeiters und Gewerkschaftsführers Luciano

Romero. Er wurde 2005 entführt, gefoltert und ermordet, nachdem er zuvor mehrfach bedroht worden war. Der Fall führte wegen der Beteiligung von Nestlé-Managern auch zu einem juristischen Verfahren gegen Nestlé in der Schweiz. Die Klage gegen den damaligen Nestlé-Chef Peter Brabeck vor einem Zuger Gericht wurde jedoch aus formalen Gründen abgelehnt. Mit der Neuaufgabe der Konzernverantwortungsinitiative sollen die Haftungsregeln für Konzerne verschärft und damit auch Schadenersatzforderungen in der Schweiz möglich werden.

## BESUCH BEI NESTLÉ IN VEVEY

Carlos Soto ist in diesen Tagen als Teil der kolumbianischen Delegation an der 114. ILO-Konferenz in der Schweiz. Er nutzt die Gelegenheit, um auch den Hauptsitz von Nestlé in Vevey zu besuchen und dort die Forderungen der Gewerkschaft zu platzieren. Denn mit dem neuen Länder-CEO für Kolumbien und nach der Ankündigung des Abbaus von weltweit 16000 Stellen habe sich der Druck auf die 2000 Nestlé-Mitarbeitenden in Kolumbien weiter erhöht. Soto sagt: «In den vier kolumbianischen Nestlé-Werken wurden in den letzten zwei Jahren 230 Personen entlassen, darunter Kollegen mit Berufskrankheiten und solche, die kurz vor der Pensionierung stehen.» Die grosse Mehrheit dieser entlassenen Personen sind auch Mitglieder bei Sinaltrainal. Nestlé hat die Mitarbeitenden wegen Arbeitsunfähigkeit oder disziplinarischer Verfahren entlassen. Doch auch die zunehmende Automatisierung der Fabriken führt zu Entlassungen. Nestlé will zur Nummer eins der kolumbianischen Lebensmittelindustrie werden und investiert deshalb in neue Maschinen, aber nicht in bessere Arbeitsbedingungen.



Carlos Soto. FOTO: ISC

entlassen, darunter Kollegen mit Berufskrankheiten und solche, die kurz vor der Pensionierung stehen.» Die grosse Mehrheit dieser entlassenen Personen sind auch Mitglieder bei Sinaltrainal. Nestlé hat die Mitarbeitenden wegen Arbeitsunfähigkeit oder disziplinarischer Verfahren entlassen. Doch auch die zunehmende Automatisierung der Fabriken führt zu Entlassungen. Nestlé will zur Nummer eins der kolumbianischen Lebensmittelindustrie werden und investiert deshalb in neue Maschinen, aber nicht in bessere Arbeitsbedingungen.

## 340 KILOMETER ZU FUSS

Soto sagt: «Um mit Nestlé über einen neuen Kollektivvertrag verhandeln zu können, mussten wir eine Protestkampagne starten, bei der wir 340 Kilometer zu Fuss bis nach Bogotá marschierten.» Das war 2025. Unter Mitwirkung des kolumbianischen Arbeitsministeriums und der Schweizer Botschaft konnte ein Treffen mit dem Management von Nestlé stattfinden. Doch statt einen neuen Vertrag abzuschliessen, hat Nestlé lediglich die seit über 40 Jahren bestehende Vereinbarung verlängert. Soto sagt: «Nestlé legt diese Vereinbarung willkürlich aus, missachtet

viele der Abmachungen und führt die antigewerkschaftliche Politik fort.»

Soto sagt, Nestlé schreibe Sinaltrainal vor, welche Personen für Gewerkschaftsarbeit freigestellt werden dürften, verweigere die Freistellung für die Teilnahme an nationalen Versammlungen und verhindere den Zugang der Gewerkschaft zu den Fabriken. Ausserdem werde die Arbeit am Sonntag zunehmend die Regel, obwohl der Sonntag nur in gegenseitigem Einverständnis und in Ausnahmefällen ein Arbeitstag sein sollte. Auch die im neuen Arbeitsgesetz festgelegte Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden werde ignoriert. Soto sagt: «Wir wissen nicht, was diese Kampagne hier in Europa für unsere Sicherheit in Kolumbien bedeutet, aber wenn wir uns nicht gegen die Drohungen und die Repression wehren, wird es für Nestlé-Mitarbeitende weltweit nur noch schlimmer werden.»

Die Pressestelle von Nestlé schreibt auf Anfrage von work: «Wir respektieren das Recht unserer Mitarbeitenden, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen. Unsere Arbeitsbeziehungen beruhen auf offenem Dialog und der Achtung der Vereinigungsfreiheit. In Kolumbien sind 100% unserer operativen Belegschaft in insgesamt 13 aktiven Gewerkschaften organisiert. Das zeigt eine starke und vielfältige Arbeitnehmervertretung. Wir pflegen einen respektvollen und konstruktiven Austausch mit allen lokalen Arbeitnehmervertretungen, einschliesslich Sinaltrainal.»

## Forderung: Solidarität der Unia-Industrie

Die Unia-Delegiertenversammlung des Sektors Industrie hat am 12. Juni eine Resolution verabschiedet und unterstützt damit die Kampagne von Sinaltrainal für die grundlegenden Rechte von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die Delegierten fordern Nestlé auf, für die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte in Kolumbien zu sorgen, das Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nestlé zu schützen und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

**RIESENGEWINN.** Bei einem Umsatz von fast 90 Milliarden Franken machte Nestlé im letzten Jahr 9 Milliarden Franken Reingewinn. Das macht auf jeden der weltweit rund 276 000 Mitarbeitenden einen Gewinn von 32 000 Franken. Dennoch will der Konzern sparen und hat deshalb die Entlassung von weltweit 16 000 Mitarbeitenden bis 2027 angekündigt. (isc)

## Gewerkschaften in Portugal haben erfolgreich gestreikt Regierung knickt ein

Die rechte Minderheitsregierung ist am Parlament mit ihrer Arbeitsmarktreform gescheitert, da die ultrarechte Chega nicht Mehrheitsbeschafferin für die neoliberale Umgestaltung sein wollte.

RALF STRECK, DONOSTIA

Es ist ein Sieg der Gewerkschaften und der linken Kräfte in Portugal. Viele hatten zwar gehofft, dass die neoliberale Arbeitsmarktreform der Minderheitsregierung unter Luís Montenegro im Parlament scheitern würde, doch Zweifel daran waren gross. So hatte Isabel Pires,



**SIEGER EINES LANGEN KAMPFES:** Gewerkschafter Tiago Oliveira. FOTO: CGTP

ehemalige Abgeordnete des Linksblocks (BE), erwartet, dass die Reform mit den Stimmen aller rechten Parteien beschlossen werde. Als Begründung nannte sie gegenüber work, «dass der zweite Generalstreik am 3. Juni schwächer ausgefallen ist als der vorhergehende im Dezember».

Pires erwartete, dass «mehr Widerspruch» auf der Strasse nötig sein werde, um das Reformpaket «pacote laboral» mit Veränderungen an mehr als 100 Artikeln zu kippen. Das ist jetzt nicht mehr nötig, da das Parlament mit klarer Mehrheit die Reform gekippt hat. Die sah unter anderem die «Flexibilisierung» von Arbeitszeiten vor: Es sollten 50 statt 40 Arbeitsstunden pro Woche ohne Zuschläge möglich werden (work berichtete: [rebrand.ly/portugal-streikt](https://rebrand.ly/portugal-streikt)).

## ELF MONATE LANGER KAMPF

Dass der Generalstreik etwas schwächer ausfiel, war der Tatsache geschuldet, dass der zweitgrösste Gewerkschaftsdachverband UGT sich nicht erneut dem Aufruf des grossen, kommunistisch dominierten Dachverbands CGTP angeschlossen hatte. Die UGT, die den Sozialisten (PS) nahesteht, sah den Zeitpunkt für den zweiten Ausstand noch nicht gekommen. Da etliche UGT-Mitgliedsgewerkschaften trotz allem

**Das Resultat ist ein Sieg für die Beschäftigten.**

zum Streik aufriefen, fiel dieser dann deutlich stärker aus, als zunächst erwartet worden war. Das war der Schlüssel dafür, dass die Reform scheiterte.

Der Sieger des Kampfs, der sich über elf Monate hingezogen hatte, ist der CGTP-Generalsekretär Tiago Oliveira. Er hatte die Bewegung angeführt und vorangetrieben, die im vergangenen Oktober mit dem «Grossen Streik» gegen den Haushaltsentwurf der Regierung begann. Damit lief man sich für den ersten Generalstreik nach 12 Jahren im Dezember gegen die Arbeitsmarktreform warm. Oliveira hatte von einem «der grössten Angriffe gegen Beschäftigte» gesprochen.

Nur 100 von 230 Parlamentariern stimmten nun für die Arbeitsmarktreform. Die Regierung hatte auf die Stimmen der rechtsradikalen Chega-Partei gehofft, deren Abgeordnete verweigerten sich genauso wie die Parlamentarierinnen der linken Parteien.

Tiago Oliveira, Generalsekretär der Gewerkschaft CGTP, sieht in der Abstimmung eine «klare Niederlage» einer angeschlagenen Regierung und «einen Sieg» der Beschäftigten.

# Bevor Arbeitsunfälle die Freizeit vermiesen: Sprich Risiken an.

**Sprich über  
Gefahren.**

[suva.ch/  
kommunikation](https://suva.ch/kommunikation)

**Das Leben ist schön, solange nichts passiert.**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS  
[www.ekas.admin.ch](http://www.ekas.admin.ch)

**suva**

# work Sommerkrimi

**Teil 1**

## Heisser Schlitten

STEPHAN PÖRTNER

Ich dachte, das sei ein guter Job. Nicht grundsätzlich. Dafür fahre ich schon zu lange für einen dieser Dienste, die viel versprechen und wenig einhalten. Nein, ich meine diese Fahrt. Von einem schönen Einfamilienhaus einer Vorortsgemeinde in das Speiselokal weit draussen auf dem Land.

Der Gast, ein älterer Herr, etwas übergewichtig, hatte Mühe beim Einsteigen, aber er war so weit freundlich. Auf der Hinfahrt. Er erklärte mir, dass er jeden Donnerstag mit den alten Kollegen zum Mittagessen verabredet sei, aber weil man heute nichts mehr dürfe und ihm

**Ich bin Schweizer, sehe aber nicht aus wie der Geissenpeter.**

schon einmal der Ausweis für drei Monate entzogen worden sei, fahre er nicht mehr selbst. Früher sei er mit dem lokalen Taxiunternehmer

gefahren, den Besitzer habe er gekannt, aber seit ein Angestellter, ein Das-darf-man-auch-nicht-mehr-sagen, den Betrieb übernommen habe, habe der Service gelitten. Was der fürs Warten verlange, sei unverschämt.

**DER ALKOHOL.** Bei meinem Fahrdienst gab es keine Wartezeit, die Rückfahrt wurde erst vergeben, wenn sie geordert wurde. Darum blieb ich in der Nähe des Lokals, hier draussen gab es wenige Fahrer. Ich verlor zwar die Zeit, aber ich hatte keine Lust, in die Stadt zurückzukehren, wo die Leute gestresster waren und ich kaum eine so lange Fahrt bekommen würde. Auf die Stunde gerechnet, war es ein Hohn, aber es war besser als nichts. Als endlich der Auftrag auf der App erschien, nahm ich sofort an und stand kurz darauf vor dem Lokal. Der Gast kam heraus, begleitet von einer Service-Angestellten, die ihn stützte. Er hatte getrunken. Das sah und roch ich. Ich bekam es auch zu hören.

Ich bin Schweizer, wurde hier geboren und habe nie woanders gelebt. Aber mein Nachname, den er in der App sah, ist kein altes Schweizer Geschlecht, und ich sehe vielleicht aus wie jemand, der in der Schweizer Fussballnationalmannschaft spielt, aber nicht wie der Geissenpeter.

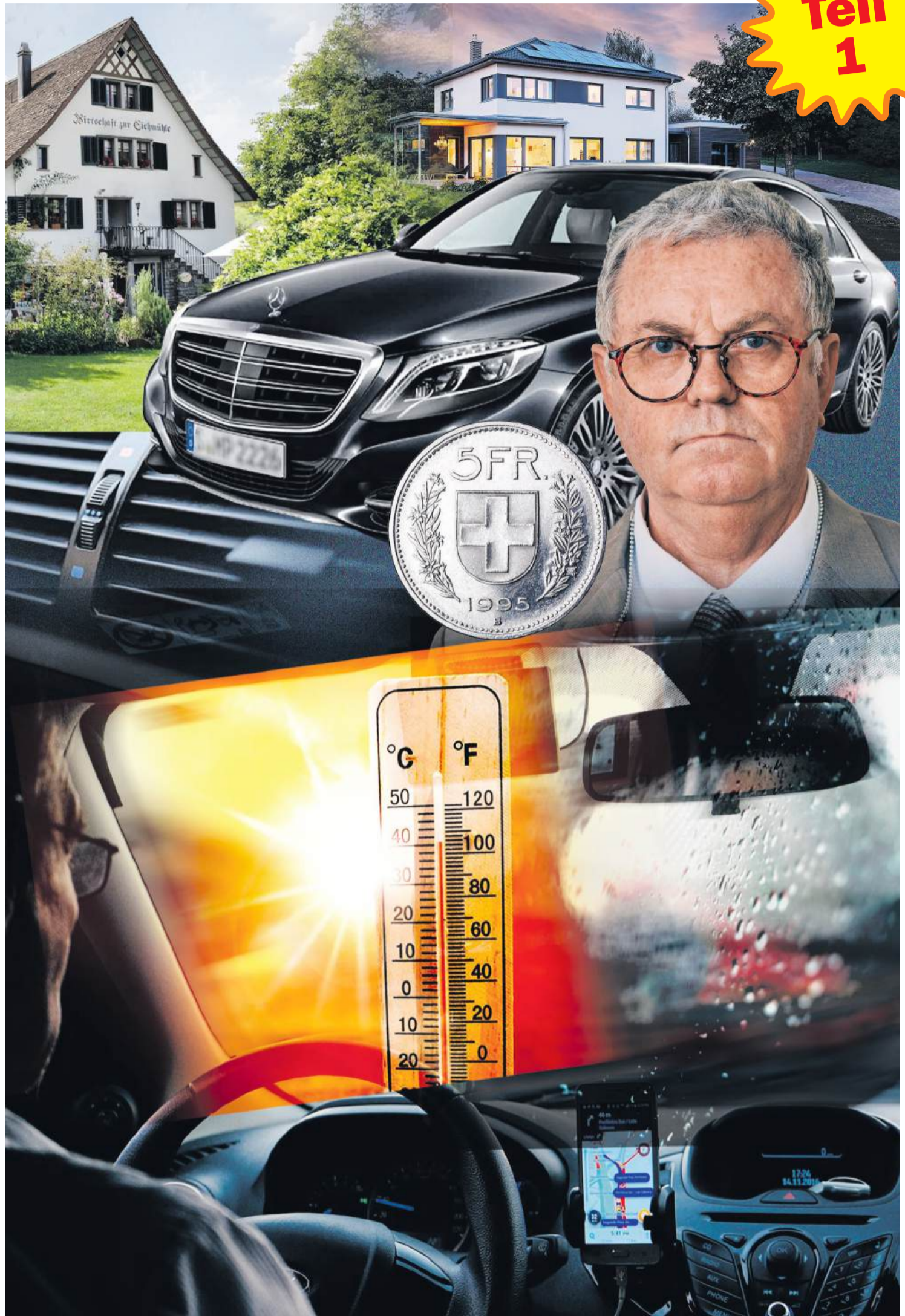
Gegen mich persönlich, erklärte der Gast, habe er nichts, ich sei anständig und arbeite. Aber er sei dann schon froh, wenn das Pack abfahren müsse, und falls es mich auch treffe, dann sei das eben Pech. Es ging um diese Abstimmung darüber, wer in der Schweiz bleiben darf und wer nicht. Es folgte eine längere Litanei darüber, wer nicht bleiben dürfe, und warum.

Ich war froh, als ich ihn endlich vor seinem Haus aussteigen lassen konnte. Er drückte mir noch ein Fünffrankenstück in die Hand, das er mühevoll aus seinem Portemonnaie klaubte.

**NETT BLEIBEN.** Ich bekam die Fahrt auch am folgenden Donnerstag. Weil ich schon in die Nähe der Adresse gefahren war, in dieser Gegend gab es nicht allzu viele Fahrer, und darum war ich der, dem der undurchsichtige Algorithmus den Auftrag anbot. Das Muster war dasselbe. Die Hinfahrt verlief zivilisiert, ein paar Klagen über den Zustand der Welt, die linke Stadtregierung, das Wetter.



**STEPHAN PÖRTNER (60)** lebt als Schriftsteller und Übersetzer in Zürich. Seine bisher sechs Kriminalromane um Jakob «Köbi» Robert erschienen im Krösus- und im Bilger-Verlag. Als Meister der kurzen Form schreibt Pörtner auch Kolumnen und Fortsetzungsromane.



Auf der Rückfahrt wurde geschimpft, es war heftig, sogar beleidigend und schwer zu ertragen. Aber hey, das ist der Job. Von uns wird erwartet, dass wir nett sind. Der Gast ist König.

Dann kam die dritte Fahrt, bei der er schon auf dem Hinweg schlecht gelaunt war. Die Abstimmung war verloren, worüber er sich furchtbar aufregte. Die Schweiz sei am Ende, auswandern würde er, denn ohne Zweifel würden die Ich-sage-es-eben-trotzdem das Land herunterwirtschaften. Richtig froh sei er, dass er das nicht mehr erleben müsse.

«Sag mal, warum ist es so heiss in deinem Auto?» unterbrach der Gast seine Tirade, die schlimmste bisher, auf dem Rückweg. Dass er mich duzte und ich ihn siezte, war selbstverständlich. «Die Klimaanlage ist bei diesen Temperaturen am Anschlag»,

erklärte ich. Dass ich nicht genug verdiente, um an meinem Auto alle nötigen Services und Reparaturen machen zu lassen, sagte ich nicht. Ich glaube nicht, dass ihn das interessiert hätte.

Eine Hitzewelle hatte das Land erfasst. Einerseits war das gut, weil die Leute lieber in einem klimatisierten Auto fahren, als zu Fuss zu gehen oder in den vollen öffentlichen Verkehrsmitteln zu hocken. Andererseits

verbrauchte es mehr Energie, wenn man die ganze Zeit mit voll aufgedrehter Klimaanlage fuhr, vor allem im Stadtverkehr. Zudem belastete es die Anlage. Meine funktionierte seit zwei Tagen nicht mehr richtig.

### Wie geht es weiter?

work geht in die Sommerpause, die nächste Ausgabe erscheint Ende August. Die Fortsetzung dieser Storys gibt es den ganzen Sommer auf:

**workzeitung.ch**



Der Gast schwärmte von seinem Auto. Einer Luxuslimousine, mit einer erstklassigen Klimaanlage, Getränkekühler in der Mittelkonsole und allem, was es brauche.

Weil ich ahnte, dass er mir nach dieser Fahrt eine schlechte Bewertung geben würde, so dass ich nicht mehr mit ihm gemacht würde, machte ich ihm einen Vorschlag.



**Das offene Ohr**  
Myriam Muff  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Krank nach der Kündigung: Arbeitgeberin macht Druck

Mitte Mai bekam ich von meiner Arbeitgeberin die Kündigung per Ende Juni. Ich bin im ersten Dienstjahr, und meine Kündigungsfrist beträgt einen Monat. Leider wurde ich kurz danach bis Mitte Juni krank. Darauf legte mir die Arbeitgeberin unter massivem Druck eine Aufhebungsvereinbarung vor, in der festgehalten wird, dass das Arbeitsverhältnis per Ende Juni abgerechnet und beendet wird. Dummerweise habe ich dem Druck nicht standgehalten und unterschrieben, anstatt mich über meine Rechte zu informieren. Inzwischen habe ich erfahren, dass sich meine Kündigungsfrist wegen meiner Krankheit verlängert hätte. Kann ich gegen die Aufhebungsvereinbarung vorgehen?

**MYRIAM MUFF:** Ja. Wenn Sie nach Kündigung seitens der Arbeitgeberin krank werden, steht die Kündigungsfrist



**KÜNDIGUNG ERHALTEN:** Diese Punkte sollten Sie beachten. FOTO: ADOBE STOCK

gemäss Art. 336c Obligationenrecht (OR) während der Krankheit still, maximal während einer bestimmten Sperrfrist. Diese hängt von der Anzahl Dienstjahre ab und beträgt im ersten Dienstjahr 30 Tage. Dies führt zu einer Verlängerung der Kündigungsfrist und letztlich dazu, dass Ihr Arbeitsvertrag erst Ende Juli enden würde. Wenn Arbeitnehmende jedoch selbst kündigen oder einen Aufhebungsvertrag unterzeichnen, kommt die Sperrfrist nicht zur Anwendung. Vorausgesetzt ist dabei jedoch, dass es sich bei der Aufhebungsvereinbarung um einen echten Vergleich handelt, der gleichwertige Zugeständnisse beider Parteien enthält. Das heisst: Die Ansprüche, auf die jede Partei verzichtet, müssen von vergleichbarer Wertigkeit sein. Ist dies nicht der Fall, wird das Gesetz verletzt. Demnach können Arbeitnehmende auf Forderungen, die sich auf zwingende Bestimmungen aus dem Gesetz oder aus einem Gesamtarbeitsvertrag ergeben, nicht verzichten. Die Zustimmung des Arbeitnehmers zur Vertragsauflösung muss zudem ohne jeglichen Druck erteilt werden, andernfalls handelt es sich um eine Umgehung des Kündigungsschutzes. Da in Ihrem Fall keine gleichwertigen Zugeständnisse für beide Parteien vorliegen (es profitiert einzig die Arbeitgeberin) und weil Sie die Aufhebungsvereinbarung zudem unter Druck unterschrieben haben, können Sie diese Vereinbarungen mit guten Erfolgchancen anfechten.

## Sonntagsarbeit: Gibt es mehr Lohn?

Kürzlich musste ich wegen eines dringenden Bedürfnisses im Betrieb Sonntagsarbeit von fünf Stunden machen. Dies kommt praktisch nie vor. Bekomme ich dafür mehr Lohn? Und kann ich einen Ersatzruhetag beziehen?

**MYRIAM MUFF:** Ja und nein: Sie haben Anspruch auf einen Lohnzuschlag von 50 Prozent, nicht aber auf einen ganzen Ersatzruhetag. Gemäss Arbeitsgesetz und der dazugehörigen Verordnung 1 haben Sie für die gearbeiteten fünf Stunden am Sonntag dann Anspruch auf Lohnzuschlag von 50 Prozent, wenn Sie «vorübergehende» Sonntagsarbeit machen. Dies ist bei höchstens 6 Sonntagen pro Jahr der Fall. Einen ganzen Ersatzruhetag erhalten Sie nur, wenn Sie am Sonntag mehr als fünf Stunden arbeiten, während Sonntagsarbeit von einer Dauer bis zu fünf Stunden mit Freizeit gleicher Dauer auszugleichen ist.

Lehrstellensuche: Berufsberaterin Marianne Rust über gefragte Berufe,

# «Das Motivationsschreiben ist am Verschwinden»

**Wie informieren sich Jugendliche heute über Berufe, und was hat sich in den letzten Jahren am Bewerbungsprozess verändert? Das verrät Marianne Rust, Berufs- und Laufbahnberaterin beim BIZ Bern.**

MARIA KÜNZLI

**work:** Frau Rust, welches sind die grössten Herausforderungen, mit denen Jugendliche zu Ihnen in die Beratung kommen?

**Marianne Rust:** Das hängt vom Alter und von der Jahreszeit ab. Jetzt, zwischen Frühlings- und Sommerferien, kommen Neuntklässlerinnen und Neuntklässler, die noch keine Lehrstelle gefunden haben. Die allermeisten wurden von ihren Lehrpersonen bereits für ein Brückenangebot angemeldet. Doch einige würden lieber im Sommer mit der Ausbildung beginnen, als noch ein weiteres Jahr zur Schule zu gehen. Wir versuchen dann gemeinsam herauszufinden, warum es bisher nicht geklappt hat. Sind die Bewerbungsunterlagen unvollständig? Haben sie sich Stellen ausgesucht, für die sie die schulischen Anforderungen nicht erfüllen? Die Herausforderung ist, trotz Zeitdruck eine Lehrstelle zu finden, die ihnen auch gefällt. Jüngere Schülerinnen und Schüler kommen oft zu uns, weil sie noch keinen Berufswunsch haben. Dann schauen wir mit ihnen, wo ihre Stärken und Interessen liegen und welche Berufe dazu passen könnten. Die Herausforderung hierbei ist es, sie zu ermutigen, möglichst breit zu suchen und auch in Berufe reinzuschupfern, die sie sich im ersten Moment vielleicht nicht vorstellen können.



Marianne Rust.

**Wie informieren sich Digital Natives heute über Berufe? Natürlich ist Social Media für Ju-**

gendliche eine wichtige Informationsquelle geworden, aber nicht die einzige. Sie informieren sich über das Portal [berufsberatung.ch](http://berufsberatung.ch) oder über [lehrberufe-live.ch](http://lehrberufe-live.ch). Hier berichten Lernende in kurzen interaktiven Videos aus ihrem Alltag. Auch Berufsverbände stellen ihre Berufe vor, in den letzten Jahren vermehrt auch via Instagram und Tiktok. Daneben sind Veranstaltungen wie etwa Berufsmessen oder die Berufsmeisterschaften Swiss Skills beliebte Möglichkeiten, um live vor Ort zu erfahren, was zum Beispiel eine Netzelektrikerin macht. Und nicht zuletzt sind für junge Menschen der Freundeskreis sowie die Familie immer noch wichtige Informationsquellen.

**Was hat sich in den letzten Jahren verändert, was den Bewerbungsprozess betrifft?** Da gibt es grosse Unterschiede je nach Branche und Firma. Es gibt Betriebe, die den Bewerbungsprozess immer etwa gleich gestalten. Bei einigen Grossunternehmen wie zum Beispiel der Swiscom ist es heute üblich, dem eigentlichen Bewerbungsprozess ein Online-Bewerbungsvideo vorzuschalten. Die Jugendlichen bekommen drei, vier Fragen zugeschickt, die sie online beantworten müssen. Generell sind Motivationsschreiben eher am Verschwinden. Manche Unternehmen, gerade im Bereich Mediamatik, verlangen stattdessen ebenfalls ein Video, in dem sich die Jugendlichen vorstellen und ihre Motivation beschreiben sollen.

**Haben Sie konkrete Tipps für Jugendliche, die zum ersten Mal ein solches Video aufnehmen?** Begeisterung und Authentizität sind wichtiger als ein perfekter Auftritt. Zeige deine Motivation und erkläre, warum dich der Beruf und dieser Lehrbetrieb interessieren. Natürlich und frei zu sprechen ist besser, als einen Text auswendig zu lernen. Gute Rahmenbedingungen machen viel aus: Ein ruhiger Ort, ein klares Bild und ein gut hörbarer Ton hinterlassen einen professionellen Eindruck.

**Welche Berufsfelder haben derzeit besonders viele offene Lehrstellen?**



**WORKTIPP**

## SCHNUPPERPLATZ GESUCHT?

Wer einen Beruf kennenlernen möchte, findet auf der Website [berufsberatung.ch](http://berufsberatung.ch) Adressen von Betrieben, die angefragt werden können, ob eine Schnupperlehre gerade möglich ist. Konkrete Angebote von Unternehmen gibt es auf [yousty.ch](http://yousty.ch). Auf beiden Portalen finden Interessierte zudem hilfreiche Tipps rund um die Suche, die Bewerbung und das Schnupperpraktikum. Auch das persönliche Umfeld – Eltern, Verwandte, Nachbarn – kann mit persönlichen Beziehungen helfen, einen Platz zu organisieren. (mk)

Es gibt keine Regel ohne Ausnahme, ich kann nur von Tendenzen sprechen. Aber traditionellerweise gibt es in gewissen Bereichen der Pflege, in Berufen rund um das Thema Gebäudetechnik sowie im handwerklichen Bereich viele freie Lehrstellen. Auch im Detailhandel werden oft noch Lernende gesucht, ausser in Sportgeschäften oder im Bereich Consumer Electronics – Bereiche, die bei Jugendlichen sehr beliebt sind.

**Und wo ist der Wettbewerb besonders hart?**

Lehrstellen für Hochbauzeichnerinnen und Hochbauzeichner sind umkämpft, und die Architekturbüros vergeben ihre Ausbildungsplätze in der Regel sehr früh. Hier sind die Schnupperlehrer oft bereits Teil des Bewerbungsprozesses und werden für die Vorselektion genutzt. Diese Stellen werden erfahrungsgemäss häufig schon Anfang der neunten Klasse vergeben. Stark gefragt ist auch der Grafikberuf, hier verlangen die Lehrbetriebe meistens, dass die Bewerberinnen den gestalterischen Vorkurs absolviert haben. Weitere «Traumjobs» von Jugendlichen sind KV-Stellen, Mediamatikerin, Informatiker, Interactive Media Designer und auch Fachfrau oder

Bewerbungsvideos und Schnupperlehrer

**BIZ**

## ANGEBOTE FÜR ALLE

In jedem Kanton der Schweiz gibt es eine öffentliche Berufs-, Studien und Laufbahnberatung – so schreibt es das Berufsbildungsgesetz vor. In den Berufsinformationszentren (BIZ) können sich Jugendliche und Erwachsene über Berufe, berufsergänzende Kurse, Weiterbildungen und Studiengänge informieren. Die BIZ bieten Infotheken mit Broschüren, Berufsportraits und Onlineinformationen sowie persönliche Kurzberatungen an und arbeiten mit Institutionen wie Volkshochschulen, Berufsfachschulen, RAV und IV.

**GLEICHE CHANCEN.** Dabei orientieren sich die BIZ an der nationalen Strategie für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB), die von der EDK 2021 verabschiedet wurde. Das Hauptziel: die Chancengerechtigkeit der Bevölkerung in Ausbildung und Erwerbsleben zu erhöhen. «Die Dienstleistungen werden laufend an gesellschaftliche Entwicklungen und die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden angepasst. Einschneidend in den letzten Jahren waren etwa Corona, der Ukrainekrieg und KI», sagt Shirley Barnes, Leiterin des Geschäftsbereichs Berufs- und Studienwahl bei den BIZ Kanton Bern. «Während der Coronapandemie wurden zahlreiche Angebote digitalisiert, von denen viele bis heute ergänzend zu den persönlichen Beratungen bestehen. Nach Beginn des Ukrainekriegs wurden Informationsveranstaltungen zum Schweizer Bildungssystem angeboten und Informationsmittel ins Ukrainische übersetzt. Im Bereich KI setzen sich die BIZ aktiv damit auseinander, wie diese die Beratungsarbeit sowie die Laufbahngestaltung von Kundinnen sinnvoll unterstützen kann.» (mk)

**Fachmann Gesundheit.** Diese Hitliste ist seit Jahren konstant.

**Wie reagieren Sie, wenn die Vorstellungen von Kind und Eltern zur beruflichen Zukunft auseinanderdriften?** Ich versuche, die jugendliche Person in den Beratungen möglichst oft zu Wort kommen zu lassen. Dann sage ich zum Beispiel: «Deine Mutter hat das und das vorgeschlagen, was denkst du darüber?» Es ist dabei wichtig, dass Eltern und Kind zu einer echten Kommunikation finden, in der sie sich gegenseitig zuhören. Oft hilft es, die Spannung, die in der Luft liegt, direkt anzusprechen.

**Gibt es etwas, das Sie Betrieben mit auf den Weg geben**

**möchten, was den Bewerbungsprozess betrifft?** Es gibt zwei Arten von Schnupperlehrern: jene, in denen es darum geht, einen Beruf kennenzulernen, und jene, die bereits Teil des Bewerbungsprozesses sind und der Vorselektion dienen. Es wäre hilfreich, wenn mehr Betriebe Jugendlichen ermöglichen würden, zu schnuppern, ohne sich gleich bewerben zu müssen. Es ist mir bewusst, dass das aufwendig und zeintensiv ist. Aber für Jugendliche ist es wichtig, einen Beruf ausprobieren zu können, ohne sich gleich in einer Bewerbungssituation zu befinden. Sie lernen dabei viel über sich selbst und können aus den Feedbacks wertvolle Erkenntnisse gewinnen.

**SCHNUPPERN Hilft:** Die Berufsberaterin sagt, es sei wichtig, dass Jugendliche Berufe ausprobieren könnten. FOTO: VECTEZY



**ORTANO MARE:** Der malerische Ferienort auf der italienischen Insel Elba ist ideal für Badeferien, von hier aus lassen sich aber auch viele Ausflüge machen. FOTOS: REKA

## Reka bietet Ferien für alle an – Ferien für jedes

**Die nächsten Ferien schon geplant? Wenn nicht, lohnt sich ein Blick auf die Reka-Angebote. Denn als Unia-Mitglied profitieren Sie von Rabatten.**

MARIA KÜNZLI

Wer Mitglied der Unia ist, bekommt 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen im In- und Ausland. Geben Sie bei der Onlinebuchung Ihre Mitgliedernummer an, anschliessend zieht Reka den Rabatt automatisch ab. Familien und Alleinerziehende mit bescheidenem Einkommen können für 200 Franken eine Woche in einer Reka-Ferienwohnung in der Schweiz verbringen (Infos: [rebrand.ly/unia-vorteile](http://rebrand.ly/unia-vorteile)). Ferien sind also auch für kleinere Budgets möglich. Ein paar Inspira-

tionen für Auszeiten im In- und Ausland:

**FERIEN MIT BIKE.** Elf Reka-Anlagen sind zertifizierte Swiss Bike Hotels. Da wäre zum Beispiel die kürzlich renovierte Ferienanlage in Madulain GR. Hier gibt es Ruhe, typische Engadinerhäuser und eine beeindruckende Bergwelt, die sich wandernd oder bikend erkunden lässt. Das Ferienhaus bietet 16 Zwei- bis Vier-Zimmer-Wohnungen. Velos können auch vor



Madulain GR.

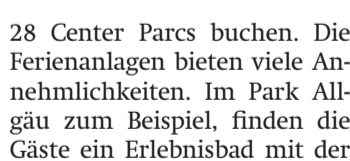
ckende Bergwelt, die sich wandernd oder bikend erkunden lässt. Das Ferienhaus bietet 16 Zwei- bis Vier-Zimmer-Wohnungen. Velos können auch vor

## Unia-Mitglieder profitieren von einem Spezialrabatt Budget und alle Vorlieben

Ort gemietet werden. Mehr Infos: [rebrand.ly/reka-madulain](http://rebrand.ly/reka-madulain).

**FERIEN MIT MEERESBRISSE.** Wen es ans Meer zieht, der findet unter anderem in Italien, Frankreich, Spanien, Kroatien und den Niederlanden Reka-Angebote. Neu hinzugekommen ist die Ferienanlage Ortano Mare auf Elba. Dank dem flach abfallenden privaten Strand kommen auch Familien auf ihre Kosten, die Lage bietet sich aber auch für Ausflüge an. Es gibt hier 119 Hotelzimmer, 100 zweckmässige und 8 Deluxe-Ferienwohnungen. Zur Anlage gehören eine Poollandschaft und Sportmöglichkeiten. Mehr Infos: [rebrand.ly/reka-ortanomare](http://rebrand.ly/reka-ortanomare).

**FERIEN MIT SPASS-FAKTOR.** Über Reka können Familien in



Park Allgäu (D).

längsten Rutsche aller Parks, einen Hochseilpark und einen grossen Wellnessbereich. Daneben gibt es sechs verschiedene Restaurants und Ferienhäuser für bis zu zwölf Personen. Mehr Infos: [rebrand.ly/reka-allgaeu](http://rebrand.ly/reka-allgaeu).

**FERIEN OHNE HINDERNIS.** Menschen mit Rollstuhl oder Geh-

hilfe sind auf barrierefreie Hotels angewiesen. Elf Schweizer Reka-Unterkünfte – darunter die Reka-Ferienhäuser Bergün, Disentis und Lugano-Albano – bieten barrierefreie Zimmer und Ferienwohnungen an. In der Toscana nimmt das Ferienresort Golfo del Sole in Folonica eine Vorreiterrolle ein. Hier gibt es modern ausgebaut



Golfo del Sole (I).

barrierefreie Ferienwohnungen, Bungalows und Hotelzimmer direkt am Meer. Mehr Infos: [rebrand.ly/reka-golfodelsole](http://rebrand.ly/reka-golfodelsole).

**SPECIALS**

## SCHNÄPPCHEN-FANS

Wer doppelt sparen möchte, hält sich an die Spezialangebote von Reka: Es gibt Frühbucherrabatte, Spezialangebote Festivals und Events, Kurztrips im Frühling mit Rabatt, Specials «4 für 3» und «7 für 6» sowie attraktive Last-Minute-Schnäppchen. Regelmässig auf der Seite vorbeizuschauen lohnt sich, laufend werden neue Angebote aufgeschaltet. Direkt zu den Spezialangeboten: [rebrand.ly/reka-spezialangebote](http://rebrand.ly/reka-spezialangebote) (mk)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**FÜR KREATIVE:** Wir haben verschiedene Kamera-Apps getestet. FOTO: ADOBE

## Kamera-Apps: So gelingen bessere Handy-Fotos

Die vorinstallierten Kamera-Apps auf Handys eignen sich gut für Schnappschüsse. Mit zusätzlichen Apps lassen sich aber weit bessere Fotos aufnehmen und Bilder kreativer gestalten. Zum Beispiel:

**PROSHOT (IPHONE, ANDROID):** Mit dieser Foto- und Video-App lassen sich Profi-Einstellungen wie Belichtung, Verschlusszeit oder der ISO-Wert schnell anpassen. Durch Tippen auf einen Bildbereich lässt sich separat festlegen, welcher Bereich gut belichtet und welcher scharf sein soll. Praktisch ist die Fokus-Funktion: Scharfe Kanten im Bild werden farbig leuchtend dargestellt. Die Belichtung lässt sich auf über 60 Sekunden einstellen. Etwas Einarbeitung nötig. Mit Hilfefunktion. Preis: Fr. 7.– (iPhone), Fr. 7.20 (Android).

**BLACKMAGIC CAMERA (IPHONE, ANDROID):** Videokamera mit Profi-Einstellungsmöglichkeiten. Mit dem Finger kann man Bildstabilisator, Verschlusszeit, Bildwiederholungsrate, ISO-Wert und Weissabgleich anpassen. Auch Farbfilter lassen sich hinzufügen. Einige Einarbeitung nötig, leider keine Hilfefunktion. Preis: kostenlos. Hinweis: Funktioniert nicht auf allen Android-Handys.

**PHOTOPILLS (IPHONE, ANDROID):** Mit der App kann man den Sonnen- oder Mondstand zu verschiedenen Zeiten direkt im Kamerabild einblenden. So sieht man auf einen Blick, wann Sonne oder Mond am gewünschten Punkt am Himmel stehen. Preis: Fr. 11.–.

**SLOW SHUTTER CAM (IPHONE):** Die App simuliert den Effekt von Langzeitbelichtungen. Mit der Funktion «Light Trail» lassen sich Lichtstreifen von bewegten Lichtern erstellen – zum Beispiel von fahrenden Autos. Mit «Motion Blur» verschwimmen Objekte in Bewegung und verschwinden letztlich ganz. Preis: Fr. 3.–. MARC MAIR-NOACK

## App-Tipp für Vogelfreunde Wer zwitschert da?

**Die kostenlose Vogelbestimmungs-App «Merlin Bird ID» erkennt Vogelarten schnell und einfach – der ideale Begleiter für einen Waldspaziergang.**

Dieses süsse Gezwitscher! Hoch und singend, irgendwie lieblich. Doch wer funkelt da zwischen, das muss eine Krähe sein. Oder doch nicht? Wer sich nicht auf sein Vogelwissen verlassen kann, hat mit der App «Merlin Bird ID» einen Helfer auf dem Smartphone. Einfach die Vogelstimme aufnehmen, und schon ist klar: Buchfink und Aaskrähne singen hier gerade um die Wette.

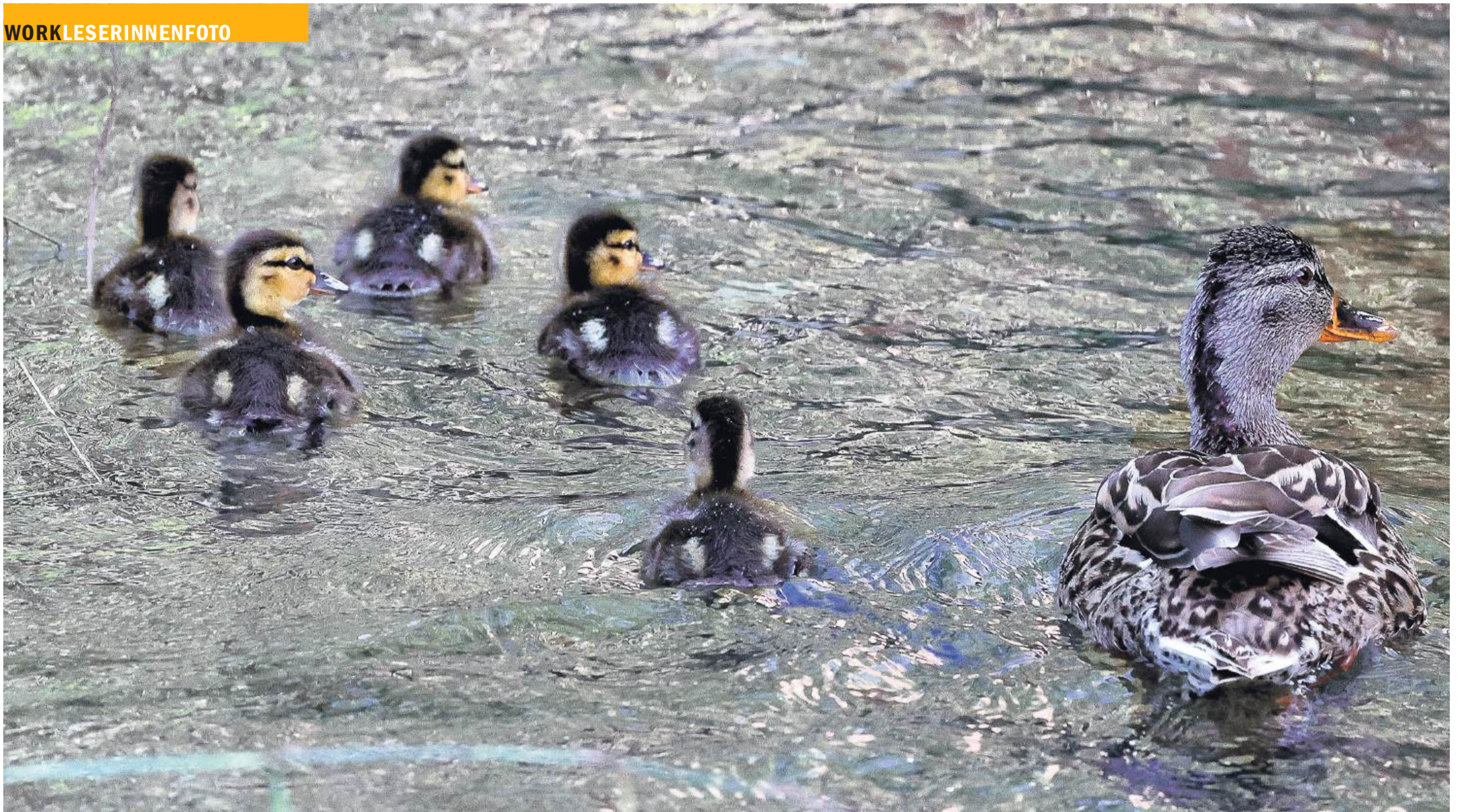


**TON UND BILD.** Die App basiert auf «eBird», der weltweit grös-

sten Datenbank für Vogelbeobachtungen, -laute und -fotos. Die Bestimmung kann neben der Aufnahme, die Gesänge in Echtzeit erkennt, auch über Fotos erfolgen. Die App zeigt zudem an, welche Vögel in der Region zu Hause sind. Insgesamt deckt das Tool Informationen zu über 10000 Arten weltweit ab. Wer durch den durchdringenden, das hiesigen Wald spaziert, kann die Aufnahme einfach mal starten und sehen, wie sich die Liste der erkannten Vogelarten nach und nach füllt, schon nach kurzer Zeit lassen sich so gut und gerne zehn Arten identifizieren. Hinter der App steht das Cornell Lab of Ornithology, eine Institution der Cornell University. Vogelbeobachtungen tragen mit ihren Meldungen zur Verbesserung der Erkennung bei. (mk)



**WORKLESERINNENFOTO**



**Die Abkühlung tut allen gut**

**WANN** 6. Juni 2026  
**WO** Helliikon AG  
**WAS** Entenmama ist mit dem Nachwuchs im Dorfbach unterwegs  
 Eingesandt von Ellen Thalia Nellen

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



Extreme Hitze auf dem Bau

**«Wenn nötig, setzen wir die Schutzmassnahmen zusammen mit den Bauleuten durch»**

**WORKZEITUNG.CH / 17. 6. 2026:**  
**EXTREME HITZE AUF DEM BAU**

**Hitzefrei!**

Und warum gibt es kein Hitzefrei? Die paar Tage im Jahr, die es betrifft, könnte man ja einfach um 12 Uhr Feierabend machen. Ich denke, die paar Franken sollten wirklich kein Problem sein. Es ist für die Angestellten und ihre Gesundheit!

JAEROBIX, VIA INSTAGRAM

**Die Vernunft ist weg**

Antwort auf Jaerobix: Die Gesundheit der Angestellten interessiert leider nicht. Die paar Franken hingegen sehr. Das ist leider die Realität, und es ist richtig sch\*\*\*. Ich stimme dir voll zu, und es macht mich traurig, dass die Menschheit kollektiv die Vernunft verloren hat. Einem Bauern im Mittelalter wäre es nicht im Traum in den Sinn gekommen, in dieser Gluthitze draussen zu arbeiten.

PARSLEY XX, VIA INSTAGRAM

**Zu viel Druck**

Allgemein muss das mit diesem riesigen Druck einfach aufhören. Immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter «brennen aus», ob im Büro oder auf der Baustelle. Es kann einfach nicht mehr so weitergehen. Mal ganz ehrlich: Wie schlimm ist es, wenn eine Baustelle sechs Monate früher oder später fertig ist? In den meisten Fällen entsteht der Druck, weil es einfach so Usus ist, und nicht, weil es wirklich nötig wäre. Mit mehr Zeit könnte man besser planen, kritische Stellen besser überprüfen und allgemein eine bessere Arbeit verrichten.

SOFIA98, VIA INSTAGRAM

**Gierige Bosse**

Wir chrampfen uns in der Schweiz mit den allerhöchsten Arbeitszeiten dieser Welt bei dieser Hitze die Lunge aus dem Ranzen und sind trotzdem NIE, NIE wettbewerbsfähig aus der Sicht unserer gierigen Bosse in Bundesbern. Dem Hitzetod ist dies letztlich egal!

HANS PETER SAEGESSER, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 8 / 11. 6. 2026:**  
**TEILZEITARBEIT: WER WILL, WER KANN - UND WER MUSS**

**Viele werden diskriminiert**

Im «work» sticht zum Thema «Teilzeitarbeit» vor allem eine Kennzahl hervor: «254 000 Teilzeiterwerbstätige hätten gerne ein höheres Pensum. Frauen sind knapp dreimal häufiger betroffen als Männer.» Jede siebte Arbeitskraft strebt vergeblich ein höheres Arbeitspensum an. Unterbeschäftigung ist seit 15 Jahren ansteigend. Einer der wichtigsten Gründe, weshalb Firmen die Arbeitspensum kleinhalten, ist die Pensionskassen-Eintrittsschwelle, die bei 22 680 Franken Bruttolohn pro Jahr liegt. Nur wenn der Jahreslohn der Beschäftigten bei einem Arbeitgeber diesen Wert übersteigt, muss dieser Beiträge an die berufliche Vorsorge leisten. Also sind insbesondere Gastgewerbe und Reinigungsbranche darauf bedacht, ein Arbeitspensum ja nicht über diesen Schwellenwert anzuheben. Seit der Abschaffung des Saisonierstatuts ist das die grösste Diskriminierung in der Arbeitswelt – plus der sogenannte Koordinationsabzug, der die kleinen Einkommen in der zweiten Säule massiv benachteiligt. Bis jetzt haben die Gewerkschaften auf diese skandalöse Benachteiligung leider keine Antwort.

CHRISTOPH LIPS, ZÜRICH

**Weitere Informationen dazu:**  
 Soziale Sicherheit CHSS, «Unfreiwillig in der Teilzeit», 30. Juni 2026, Newsletter des Bundesamts für Sozialversicherungen.

**WORKZEITUNG.CH / 17. 6. 2026:**  
**SVP, FDP UND GLP VERHINDERN SOZIALE AHV-FINANZIERUNG**

**Empfehlung für die Wahlen**

Die Nationalrätinnen und Nationalräte, die Nein dazu gesagt haben, sollten namentlich und mit ihrer Parteizugehörigkeit erwähnt werden. Damit die Wählerinnen und Wähler für die Parlamentswahlen im Herbst 2027 wissen, wen Sie dann nicht mehr wählen sollten!

SAMUEL SIEGRIST, VIA FACEBOOK

**WORKZEITUNG.CH / 22. 6. 2026:**  
**NEUER GAV MIT FRÜHPENSIONIERUNG FÜR PLATTENLEGER**

**Verdient**

Danke, Unia! Wer lebenslang wie Plattenlegerinnen und Plattenleger auf Baustellen hart arbeitet und schön in die Altersvorsorge einzahlt, hat es verdient, mit 62 Jahren in Frühpensionierung zu gehen.

DANIEL 56, VIA INSTAGRAM

**Endlich**

Dieser Job geht in die Knochen. Mein Kollege arbeitet als Plattenleger, und ich kenne seine körperlichen Leiden. Ich habe nie verstanden, wieso diese Bauleute keine Frühpensionierung hatten.

DORIS WENGER, PER E-MAIL

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work@redaktion.ch](mailto:work@redaktion.ch) Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Als Lichttechnikerin sorgt **Alina Moser** hinter dem Mischpult dafür, dass andere glänzen

# «Ist das dein Hobby oder Praktikum?»

**Früher baute Alina Moser als «Stage Hand» Bühnen auf und ab. Heute sorgt die Lichttechnikerin hinter dem Mischpult dafür, dass Bands auf der Bühne glänzen. Mit dem Verein «Changeover» setzt sie sich für mehr Vielfalt und weniger Sexismus in der Veranstaltungsbranche ein.**

SARAH FORRER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Bei einem Konzert blicken alle nach vorne. Auf die Sängerin. Die Band. Die Bildschirme am Bühnenrand. Kaum jemand schaut zur Front of House, die mitten im Publikum steht. Von dort aus steuert Alina Moser das Licht. Die Technikerin entscheidet, wann sich eine Bühne verdüstert, wann sie explodiert und wohin die Blicke der Massen entlang den Spotlights wandern. Ab dem ersten Takt ist sie hochkonzentriert. Sechzig Minuten lang Adrenalin. «Das sind meine Lieblingsmomente», sagt sie. Zu sehen, wie alles zusammenspielt und der Funke aufs Publikum überspringt. Auf diese Minuten arbeitet die 32jährige tagelang, manchmal wochenlang hin.

Gelingt die Show, nimmt von der Bernerin kaum jemand Notiz. Das passt zu ihr: «Ich stehe nicht gerne im Rampenlicht. Mir gefällt die Arbeit im Hintergrund.» Das gilt auch für ihren Auftritt im Internet. Wer sie googelt, findet keine Homepage, keine Verlinkungen, keine schön gepflegten Social-Media-Kanäle. Dabei arbeitet Alina Moser mit Grössen wie Dino Brandão, Crimer, Elie Zoé oder Sophie Hunger zusammen.

**STAGE HAND.** Den Weg in die Konzert- und Festivalwelt fand sie durch Zufall. Nach dem Gymnasium zog Alina Moser nach Bern. Sie lebte in besetzten Häusern und auf Wagenplätzen, zimmerte, hämmerte und gestaltete Räume mit – mit viel Eigenverantwortung und Raum. Neues auszuprobieren. «Zeit zu haben, Interessen und Begabungen zu entdecken und zu bemerken, was mir wichtig ist – das war mein grosses Privileg.»

Mit zwanzig Jahren heuerte sie als Stage Hand an. Diese sind das unsichtbare Herz jedes Events: Sie bauen Bühnen auf, sorgen für die technischen Einrichtungen und Umbauten während des Festivalbetriebs. Ganze Sommer verbrachte sie auf Open Airs wie Gurten, Gampel oder am Argovia-Fäscht. Direkt im Geschehen, umgeben von wummernden Bässen und feiernden Massen. Der Schlaf-, Ruhe- und Wartplatz: unter der Bühne. Immer auf Abruf. Auf den nächsten Auftrag, auf den nächsten «Changeover» – jene Minuten zwischen zwei Konzerten, wenn auf der Bühne plötzlich alles gleichzeitig passiert. Im Publikum wird noch geklatscht und die Band verabschiedet. Gleichzeitig werden Instrumente weggerollt, Spots eingerichtet, Kabel umgesteckt. «Ohne Teamwork und gute Kommunikation läuft nichts. Alles muss on point

sein. Mega stressig, mega cool», erinnert sich Moser lachend.

**SELBSTÄNDIGKEIT.** Gleichzeitig machte sie im hauseigenen Konzertkeller die ersten Versuche mit der Beleuchtung. Das meiste brachte sie sich selbst bei: das Verkabeln, das Mischpult, die Wirkung der unterschiedlichen Lampen. Und natürlich das Spiel mit Effekten, Farbe und Bildern.

Erste Aufträge folgten. Grössere Bühnen auch. 2019 machte sie sich selbstständig. Zuerst war sie bei den Konzerthäusern unter Vertrag. Heute arbeitet sie vorwiegend direkt mit den Künstlerinnen und Künstlern zusammen, begleitet ganze Touren und entwickelt Lichtkonzepte für ihre Shows. Aktiv Werbung machen muss Alina Moser nicht. Im Gegenteil: Oft lehnt sie Anfragen ab. «Es ist schön, dass ich mir die Menschen aussuchen kann, mit denen ich zusammenarbeiten will», sagt sie.

Für einen Auftritt erhält sie zwischen 350 und 600 Franken. «Die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Projekte sind sehr unterschiedlich. Ich muss jeweils selbst entscheiden: passt das Budget oder ist es zu sehr an der Schmerzengrenze?» Etwas finanzielle Sicherheit gibt ihr ein 30-Prozent-Pensum im Schlachthaus Theater Bern. Dort verdient sie gut 1500 Franken brutto. Trotz finanziellen Unsicherheiten – die Vorteile überwiegen: «Ich schätze es sehr, meinen Alltag flexibel gestalten zu können, mag die Abwechslung, das Unterwegssein und die vielen Überraschungen.»

**SEXISMUSPROBLEM.** Sosehr Alina Moser ihren Job liebt, einfach ist er nicht. «In der männlich dominierten Veranstaltungsbranche ist das Sexismusproblem der Gesellschaft omnipräsent.» In vielen Köpfen

sei die Technikperson – egal ob Licht oder Ton – noch immer männlich, weiss und meist heteronormativ. Wer anders ist, muss sich dagegen behaupten. «Es gibt super Orte, die Sicherheit bieten und hinschauen, wenn Diskriminierung passiert.» Dazu zählt sie auch das Schlachthaus Theater. Trotzdem gehört Belächeltwerden für Alina Moser oft zum Grundrauschen. Unterschätzt werden auch. «Ist das dein Hobby, oder machst du hier ein Praktikum?» sind die harmlosesten Sprüche. Von blöden und anzügliche Bemerkungen bis hin zu körperlichen Übergriffen haben sie und ihre Arbeitskolleginnen alles schon erlebt.

Gemeinsam mit anderen Technikerinnen gründete sie deshalb vor zwei Jahren

«Changeover». Der Verein will die Veranstaltungsbranche für alle Menschen zugänglich machen. In Workshops lernen Frauen, nonbinäre, trans und agender Personen die technischen Grundlagen. Daneben vermittelt der Verein Praktika und Kontakte in die Branche. «Die Nachfrage ist gross – ein trauriges Zeichen dafür, dass wir nötig sind», sagt Alina Moser.

Ihr Ziel ist einfach: Wer sich für Technik interessiert, soll sich diese zutrauen. Unabhängig von Geschlecht oder Identität. Dafür braucht es neue Vorbilder. Menschen, die zeigen, wer heute am Mischpult steht, Licht macht oder eine Bühne aufbaut. Alina Moser: «Es gibt noch viel zu tun. Aber wir sind da, und wir werden viele!»



## ALINA MOSER EIN HOBBY MIT LUFT NACH OBEN

«In meiner Freizeit verbringe ich am liebsten Zeit mit den Menschen, die mir wichtig sind. Das ist das beste Hobby», sagt Alina Moser. Lange reichte ihr das vollkommen. «Ich erlebe in meinem Alltag so viel Action, da braucht es gar nicht viel daneben.» Vor einiger Zeit fand sie dennoch, dass es Zeit für ein richtiges Hobby sei. Sie suchte und fand «Billard spielen!» – was nicht nur sie, sondern auch ihr Freundeskreis feiert.

**PRAXIS.** Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen: Ein Queue steht zu Hause. Gutscheine liegen bereit. Und an Mitspielerinnen mangelt es nicht. Was noch fehlt, ist die Praxis. Bisher hat Alina Moser genau zweimal gespielt. «Aus Gründen», sagt sie und lacht. Immerhin: Ein Hobby ist gefunden.



**ZUSAMMENSPIEL:** Damit die Band im richtigen Licht steht – wie hier am Open Air Festi'neuch in Neuenburg –, braucht Alina Moser das richtige Material und eine gute Vorbereitung.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knezevic, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Oliver Fahmi, Sarah Forrer, David Gallusser, Laura Gonzalez, Marie-Josée Kuhn, Maria Künzli, Stephan Pörtner, Regula Rytz, Ralf Streck, Clemens Studer Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch Auflage 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia